

Hass als politisches Programm

Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten

Eine Gemeinschaftsveranstaltung der
Landesbehörden für Verfassungsschutz Berlin,
Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

15. Mai 2014

Tagungsdokumentation



Inhaltsverzeichnis

Grußwort	3
Frank Henkel, Senator für Inneres und Sport	
Eröffnung	9
Bernd Palenda, Leiter des Berliner Verfassungsschutzes	
Feindbildkonstruktionen als Grundfunktion des politischen Extremismus	12
Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz	
Feindbilder und Gewaltmotive im Islamismus	39
Dr. Olaf Farschid, Verfassungsschutz Berlin	
Islamfeindliche Propaganda im rechten Spektrum	77
Carsten Koschmieder, Freie Universität Berlin	
Die Gewaltbereitschaft der autonomen Szene am Beispiel Leipzigs - Kriterien, Anlässe und Strategie	84
Dr. Volker Scholz, Verfassungsschutz Sachsen	
Die Polizei als Hassobjekt	100
Ulrike Madest, Verfassungsschutz Brandenburg	

Grußwort

Frank Henkel, Senator für Inneres und Sport

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
sehr geehrte Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses,
sehr geehrte Leiter der Verfassungsschutzbehörden,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie sehr herzlich zum gemeinsamen Symposium „Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten“ der Verfassungsschutzbehörden Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin hier im Einsteinsaal der Archenhold-Sternwarte willkommen!

In diesem Raum hielt Albert Einstein am 2. Juni 1915 seine erste öffentliche Vorlesung zur Relativitätstheorie in Berlin. Das Leben des Physik-Genies war bewegend, seine Forschungsergebnisse beeindruckend und wegweisend für die Wissenschaften. Die Zeit, in der Einstein gewirkt hat, zeigt aber auch erschreckend deutlich, was Hass anrichten kann, womit wir beim heutigen Veranstaltungsthema sind. Ein großer Teil seiner Biografie ist geprägt durch die NS-Herrschaft. Vermutlich ahnte Einstein bereits Anfang der 1930er Jahre, was Deutschland und der Welt bevor stand. Rechtzeitig emigrierte er deshalb in die USA, um dem NS-Terrorapparat und dem auf Hass und Feindbildern basierenden menschenverachtenden System zu entgehen. Die Ergebnisse von Hass und hassmotivierter Gewalt – das hat uns die Geschichte gelehrt – sind immer gleich: Angst, Flucht, Vertreibung, Tod und Trauer.

Heute sind wir in der glücklichen Lage, in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben. Das Grundgesetz garantiert uns Menschen- und Bürgerrechte. Wir haben uns zu einer demokratischen Gesellschaft entwickelt, die sich auf staatlicher und nichtstaatlicher Seite Tag für Tag darum bemüht, sich gegen unser politisches System gerichtete Kräfte zu engagieren.

„Hass ist die Rache des Feiglings dafür, dass er eingeschüchtert ist.“ Dieses Zitat von George Bernard Shaw zeigt zumindest eine Ursache für Hassgewalt auf. Häufig schlagen Täter zu, weil sie Ängste und Frustrationen zu kompensieren versuchen. Die eigenen Unzulänglichkeiten und

Unzufriedenheit können ursächlich dafür sein, sich wahllos ein Opfer zu suchen. Eine Entschuldigung oder Rechtfertigung kann das nicht sein. Hier ist nun auch nicht der Raum, über Ursachen und Gründe für das Entstehen von Gewalt zu diskutieren, das würde den Rahmen dieser Veranstaltung deutlich sprengen. Aber es lohnt durchaus, sich die Motivation „Hass“ einmal genauer vorzunehmen.

Dies umso mehr, weil die Zahlen zu hassmotivierter Gewalt eine deutliche Sprache sprechen: Die Bundesregierung nennt in einer kürzlich veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage die Zahl von 55.000 Straftaten in den Jahren 2011 und 2012, die unter die sogenannte „Hasskriminalität“ fallen. Auch heute noch haben wir es also in unserem demokratischen Verfassungsstaat mit besorgniserregenden Auswüchsen von Hass zu tun.

Auch politische Extremisten gründen ihre Agenda und ihre Aktivitäten auf Hass; gehen also gegen Menschen zum Beispiel wegen ihrer Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung oder Herkunft vor. In der Vergangenheit waren es beispielsweise die abscheulichen Taten des NSU, die Ermordung von US-Soldaten durch einen radikalisierten Einzeltäter am Frankfurter Flughafen, die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda Anfang der 90er Jahre oder – wenn wir noch weiter zurückblicken – die RAF-Morde, die symbolisch für hassmotivierte Gewalt stehen und uns alle in Erinnerung bleiben werden.

Wir finden das Phänomen jedoch auch im alltäglichen Umfeld. Ich bin immer wieder erschüttert, wenn mir Meldungen über hassmotivierte Angriffe aus dem täglichen Leben zugetragen werden.

Hier ein paar Beispiele aus den letzten Jahren:

(1) Berlin-Pankow: Im Schlosspark beleidigt ein unbekannter Täter einen 38-jährigen Deutschen mit Migrationshintergrund aufgrund seines südländischen Aussehens. Er bedroht den geschädigten und sprüht ihm Pfefferspray ins Gesicht und ruft dabei „Sieg Heil“.

(2) Berlin-Charlottenburg: Ein Tatverdächtiger beschimpft eine arabisch sprechende Frau mit den Worten: „Du ausländische Schlampe, Dich habe ich vergessen zu vergasen.“ Anschließend wirft er ihr eine Flasche hinterher.

(3) Nochmal Berlin-Charlottenburg: Im Rahmen einer durch Polizeikräfte begleiteten NPD-Demonstration wollen Kleingruppen die ursprüngliche Route verlassen. Dabei tritt ein Tatverdächtiger auf Polizeibeamte ein und schlägt einem von ihnen mit einer Fahnenstange ins Gesicht.

(4) Berlin-Mitte: Auf dem Alexanderplatz treffen ein im Rollstuhl sitzender 37-jähriger lettischer Wurstverkäufer und ein 47-jähriger Mann aufeinander. Letzterer beleidigt den Letten wegen seiner Behinderung und versucht ihn, mit einer Bierflasche zu verletzen.

Diese Vorfälle sind keine Einzelfälle und vor allem: Sie sind keine Bagatelldelikte! Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität registrierten wir in Berlin im Jahr 2013 insgesamt 3.091 Fälle - 10 Prozent mehr als im Jahr 2012.

Im Bereich „rechts“ verzeichnen wir insbesondere einen Anstieg der Gewaltdelikte. Sie stiegen von 60 (2012) auf 83 (2013). Das Schwerpunktthema lag hier auf der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Berlin-Hellersdorf. Die rechtsextremistische Szene, allen voran die NPD, nahm sich 2013 insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahlen des Themas „Asyl“ an und versuchte mit rassistischer Hetze, Menschen für Ihre Ideologie zu gewinnen. Diese Methode erkennen wir auch aktuell vor dem Hintergrund der anstehenden Europawahlen am 25. Mai wieder.

Im Bereich „links“ stieg die Fallzahl politisch motivierter Kriminalität von 866 im Jahr 2012 auf 1.023 im Jahr 2013. Das ist der dritthöchste Stand der letzten zehn Jahre. Die Gewaltdelikte stiegen um 67 Fälle auf 276. Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, auch im Zusammenhang mit Aktionen rund um die Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf, gab hier den Ausschlag für den Anstieg der Gewaltdelikte.

Die politisch motivierte Ausländerkriminalität befindet sich ebenfalls weiterhin auf einem hohen Niveau. Hier sind im letzten Jahr 196 Fälle erfasst worden. In 14 Fällen handelte es sich um Verstöße gegen §89a StGB; Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, worunter u.a. auch die Aneignung von Wissen durch die Teilnahme an terroristischen Ausbildungslagern fällt.

Im Bereich „Islamismus“ ist zum einen das Wachstum salafistischer Strömungen besorgniserregend. In Berlin rechnen wir diesem Spektrum mittlerweile 500 Personen zu – Tendenz steigend. Zum anderen sehen wir Gefahren, die von aus der Region Syrien zurückkehrenden Islamisten ausgehen. Derzeit liegen Erkenntnisse zu mehr als 320 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Jeder kann sich vorstellen, dass diese Islamisten – sollten sie zurück nach Deutschland kommen – tickende Zeitbomben sein können und ein unkalkulierbares Risiko für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger darstellen.

Sie sehen, dass Gefahren für unser auf der freiheitlichen demokratischen Grundordnung basierendes Zusammenleben von einer Reihe extremistischer Bestrebungen ausgehen. Hass und Feindbilder spielen in ihren Ideologien und Vorstellungen eine dominierende Rolle.

Der eingangs erwähnte Begriff „Hasskriminalität“ und ihre Erfassung in den polizeilichen Kriminalitätsstatistiken sind dabei in den vergangenen Monaten vieldiskutierte Themen. Der NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss bemängelt das Definitionssystem der Politisch motivierten Kriminalität – kurz PMK. Notwendig sei „die grundlegende Überarbeitung des Themenfeldkatalogs PMK unter Hinzuziehung von Expertenwissen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft“. Bund und Länder versuchen hier, gemeinsam zu einer sinnvollen Lösung zu kommen. Daher begrüße ich die bereits bestehenden Initiativen der Länder zum Dialog und Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und wissenschaftlichen Einrichtungen im Zusammenhang mit der Erfassung politisch motivierter Kriminalität. Dies trägt zu einer gegenseitigen Sensibilisierung und weiteren Optimierung der Straftatenerfassung und einer Verbesserung der Opferbetreuung bei.

Klar ist: Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Straftaten verdienen den besonderen Schutz des Staates. Daher muss sichergestellt sein, dass diese Tatmotive bei der konkreten Strafzumessung ausdrücklich berücksichtigt werden. Bundesjustizminister Maas hat in den vergangenen Tagen hierzu einen Gesetzentwurf zur Abstimmung an die Länder gegeben. Details müssen sicherlich noch diskutiert werden, aber die Grundlinie ist richtig und wichtig.

Was können wir jedoch schon vorab gegen hassmotivierte Gewalt tun? Nun, meine Antwort darauf lautet: eine ganze Menge! Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und andere Behörden stellen sich mit Sensibilität und großem Engagement den Aktivitäten von Extremisten. In Berlin haben wir es dabei mit allen extremistischen Phänomenbereichen gleichermaßen zu tun. Und alle Spektren werden dementsprechend auch gleichrangig bearbeitet. Der Berliner Verfassungsschutz analysiert die extremistische Szene in unserer Stadt ganz genau, deckt Strukturen auf und bildet Zusammenhänge ab. Die gewonnenen Erkenntnisse sind nicht nur für die Politik – also auch für meine Arbeit – ein wichtiges Fundament. Mit Publikationen, Vorträgen, Teilnahmen an Podiumsrunden und der Durchführung von Veranstaltungen wie der heutigen wollen wir vor allem die Öffentlichkeit informieren und in einen kontinuierlichen gesellschaftlichen Diskurs eintreten. Denn die Arbeit staatlicher Akteure ist nur eine Seite derselben Medaille. Ich bin beeindruckt von der Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen, die dem Extremismus mit ihren Projekten und Initiativen die Stirn bieten. Ich freue mich aus diesem Grunde ganz besonders, dass heute so viele Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen an dieser Veranstaltung teilnehmen und wir den Dialog

untereinander somit weiter stärken können. Ihre Aktivitäten, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Teil der gelebten Demokratie und unverzichtbar für unsere Gesellschaft.

Ich war neulich auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Respekt, ja bitte“, in der es um Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und andere staatliche Einrichtungen ging. Um es vorweg ganz deutlich zu machen: Bei Gewalt gegen Staatsbedienstete und Menschen im Allgemeinen herrscht absolut Null-Toleranz! Auch auf dieser Veranstaltung lautete die Frage: Was kann gegen Gewalt getan werden? Ein Lösungsansatz ist die präventive Arbeit an der Basis. Die Unterstützung und Begleitung von Jugendlichen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten mit Menschen unterschiedlicher Hintergründe, das Kennenlernen der Vielfalt und die Entwicklung von Verständnis für sein Gegenüber waren nur einige Aspekte, die wir dort diskutiert haben. Ich stimme dem voll und ganz zu und bin davon überzeugt, dass diese Aufgaben vom Staat und der Gesellschaft gleichermaßen übernommen werden müssen und zwar gemeinsam; Hand in Hand. Daher möchte ich – da dies eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes ist – an dieser Stelle auch betonen, dass die Verfassungsschutzbehörden kompetente und aufgeschlossene Ansprechpartner im Themenfeld „Extremismus“ und „Demokratieschutz“ sind. Ich möchte alle in diesem Bereich tätigen Akteure dazu ermutigen, die Verfassungsschutzbehörden als Partner und Servicedienstleister zu betrachten und wenn es passt, auch nicht zu zögern, Kooperationen aufzubauen. Das ist das, was Bernd Palenda, der Leiter des Berliner Verfassungsschutzes und seine Kollegen in den anderen Ländern bereits angestoßen haben. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir diesen Weg mit großem Engagement und Offenheit weitergehen werden.

Mit diesem Ansatz, den Verfassungsschutz viel enger mit gesellschaftlichen Akteuren zu verzahnen, greifen wir im Übrigen auch die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses auf. Die laufende inhaltliche Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Gesellschaft wollen wir dabei nicht nur auf den Bereich „rechts“ beschränken, sondern vielmehr in allen Extremismusfeldern fördern. Das heutige Symposium ist ein Instrument, diesen Austausch zu stärken. Es ist vor allem auch ein Zeichen dafür, dass die einzelnen Verfassungsschutzbehörden diese Aufgabe als gemeinsame Herausforderung wahrnehmen. Ich freue mich sehr darüber, dass neben den vielen internen Gremien der Zusammenarbeit nun auch die Öffentlichkeitsarbeit der Behörden weiterentwickelt wird und gemeinsame Aktivitäten geplant und umgesetzt werden. Das heutige Symposium versteht sich als Auftakt einer Veranstaltungsreihe der Sicherheitskooperation der ostdeutschen Flächenländer und Berlin im Bereich Verfassungsschutz, die ihre Fortsetzung im nächsten Jahr in

Brandenburg und in den Jahren danach wechselnd in den anderen Bundesländern haben wird. Mein besonderer Dank geht daher an die Chefs der an dieser Veranstaltung beteiligten Verfassungsschutzbehörden: Herr Weber aus Brandenburg, Herr Müller aus Mecklenburg-Vorpommern, Herr Hollmann aus Sachsen-Anhalt, Herr Meyer-Plath aus Sachsen und Herr Derichs aus Thüringen.

Ich wünsche uns allen nun einen aufschlussreichen, interessanten Tag mit vielen guten Gesprächen und Redebeiträgen. Verstehen Sie dieses Symposium als offene Plattform, Ihre Meinung und Ihre Kritik zu äußern, denn nur mit offenen und gleichzeitig konstruktiven Beiträgen können wir die Dinge gegen den Extremismus und für die Demokratie vorantreiben.

Eröffnung

Bernd Palenda, Leiter des Berliner Verfassungsschutzes

Sehr geehrter Herr Senator,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie in diesem wunderbaren Saal der Archenhold-Sternwarte ganz herzlich willkommen. Zunächst möchte ich mich herzlich bei Prof. Dr. Böndel, Direktor der Stiftung „Deutsches Technikmuseum Berlin“ und Dr. Lühning, Geschäftsführer der Archenhold-Sternwarte, dafür bedanken, dass wir diese Örtlichkeit für das heutige Symposium nutzen dürfen. Natürlich freut man sich als Veranstalter eines Symposiums immer, wenn man Räume gefunden hat, die würdig und ansprechend sind. Doch was wir hier sehen macht unserer Konferenz ernsthaft Konkurrenz. Die Exponate und astronomischen Instrumente, die Sie hier bestaunen können, sind einmalig: Beim Betreten der Sternwarte ist Ihnen sicher das längste Linsenfernrohr der Welt, der so genannte „Große Refraktor“, nicht entgangen. Dieses wurde zeitgleich mit der Gründung der Sternwarte im Jahr 1896 nach der Initiative von Friedrich Simon Archenhold fertiggestellt.

Hier neben mir pendelt sich gerade das Foucaultsche Pendel ein – wir können also sicher sein, dass sich die Erde weiter dreht. Ich kann Sie nur ermuntern, in den Pausen Ihren Horizont zu erweitern, indem Sie nicht nur unser Thema mit unseren Gästen und Experten weiter vertiefen, sondern sich auch – kurz – der Faszination der Astronomie widmen. Frau Kalbitzer hat es angesprochen, und ich möchte es nochmals wiederholen: Nutzen Sie die Gelegenheit, erforschen Sie das sonnenphysikalische Kabinett, das Experimental-Labor und den Meridiankreis.

Es war im vergangenen Sommer, als mein verehrter Kollege Carlo Weber während eines Arbeitstreffens mit der Idee vorschnellte, ob man nicht die positiven Erfahrungen aus der gemeinsamen Konferenz Brandenburg/Sachsen nutzen und ausbauen sollte. Warum nicht eine Veranstaltung aller ostdeutschen Bundesländer? Ja, warum eigentlich nicht? Die Herausforderungen, denen sich die Behörden gegenüber sehen, ähneln sich. Auch wenn die unterschiedlichen Phänomenbereiche in den Ländern unterschiedlich ausgeprägt sind, so können

Bekämpfungsansätze die gleichen sein. Die Länder kennen die Strukturen und Gegebenheiten in ihren Regionen am besten. Auf die regional unterschiedlichen Extremismusphänomene müssen sich die jeweiligen Landesbehörden einstellen und ihnen mit speziellen Strategien begegnen. Gleichzeitig sind aber auch der Austausch hierüber und die Vernetzung untereinander von enormer Bedeutung. In diesem Kontext macht Berlin nun heute den Auftakt mit dieser mit Sicherheit hochspannenden Symposium-Reihe.

„Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten“ - Hass als Handlungsmotiv finden wir gleichermaßen bei Rechts- und Linksextremisten ebenso wie bei Islamisten und Ausländerextremisten. Hass, der sich oftmals nicht nur verbal, sondern leider sehr häufig auch in brutaler menschenverachtender Gewalt ausdrückt. Wir wollen heute der Frage nachgehen, wie dieser Hass entsteht und welche Feindbildkonstruktionen daraus erwachsen.

Ich freue mich, zu diesem Thema Prof. Dr. Eckhard Jesse von der TU Chemnitz begrüßen zu können - ein allseits bekannter und erfahrener Experte auf dem Gebiet der Extremismus- und Totalitarismusforschung. Seit mittlerweile 25 Jahren gibt er gemeinsam mit Prof. Dr. Backes und seit einigen Jahren mit Prof. Dr. Gallus das jährlich erscheinende Handbuch „Extremismus und Demokratie“ heraus, in dem Wissenschaftler die Entwicklungen des politischen Extremismus in Deutschland analysieren und diskutieren.

Nach dem Input von Prof. Dr. Jesse referiert der Islamwissenschaftler Dr. Olaf Farschid aus der Senatsverwaltung für Inneres und Sport über Feindbilder im Islamismus, wobei insbesondere die Strömung des Salafismus behandelt wird. Darüber hinaus geht er auch auf Gewaltmotive von Jihadisten ein, denen, wie Terroranschläge zeigen, eine vielfach radikalisierte Wirkung zukommt.

Über die islamfeindliche Propaganda im rechten Spektrum wird der Experte Carsten Koschmieder vortragen. Er lehrt und forscht am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin u.a. zu den Themen Rechtsextremismus und -populismus sowie auf dem Gebiet der Parteienforschung, insbesondere mit Blick auf die Piratenpartei.

Nach den Vorführungen und Erläuterungen, die Sie in der Mittagspause mitnehmen können, lenken wir unsere Konzentration am Nachmittag auf die „Praxis“. Den Anfang macht Herr Dr. Scholz vom Verfassungsschutz Sachsen mit seinem Vortrag über die Gewaltbereitschaft der autonomen Szene in der Stadt Leipzig, die als „Hot Spot“ der linksextremistischen Szene in Sachsen gilt.

Wie die Polizei als „Hassobjekt“ degradiert wird, darüber spricht Ulrike Madest vom Verfassungsschutz Brandenburg. Sie nimmt das Feindbild Polizei im Rechts- und Linksextremismus

vergleichend in den Blick und geht insbesondere der Frage nach, wie sich die Feindbilder in den jeweiligen Spektren voneinander unterscheiden.

Im Anschluss an diese beiden Vorträge kommen wir dann zur Podiumsdiskussion, in der es um das wichtige Thema „Strategien gegen Hassgewalt“ gehen wird. Wir freuen uns auf den Austausch zwischen meinen beiden Kollegen, dem Leiter des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt, Jochen Hollmann, und dem Leiter des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern, Reinhard Müller sowie Ahmad Mansour von der Gesellschaft Demokratische Kultur und European Foundation for Democracy, Rebecca Weis von der Organisation „Gesicht Zeigen“ und Frank Jansen vom Berliner Tagesspiegel. Moderieren wird diese hoffentlich kontroverse Diskussion mein Kollege Gordian Meyer-Plath, der Präsident des Verfassungsschutzes Sachsen. Aber ich bitte auch Sie im Publikum: bitte stellen Sie Ihre Fragen! Mischen Sie sich ein! Je vielseitiger die Perspektiven auf ein Problem sind, desto spannender und ergiebiger sind die Diskussionen. Zum Abschluss wird mein Kollege Carlo Weber, Leiter des Verfassungsschutzes Brandenburg, den Verlauf unseres Symposiums im Schlusswort zusammenfassen.

Astronomie ist Beobachten und Messen. In der Astronomie zählen Genauigkeit und Beharrlichkeit. Sie sehen – so fern liegen unsere Fachgebiete gar nicht auseinander. Auch wenn wir nicht zu Sternenguckern werden wollen, so ist es doch Aufgabe der Verfassungsschützer, vorausschauend und manchmal auch visionär zu denken. Unsere Pflicht ist es, Gefahren für unsere Grundordnung – quasi wie durch ein Fernrohr – frühzeitig zu erkennen. Auch wenn die Bedrohungen für die Demokratie mitnichten kometenhaft aus dem All auf uns zukommen, sondern menschengemacht sind, so liegt die Parallele vielleicht eher in der häufig notwendigen Langfristigkeit der Beobachtung. Nur wer ein Phänomen über einen langen Zeitraum umfassend und kontinuierlich unter die Lupe nimmt, ist in der Lage, dieses professionell zu bewerten.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine aufschlussreiche Tagung.

Vielen Dank!

Feindbildkonstruktionen als Grundfunktion des politischen Extremismus

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz

1. Einleitung

Extremismen entfalten einen Teil ihrer Dynamik durch Feindbilder.¹ Sie stigmatisieren ihre Gegner, dämonisieren sie oft und ideologisieren deren Positionen. Dadurch wollen sie einen Mobilisierungsschub erreichen und sich in ein günstiges Licht rücken. Es ist offenkundig einfacher, gegen etwas zu sein als für etwas, zumal dann, wenn es sich bei der Gegenideologie um eine Richtung handelt, die gesellschaftlich isoliert oder gar geächtet ist. Durch ein Freund-Feind-Denken versuchen Extremismen nicht nur die eigene Anhängerschaft einzuschwören; sie wollen auch demokratische Kräfte beeinflussen und so in die Offensive gelangen. Die Wissenschaft hat bisher zu wenig berücksichtigt, in welchem Ausmaß Extremismen sich auf Feindbilder stützen. Bei diesen handelt es sich auch um „Abwehr-Ideologien“.² Das Feindbild stellt „einen essentiellen Bestandteil des eigenen ideologischen Konzeptes“ dar, „so dass man sozusagen, in der Abwehr lebt und diese Abwehr so weit gehen kann, dass eine erfolgreiche Abwehr [...] zum Zusammenbruch der eigenen ideologischen Konzeption führen kann.“³ Ob diese Behauptung Tilman Mayers so stimmt, bedarf der Klärung. Weiterhin ist zu prüfen, welche Konsequenzen gleiche und gegensätzliche Feindbilder für Extremismen haben.

Zunächst geht es darum, den Begriff des „Feindbildes“ nach verschiedenen Richtungen hin abzugrenzen, seine Funktionen und Strukturen zu umreißen. Schließlich muss die (doppelte) Frage beantwortet werden, ob demokratische Positionen sich Feindbildern bedienen und ob dies angemessen ist. Die Unterscheidung zwischen einem angemessenen „Bild vom Feind“ und einem ideologisierten „Feindbild“ ist zentral. Wer Feindbilder im Rechts- und im Linksextremismus

¹ Der folgende Text basiert auf zwei früheren Fassungen des Autors: Die Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 5-22; Feindbilder im Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 23, Baden-Baden 2011, S. 13-36.

² So Tilman Mayer, Abwehr-Ideologie, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag, Bonn 2009, S. 33-43.

³ Ebd., S. 34 f.

untersuchen will, sieht sich vor die Frage gestellt, auf welche Feindbilder er sich beziehen möchte. Dem Verfasser kommt es darauf an, bei den Extremisten einerseits ein gegenläufiges Feindbild herauszuarbeiten („den Faschismus“ bzw. „den Kommunismus“) und andererseits ein gleiches („den Amerikanismus“).⁴ Antifaschismus huldigt, bedient sich eines Feindbildes, wenn er etwa jeden Missstand auf „Faschismus“ und „Kommunismus“ zurückführt und diese Ideologien dämonisiert. Es gibt aber auch einen begründeten rationalen Antikommunismus⁵ bzw. Antifaschismus. Anders verhält sich dies beim Antiamerikanismus. Ein solcher ist schwerlich argumentativ zu rechtfertigen. Insofern vermeiden selbst in der Wolle gefärbte Antiamerikaner den Terminus des „Antiamerikanismus“. Allerdings ist es nicht angängig, Kritik an der Politik der USA mit dem Schlagetotbegriff des „Antiamerikanismus“ zu denunzieren. Freilich sind die Grenzen hier fließend. „Aber ein einigermaßen deutliches inhaltliches Unterscheidungsmerkmal zwischen pauschalem Antiamerikanismus und informierter Amerikakritik gibt es doch: Jede verantwortungsbewusste und überlegte Amerikakritik wird sich auf konkrete Erscheinungen des politischen oder wirtschaftlichen Lebens der USA konzentrieren, wird sich dabei aber hüten, derartige Einzelbeobachtungen zu verallgemeinern. Der Antiamerikanismus hingegen [...] greift einen aus seiner Sicht verdammenswerten Aspekt US-Amerikas heraus und konstruiert aus diesem einen Aspekt, dann ohne weitere Umschweife ein umfassendes Feindbild der Vereinigten Staaten als der Verkörperung einer politischen Kultur im weitesten Sinne die sich grundlegend von der politischen Kultur Europas unterscheidet.“⁶ Die Frage nach den Konsequenzen gleicher und gegensätzlicher Feindbilder wirft das Problem auf, ob sich dadurch das gegenseitige Verhältnis ändert. Verstärken gegensätzliche Feindbilder die Feindschaft zwischen den Extremisten, schwächen gleiche sie ab? Die zwei ausgewählten Feindbilder für den Rechts- und den Linksextremismus sind dadurch gekennzeichnet, dass sie sich nicht decken. Schließlich steht der Kommunismus ebenso in einem Gegensatz zum Amerikanismus wie der Faschismus. Welche

⁴ Vgl. aus der Fülle der Literatur u. a. Dan Diner, *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, 2. Aufl., München 2003; Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, Freiburg/Brsg. 2002; Gesine Schwan, *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*, Baden-Baden 1999; Armin Pfahl-Traugher, „Antiamerikanismus“ und „Antiwestlertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus*, Baden-Baden 1997, S. 193-217.

⁵ Das wird im Kern gelegnet bei Jan Karte, *Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik*, Berlin 2009.

⁶ So Klaus Schwabe, *Antiamerikanismus gestern und heute*, in: *Die politische Meinung* 48 (2003), Heft 8, S. 57.

Konsequenz hat dies für die Überzeugungskraft von Feindbildern? Abschließend wird ein Resümee gezogen und auch auf offene Fragen hingewiesen.

Dieser Beitrag will nicht systematisch (tatsächliche oder vermeintliche) Feindbilder von extremistischen Parteien oder subkulturellen Bewegungen untersuchen. Beabsichtigt ist vielmehr, anhand ausgewählter Fälle die Rolle solcher Feindbilder zu verdeutlichen. Die Lückenhaftigkeit dieses Unterfangens zu einer derart komplexen Materie ist damit offenkundig.⁷ Vor allem wird die Thematik nicht ausgereizt, was die Verzahnung zwischen der theoretischen und der empirischen Ebene betrifft. Die nachfolgenden Überlegungen sind eher allgemein gehalten, behandeln also nicht alle Differenzierungen nach der jeweiligen Form des Extremismus.

Ein Beispiel: Der religiöse Fundamentalismus in Gestalt des Islamismus wird ungeachtet seiner Aktualität wie Brisanz ausgespart, um die Thematik nicht zu überfrachten. Hier ließe sich am Beispiel des Rechtsextremismus zeigen, dass die Aufrechterhaltung zweier höchst gegensätzlicher Feindbilder (etwa des Islamismus und der USA) massive Zielkonflikte provoziert. Vereinfacht ausgedrückt: Die eine Variante entscheidet sich dafür, die „westliche Welt“ unter Führung der USA, die Israel unterstützen, als Hauptfeind anzusehen (das gilt etwa für die NPD); die andere Variante hingegen zielt auf den Islamismus und versteht sich als „Retter der westlichen Welt“. So heißt es bei dem Schweden Patrik Brinkmann, der früher zunächst die NPD, dann die DVU unterstützt hatte und nun augenscheinlich hinter der „Bürgerbewegung pro NRW“ bzw. hinter der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ steht: „Wir brauchen [...] in Deutschland eine Rechte, die nicht Israel zum Feind erklärt, sondern den Islam.“⁸ Fast alle rechtspopulistischen Parteien in Europa, ob nun extremistisch oder nicht, zeichnet eine harte Haltung gegenüber dem Islam(ismus) aus, nicht eine Absage an den „American Way of Life“. Freilich gibt es auch Strömungen, die gegen den Islam und die „westliche Welt“ gleichermaßen agitieren.

Bei diesem Thema reden die einen von legitimer Islamkritik und die anderen von illegitimer Islamphobie. Sehen die einen im Islam(ismus) einen Feind des demokratischen Verfassungsstaates, so sprechen die anderen davon, der Islam(ismus) werde als Feindbild

⁷ So findet der Aspekt des Verschwörungsgedankens bzw. der Verschwörungstheorien, der eng mit den Feindbildern verbunden ist, keine Berücksichtigung. Vgl. Ute Caumanns/Mathias Niendorf (Hrsg.), *Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten, historische Varianten*, Osnabrück 2001; Andreas Anton, *Unwirkliche Wirklichkeiten. Zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien*, Berlin 2011.

⁸ Zitiert nach Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010*, Düsseldorf 2011, S. 65.

aufgebaut.⁹ Die Grenzen zwischen Feind und Feindbild können fließend sein. Ausgeblendet wird ebenso die Thematik des äußeren Feindes. Nach dem plötzlichen Zusammenbruch des Sowjetkommunismus glaubte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama an das „Ende der Geschichte“.¹⁰ Samuel P. Huntington konterte und warnte vor dem „Kampf der Kulturen“.¹¹ Dessen Kollege Robert Kagan zeigte sich in dem Buch „Die Demokratie und ihre Feinde“ ebenso realistisch: „Die moderne, demokratische Welt redete sich ein, das Ende des Kalten Krieges habe nicht nur einen, sondern sämtliche strategischen und ideologischen Konflikte beendet.“¹² Dem war in der Tat nicht so. Damit wurde zugleich die Frage aufgeworfen, ob eine militärische Intervention gegen jene Staaten geboten sei, die sich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig machen. Das ist ein heikles Thema, das Politik und Wissenschaft gleichermaßen unterschiedlich beantworten¹³, auch wenn Kriterien für heutige UN-Einsätze formuliert sind. Herkömmliche Rechts-Links-Unterscheidungen bleiben dabei auf der Strecke. So schrieb angesichts der zehnjährigen Wiederkehr der Schrecknisse von „nine/eleven“ der langjährige Bundestagsabgeordnete der Union Jürgen Todenhöfer, es sei für den amerikanischen Präsidenten George W. Bush schwierig gewesen, „nach dem Untergang der Sowjetunion wieder ein funktionierendes Feindbild zu finden.“ Der Massenmörder Bin Laden sei da gerade recht gekommen. „Solch ein Feindbild lässt man sich nicht einfach nehmen.“¹⁴ Andere Motive, die Angst vor einem Feind der westlichen Welt, lässt Todenhöfer nicht gelten, obwohl die Fakten eine deutliche Sprache sprechen.

2. Der Begriff „Feindbild“ und Freund-Feind-Stereotypen bei Extremisten

Wer den negativ konnotierten Begriff „Feindbild“ in einschlägigen deutschsprachigen Lexika aufspüren will, wird so gut wie nicht fündig. Man muss schon lange suchen, um ein Stichwort zu

⁹ Vgl. etwa Thomas Naumann, Feindbild Islam. Historische und theoretische Gründe einer europäischen Angst; Jürgen Leibold, Fremdenfeindlichkeit und Islamphobie: Fakten zum gegenwärtigen Verhältnis genereller und spezifischer Vorurteile, jeweils in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen verschwinden, Wiesbaden 2009, S. 19-36, S. 145-154.

¹⁰ Vgl. Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

¹¹ Vgl. Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1996.

¹² Robert Kagan, Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?, München 2008, S. 7.

¹³ Vgl. Wolfgang Merkel, Demokratie „durch“ Krieg?, in: Gera Erdmann/Marianne Kneuer (Hrsg.), Externe Formen der Demokratisierung, Baden-Baden 2009, S. 75-102.

¹⁴ Jürgen Todenhöfer, Terror im Namen der Jugend, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. September 2011, S. 16.

finden¹⁵, wie überhaupt die schlechte Erforschung der nicht in eine spezifische Wissenschaftsdisziplin fallenden Thematik auffällt.¹⁶ Das dürfte wesentlich mit der verbreiteten geistigen Verdrängung der Existenz von Feinden zusammenhängen¹⁷, bedingt durch eine nicht auf Krieg gerichtete Politik. Allerdings ist von manchen nicht gesehen worden, dass die von Kommunisten propagierte „friedliche Koexistenz“ eine Form des Klassenkampfes war, nicht dessen Aufgabe. Auch ein Wunschbild ist ein Zerrbild, gehört Feindschaft¹⁸ doch zur politischen Realität wie Freundschaft.

Feindbilder bei Extremisten sind ideologisch besetzt. Sie knüpfen an Stereotypen und Vorurteile an, gehen jedoch darüber hinaus, indem sie eine „andere Person“, ein „anderes Volk“, eine „andere Ideologie“ strikt und ohne jeden Kompromiss ablehnen und bekämpfen – auf einer Grundlage, die nicht rational geprägt ist. Extremisten machen sich fast immer ein Bild von einem Feind, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Der „Feind“ gilt als eine Bedrohung nicht nur der eigenen Gruppe, sondern auch aller gut-willig denkenden Menschen. Die ihm zugeschriebenen Eigenschaften sind durchweg negativ. Er ist moralisch böse, aggressionslüstern, nicht vertrauenswürdig, stellt eine Gefahr dar (für den Frieden, für die eigene Gruppe). Feindbilder sind Zerrbilder.

Freund-Feind-Stereotypen gehören zu den Strukturmerkmalen extremistischer Doktrinen.¹⁹ Das absolut Gute steht gegen das absolut Böse. Erich Mielke, der Chef des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR, sprach unumwunden davon, ein „Feindbild“ aufzubauen: „Die Vermittlung und Formung eines realen aufgabenbezogenen Feindbildes der inoffiziellen Mitarbeiter und seine ständige Vervollkommnung ist ein unabdingbarer Bestandteil der Entwicklung profilierter IM-Persönlichkeiten, die in der Lage sind, zielstrebig nach dem Feind zu suchen, ihn aufzuspüren und aufzuklären, ihn zu hassen und auf dieser Grundlage die notwendige

¹⁵ Vgl. Manfred Schneider, Art. Feindbild. Die Emblematisierung des Feindes, in: Karl Dedecius (Hrsg.), Wörterbuch des Friedens, Mannheim 1993, S. 48-57; Ekkehard Lippert/Günther Wachtler, Art. Feindbild, in: Dies. (Hrsg.), Frieden. Ein Handwörterbuch, Opladen 1988, S. 78-83.

¹⁶ Vgl. immer noch: Günther Wagenlehner (Hrsg.), Feindbild. Geschichte – Dokumentation – Problematik, Frankfurt a. M. 1989; Joseph Berghold, Feindbilder und Verständigung. Grundlagen der politischen Psychologie, Bielefeld 2005; Anne-Katrin Flohr, Feindbilder in der internationalen Politik, Bonn 1991; Sam Keen, Gesichter des Bösen. Über die Entstehung unserer Feindbilder, München 1993; Sybil Wagner, Feindbilder. Wie kollektiver Hass entsteht, Berlin 1989.

¹⁷ Ein gutes Beispiel dafür ist der Beitrag von Horst Ehmke, Feindbilder und politische Stabilität in Europa, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 34 (1987), S. 1073-1078.

¹⁸ Vgl. Medardus Brehl/Kristin Platt (Hrsg.), Feindschaft, München 2003.

¹⁹ Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 305 f.

Einsatzbereitschaft, Opferbereitschaft und andere wichtige Eigenschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Kampf gegen den Feind hervorzubringen.“²⁰

Wer Feindbilder verfiicht, ist in den Kategorien von Freund und Feind gefangen. Ein Freund-Feind-Denken zeichnet das Weltbild von Extremisten aus: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. *Tertium non datur*. Extremisten kommen ohne – innere und äußere – Feindbilder nicht aus. Es kann zu einer merkwürdigen Verschiebung kommen, was das innere und äußere Feindbild betrifft. So kontrastiert die außenpolitisch eher positive Wahrnehmung des Islam bei Repräsentanten des Rechtsextremismus mit der negativen Perzeption im Land. Franz Schönhuber, der ehemalige Vorsitzende der „Republikaner“, bringt die Strategie „Der Feind meines (Haupt-)Feindes“ auf den Punkt: „Im Kampf gegen die amerikanisch-israelische Weltherrschaft sollten wir notfalls auch eine Zusammenarbeit mit jenen Islamisten nicht scheuen, die den Kampf gegen Amerika ohne terroristische Aktionen führen.“²¹ Freilich – und das ist die Kehrseite – wird durch diese Instrumentalisierung das antiislamistische Feindbild massiv geschwächt.

Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann haben ein auf sieben Merkmalen basierendes Feindbild-Syndrom herausgearbeitet: Misstrauen (der Feind hat unlautere Motive), Schuldzuschiebung (der Feind ist für die negativen Verhältnisse verantwortlich), negative Antizipation (der Feind bezweckt Negatives), Identifikation mit dem Bösen (der Feind ist auf Vernichtung des Guten aus), Nullsummendendenken (der Vorteil des Feindes ist der eigene Nachteil), De-Individualisierung (jeder, der zur Gruppe des Feindes gehört, ist ebenso schlecht), Empathieverweigerung (der Feind verdient es nicht, dass man sich in seine Gedankenwelt hineinversetzt).²² Auch wenn nicht jede extremistische Kraft, die Feindbilder verfiicht, alle Merkmale teilen muss, so macht dieses Syndrom doch die Geschlossenheit eines solchen Denkens deutlich. Umgekehrt sind auch demokratische Positionen nicht frei davon, Feindbilder zu gebrauchen. Allerdings stehen sie hier nicht im Zentrum des Gedankengebäudes.

Die Funktionen von Feindbildern sind vielfältig. Da es sich bei Extremisten in der Regel um Überzeugungstäter handelt, sind die Feindbilder meistens nicht simuliert. Ihnen wohnt also weniger eine Instrumentalisierungsfunktion inne als vielfach angenommen, auch wenn manche

²⁰ Zitiert nach Sandra Pingel-Schliemann, *Zersetzen. Strategie einer Diktatur*, Berlin 2002, S. 177.

²¹ Franz Schönhuber, *Deutscher Selbstmord?*, in: *Nation & Europa* 52 (2002), Heft 1, S. 55.

²² Vgl. Kurt R. Spillmann/Kati Spillmann, *Feindbilder. Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung* 19 (1989), Heft 4, S. 19-36.

„Verschwörungen“ der Feinde augenscheinlich konstruiert sind.²³ Allerdings spielen solche, manipulativen Zwecken dienenden Instrumentalisierungen zuweilen eine Rolle. So heißt es in Adolf Hitlers „Mein Kampf“: „Es gehört zur Genialität eines großen Führers, selbst auseinander liegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen, weil die Erkenntnis verschiedener Feinde bei schlichten und unsicheren Charakteren nur zu leicht zum Anfang des Zweifels am eigenen Recht führt. [...] Dabei muss eine Vielzahl von innerlich verschiedenen Gegnern immer zusammengefasst werden, so dass in der Einsicht der Masse der eigenen Anhänger der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird.“²⁴

Feindbilder dienen wesentlich dazu, sich nach außen abzugrenzen. So stärken sie die eigene Identität gegenüber dem als Feind wahrgenommenen Anderen. Dieser identitätsstiftenden Funktion kommt eine große Bedeutung zu. Die K-Gruppen, ein extremistisches Zerfallsprodukt der Studentenbewegung, mit ihrem Hass auf den westlichen Kapitalismus und östlichen „Staatskapitalismus“ schotteten sich in den siebziger Jahren von der Umwelt in einer Weise ab, die einem sektiererischen Rückzug glich.²⁵ Bei dem kommunistischen Revolutionär Wladimir I. Lenin sah das Bedrohungsszenario in seiner Schrift „Was tun?“ folgendermaßen aus: „Wir schreiten als ein geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevollen Wege dahin. Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren.“²⁶

Feindbilder sollen die Bedrohungsgefühle steigern. Das kommt zuweilen in aggressiven Wendungen zum Ausdruck. Der Feind trägt diabolische Züge, gilt als „furchterregendes Monstrum, als Bestie, als Teufel in Menschengestalt“²⁷, um einige Attribuierungen zu nennen. Zum Teil wird ihm gar das Menschsein abgesprochen (wie bei der Argumentation der RAF-Terroristen, für die Repräsentanten des Staates „Schweine“/„pigs“ waren). Dann ist die Hemmschwelle bei der

²³ Vgl. (mit unterschiedlichen Akzentuierungen) Armin Pfahl-Traughber, Der antisemitisch-freimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat, Weinheim 1993; Johannes Rogalla von Bieberstein, „Jüdischer Bolschewismus“. Mythos und Realität, 3. Aufl., Schnellroda 2003.

²⁴ Zitiert nach Armin Pfahl-Traughber, Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln u. a. 2003, S. 193-234, hier S. 231.

²⁵ Vgl. die Darstellung ehemaliger Mitglieder solcher K-Gruppen. Wir warn die stärkste der Parteien. Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, 2. Aufl., Berlin 1978; siehe auch die persönlich getönte Darstellung von Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution, Köln 2001.

²⁶ Zitiert nach Backes (FN 19), S. 305. Siehe auch den letzten Artikel von Rosa Luxemburg, Die Ordnung herrscht in Berlin, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, 3. Aufl., Berlin 2001, S. 534-536.

²⁷ Flohr (FN 16), S. 17.

Gewaltanwendung stark gesenkt. Ulrike Meinhof sagte nach der Befreiung von Andreas Baader, der Geburtsstunde des deutschen Linksterrorismus: „Die Bullen sind Schweine, [...] der Typ in der Uniform [...] ist kein Mensch, [...] wir haben nicht mit ihm zu reden, [...] und natürlich kann geschossen werden. [...] Und wenn wir es mit ihnen zu tun haben, dann sind das eben Verbrecher, dann sind das eben Schweine, und das ist eine ganz klare Front.“²⁸ In den „Kommandoerklärungen“ der „Roten Armee Fraktion“ kam das Wort „Schwein“ für Repräsentanten des Staates oft vor. Dem Feindbild „Schwein“ wurde das für die eigene Gruppe vorbehaltene Freundbild „Mensch“ gegenübergestellt.²⁹ Für sich reklamierte man, zu den „wahren Menschen“ zu gehören. Ein wahrer Mensch könne nur sein, wer die „Schweine“ bekämpfe. Im Namen der „Menschheit“ wurde der konkrete Mensch herabgewürdigt. „Die gegensätzlichen Formeln ‚Schwein‘ und ‚Mensch‘ kennzeichnen ein an Krassheit nicht mehr zu überbietendes Freund-Feind-Denken.“³⁰ Terroristen waren so in Feindbild-Kategorien gefangen, dass sie sich untereinander in menschenverachtender Weise zerfleischten. Die Kassiber Andreas Baaders und Gudrun Ensslins sind inhumane Zeugnisse von Verwahrlosung, ja Verrohung.³⁰ Die unterschiedlich konnotierte Charakterisierung als „Hitlers Kinder“³¹ trifft für die Ebene der Gewalt vollständig zu.

Feindbildern kommt ferner die Funktion³² den als negativ empfundenen Wandel oder den pejorativ bewerteten Status quo einer spezifischen Gruppe zuzuschreiben, etwa Fremden. „Während dem Inneren ein eminentere Wert verliehen wird, wird dem Außen geringerer Wert beigemessen.“³³ Die Idealisierung der eigenen Richtung hat Konsequenzen. Wer wie Rechtsextremisten die eigene Nation pauschal überhöht, setzt automatisch andere Völker herab. Aus dem idealisierten Freundbild ergibt sich gleichsam automatisch ein perhorresziertes Feindbild. Um dies zu sichern, bedarf es der „Kontaktvermeidung“³⁴ zum Antipoden. So tritt keine Auflockerung des Feindbildes auf, wird doch die Integration der eigenen Richtung gefördert. Nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer achteten die Terroristen strikt darauf, dass keine

²⁸ Zitiert nach Veronica Biermann, „Metropolenguerilla“ contra „Schweinesystem“ – „Rechtsstaat“ contra „Baader-Meinhof-Bande“, in: Jahr/Mai/Roller (FN 16), S. 235.

²⁹ Vgl. ebd., S. 235.

³⁰ Ebd., S. 236.

³¹ Vgl. etwa die Belege bei Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003; siehe auch Kurt Oesterle, Stammheim. Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Bubeck, Tübingen 2003.

³² Vgl. Jillian Becker, Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt a. M. 1978.

³³ Hilde Weiss, Ethnische Stereotype und Ausländerklischees. Formen und Ursachen von Fremdwahrnehmungen, in: Karin Liebhart/Elisabeth Menasse/Heinz Steinert (Hrsg.), Fremdbilder – Feindbilder – Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden, Klagenfurt 2002, S. 18.

³⁴ So Flohr (FN 16), S. 30.

menschlichen Beziehungen zwischen ihnen und dem Repräsentanten des „Großkapitals“ aufkommen konnten, auch wenn sich angesichts widriger Umstände die Bewacherpersonen nicht beliebig auswechseln ließen.³⁵

Wegen der als undurchschaubar und unübersichtlich geltenden Wirklichkeit dienen Feindbilder für den politischen Extremismus der Selbstvergewisserung, schlagen sie eine Schneise in das Dickicht komplexer Interaktionen. So lassen sich Anhänger gewinnen, die einen „Sündenbock“ brauchen. Der eigene Misserfolg kann mit der hegemonialen Haltung als feindlich geltender Strömungen erklärt werden. Feindbilder tragen zur – vermeintlichen – Klärung der „Fronten“ bei. Sie trüben die Wirklichkeitsperzeption und kehren sich damit unter Umständen gegen diejenigen, die sie ins Leben gerufen und mit ihnen hantiert haben. So war die Staatssicherheit beim Aufspüren der „politischen Untergrundtätigkeit“ (PUT) und der „politisch-ideologischen Diversion“ (PID) derart in ihrem Feindbild gefangen, dass sie sich von Fehlwahrnehmungen leiten ließ. Nicht alle, die als „Feinde“ galten, waren solche. „Das Freund-Feind-Bild trug dazu bei, dass die MfS-Mitarbeiter nicht erkannten, was wirklich vor sich ging. Opposition war das Produkt innerer struktureller Probleme und nicht das Ergebnis der zentralen Steuerung der ‚PID‘.“³⁶ Der beständige Gebrauch von Feindbildern bei Extremisten ist ein überzeugendes Indiz dafür, dass Extremismus nicht erst bei der Propagierung oder gar der Praktizierung von Gewalt anfängt. Die Verfassungsfeindlichkeit zeigt sich u. a. in den stereotypen Feindbildern, die weder zum Abbau von Konflikten noch zum Aufbau von Kompromissen beitragen. Extremisten kommen ohne solche nicht aus. Sie sind auf Feinde fixiert und benötigen dafür entsprechende Feindbilder.

Die Struktur von Feindbildern steht in einem engen Zusammenhang zu ihren Funktionen. Diese können sie nur erfüllen, wenn ihre Struktur an bestehende (Vor-)Urteile anzuknüpfen vermag. Ist die Struktur besonders plump, verfangen Feindbilder in einer pluralistischen Gesellschaft nicht oder kaum. Sie sind so konstruiert, dass ein Kompromiss zwischen dem eigenen Leitbild und dem fremden Feindbild verbaut ist. Konflikte können nicht schiedlich-friedlich geregelt werden. Extremisten sind von einem *worst case*-Verständnis geprägt. Und: Das eigene, oft angstbesetzte Bild basiert darauf, der als Feind angesehene Andere unterliege einem kollektivistischen Denken.

³⁵ Vgl. Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs-Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997, S. 287 f.

³⁶ So Pingel-Schliemann (FN 20), S. 123. – Auch das Dritte Reich betrieb „Gegnerbestimmung“ im starken Maße. Vgl. dazu Lutz Hachmeister, Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.

Charakteristisch für die Struktur der Feindbilder bei Extremisten sind damit Schwarz-Weiß-Kategorien. Dem Feind werden ausschließlich negative Eigenschaften zugeschrieben. Manichäische Weltbilder dominieren. Zugleich wohnt ihnen eine Beliebigkeit inne. „Gleiche Verhaltensweisen werden, je nachdem, ob der eigene Staat (und seine Verbündeten) oder feindliche Staaten (und ihre Verbündeten) sie vollziehen, nach unterschiedlichen Maßstäben beurteilt.“³⁷ Die eigenen Motive gelten als selbstlos, die der anderen als egoistisch. Behält der „Feind“ seine Position bei, so gilt dies als Ausdruck von Starrsinn; ändert er seine Position, wird das als perfider Trick interpretiert. Der Feind firmiert als Angst-, Projektions- und Aggressionsobjekt zugleich.³⁸ Freilich gilt das nicht nur für extremistische Ideologien.

Die Feindbilder enthalten einen wahren Kern, wenn man etwa an das (frühere) antikommunistische Feindbild bei Rechtsextremisten denkt oder an das antifaschistische Feindbild bei Linksextremisten. Die Grenzen zwischen (ideologisch aufgeladenen) Feindbildern und rationalen „Bildern von Feinden“ können freilich fließend sein. Die Struktur der Feindbilder von Extremisten zementiert sich, wenn diese auch in demokratischen Kreisen Unterstützung finden. Sie fühlen sich bestätigt. In der Regel ist die Feindbildstruktur von Extremisten nicht mit der Abwehrbereitschaft des demokratischen Verfassungsstaates zu erklären. Die Interaktionsthese ist vielfach empirisch nicht triftig. Wenn die „Rote Armee Fraktion“ die Bundesrepublik Deutschland als „Schweinesystem“ apostrophiert hat, dann war dies keine Reaktion auf staatliche Schutzmaßnahmen, die in dem einen oder anderen Fall eine Überreaktion gewesen sein mögen. Feindbildern wohnt eine hochgradig ideologisierte Weltsicht und Sprache inne – man denke an „Konsumterror“ und „Klassenjustiz“.

Die Struktur des Feindbildes ist zum Teil vage gehalten, so dass vieles hineinpasst. Das gilt etwa für die diffuse fremdenfeindliche „Szene“. „Es sind die mit biologisch aufgeladenen Ungeziefernamen und Abartigkeitsbezeichnungen stigmatisierter Gruppen, die nach einem abstrakten Merkmalskatalog definiert werden, und denen konkrete Individuen dann im sozialen Nahraum zugeordnet werden. Die ‚Oberfeinde‘ sind ‚Kanaken‘ und ‚Zecken‘. Erstere sind phänotypische ‚Undeutsche‘, letztere ‚Undeutsche nach Ideologie und Kultur‘. In jedem Fall ist ihre ‚Bekämpfung‘ in den Augen der Szenevertreter moralisch legitim, weil sie als apokalyptische Verderber des ‚Deutschen‘ gelten. [...]. In den Feindbildkreis gehören weiter: Juden, ‚Popen‘, ‚Schwule‘, ‚Kinderficker‘ und andere ‚Abartige‘, ‚Assis‘ oder ‚Asseln‘, ‚Mukus‘ (Multikulturelle),

³⁷ Flohr (FN 16), S. 64.

³⁸ Vgl. ebd., S. 69 f.

‚Politbonzen‘ und ‚Systembullen‘, Freimaurer und ‚Illuminaten‘. Auch ‚genotypisch Behinderte‘ finden als ‚unwertes Leben keine Gnade‘.³⁹ Eine derartige Wahrnehmung ist deshalb so gefährlich, weil sie Ausdruck von Verrohung ist und solche weiter fördert.

„Die meisten Arten dieser Ideologien haben die Tendenz gemein, ein doppeltes Feindbild zu entwickeln – gegen die äußere Bedrohung durch Juden, Moslems oder andere ethnische oder religiöse ‚Fremde‘ und gegen Verräter im Inneren, die als Kollaborateure mit dem Feind gelten.“⁴⁰ Dieses „doppelte Feindbild“ galt etwa auch für Kommunisten. So sind in der Sowjetunion mehr führende deutsche Kommunisten umgebracht worden als von den Nationalsozialisten.⁴¹ Das Feindbild kehrte sich gegen die eigene Richtung.

3. Bilder von Feinden und Feindbilder

Von ideologisierten, grundsätzlich abzulehnenden Feindbildern müssen – grundsätzlich zu bejahende – realistische *Bilder von Feinden* unterschieden werden. „Die Rede von den Kontrahenten, Gegnern oder Konkurrenten ist möglicherweise als Maßnahme zur Volkserziehung nützlich, sie kann aber die Realitäten nicht verändern. Es gibt anerkanntermaßen innere Feinde in Gestalt von Verfassungsfeinden, die aufmerksam vom Verfassungsschutz beobachtet und – soweit es sich um politische Parteien nach dem Parteiengesetz handelt – ggf. vom Bundesverfassungsgericht verboten werden (können).“⁴² Der demokratische Verfassungsstaat tut sich – u. a. aus dem Glauben an die Menschheit und an die Kraft der Vernunft – zum Teil schwer damit, dies anzuerkennen. Antikommunismus, Antifaschismus und Antiislamismus können eine berechtigte Abwehrhaltung sein, ebenso jedoch ein Feindbild perpetuieren. Es kommt auf die Argumentationsgrundlage an.

Für Gustav Radbruch, den einflussreichsten sozialdemokratischen Reichsjustizminister in der Weimarer Republik, war der Relativismus die „gedankliche Voraussetzung der Demokratie: Sie lehnt es ab, sich mit einer bestimmten politischen Auffassung zu identifizieren, ist vielmehr bereit,

³⁹ So Bernd Wagner, Rechtsextremismus und Schule, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2000, S. 16 f.

⁴⁰ Tore Bjorgo, Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden 2002, S. 991.

⁴¹ Vgl. dazu jetzt Hermann Weber/Andreas Herbst (Hrsg.), *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004.

⁴² Rüdiger Voigt, Freund-Feind-Denken in der Welt des 21. Jahrhunderts, in: Ders. (Hrsg.), *Freund- Feind-Denken. Carl Schmitts Kategorie des Politischen*, Stuttgart 2011, S. 30 f.

jeder politischen Auffassung, die sich die Mehrheit verschaffen konnte, die Führung im Staate zu überlassen, weil sie ein eindeutiges Kriterium für die Richtigkeit politischer Anschauungen nicht kennt, die Möglichkeit eines Standpunktes über den Parteien nicht anerkennt. Der Relativismus mit seiner Lehre, dass keine politische Auffassung beweisbar, keine widerlegbar ist, ist geeignet, jener bei uns in politischen Kämpfen üblichen Selbstgerechtigkeit entgegenzuwirken die beim Gegner nur Torheit oder Böswilligkeit sehen will: ist keine Parteiauffassung beweisbar, so ist jede Auffassung vom Standpunkte der gegnerischen zu achten. So lehrt der Relativismus zugleich Entschiedenheit der eigenen und Gerechtigkeit gegen die fremde Stellungnahme.“⁴³ Die Plausibilität dieser Äußerung krankte daran, dass sich eben nicht alle gesellschaftlichen Kräfte zum Relativismus bekannten, sondern ihn durch einen Absolutismus, ein Freund-Feind-Denken, zu ersetzen gedachten. Wer die Auffassung verfiicht, das Seinsollende entziehe sich - im Gegensatz zum Seienden - einer Begründung und müsse daher der wissenschaftlichen Betrachtung entzogen bleiben, kapituliert indirekt vor Strömungen, die einem solchen Freund-Feind-Denken das Wort reden. Die von Radbruch vorgenommene Verabsolutierung des Relativismus kommt nahezu einer *contradictio in adjecto* gleich, führt doch ein konsequent zu Ende gedachter Relativismus zur Relativierung seiner selbst.⁴⁴

Freilich, und das ist die Kehrseite, erscheint es abwegig, damit einem „Absolutismus“ das Wort zu reden. Die Bekämpfung der Feinde muss im Geist der Liberalität geschehen, ohne seinerseits Feindbilder in die Welt zu setzen. Auch Extremisten sind in einer pluralistischen Demokratie nicht vogelfrei (so muss das Folterverbot ebenfalls für sie gelten), sondern im Besitz elementarer Rechte - darunter dem Recht zur politischen Teilhabe. Zwar sieht die in der Bundesrepublik Deutschland verankerte streitbare Demokratie⁴⁵ Mechanismen vor, die verhindern sollen, dass die demokratischen Freiheiten zur Abschaffung eben dieser Freiheiten missbraucht werden; diese unterliegen jedoch einer klaren Eingrenzung und belassen auch demjenigen, der grundlegende Werte und Spielregeln missachtet, einen gewissen Betätigungsraum. Die verbreitete Parole: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!“ stellt mithin nicht die Maxime der streitbaren Demokratie dar.

⁴³ Gustav Radbruch, Vorwort des Verfassers (1932), in: Ders., Rechtsphilosophie, 8. Aufl., Stuttgart 1973, S. 82.

⁴⁴ Nach 1945 hat Radbruch seinen Positivismus revidiert und seine Rechtsphilosophie um naturrechtliche Elemente angereichert. Vgl. etwa zahlreiche Beiträge in seinem Sammelband: Der Mensch im Recht. Ausgewählte Vorträge und Aufsätze über Grundfragen des Rechts, 3. Aufl., Göttingen 1957.

⁴⁵ Vgl. u. a. Eckhard Jesse, Demokratieschutz, in: Ders./Roland Sturm (Hrsg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 451-476.

Der Position Radbruchs ist die Carl Schmitts schroff entgegengesetzt, wiewohl beide im Grunde den Wertrelativismus verfechten. Der umstrittene Weimarer Staatsrechtslehrer, der einem autoritären System ideologisch Vorschub leistete, rückte den Begriff für das politische Leben stark heraus. „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*. Sie gibt eine Begriffsbestimmung im Sinne eines Kriteriums, nicht als erschöpfende Definition oder Inhaltsangabe. Insofern sie nicht aus anderen Kriterien ableitbar ist, entspricht sie für das Politische den relativ selbständigen Kriterien anderer Gegensätze: Gut und Böse im Moralischen; Schön und Hässlich im Ästhetischen usw.“⁴⁶ Schmitt leugnete ausdrücklich jede inhaltliche Norm zur Bestimmung des Feindes: „Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch hässlich zu sein; er muss nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft und rentabel scheinen, mit ihm Geschäfte zu machen.“⁴⁷ Wie es für Schmitt „gerade in den wichtigsten Dingen wichtiger ist, dass entschieden werde, als wie entschieden wird“⁴⁸, so gilt das ähnlich für die im Zentrum von Schmitts Politikverständnis angesiedelte Freund-Feind-Unterscheidung. *Dass* sie zustande kommt, ist maßgeblich – nicht: *wodurch*. Das Verständnis Schmitts eignet sich folglich nicht als Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates: zum einen wegen seiner Fixierung auf den Freund-Feind-Begriff, zum anderen wegen seiner fehlenden Wertorientiertheit.⁴⁹

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus ist in der Bundesrepublik nicht immer von Liberalität durchdrungen (gewesen). Statt differenzierter Betrachtung und dem Bemühen um Gerechtigkeit gegenüber dem Kontrahenten tauchen manchmal grobschlächtige Formeln und Pejorativa auf, mit denen extremistische Gruppierungen mehr entstellt als dargestellt werden. In den fünfziger Jahren machten sich demokratische Politiker zuweilen antikommunistische Feindbilder zueigen. Wahrlich nicht jede Regelung - etwa des politischen Strafrechts⁵⁰ - und nicht jede staatliche Verhaltensweise atmete den Geist der Liberalität, sondern war von bänglicher Militanz gekennzeichnet. So wurden etwa Mitglieder der KPD *nach* deren Verbot für ihre politische

⁴⁶ So Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien (1927), Berlin 1963, S. 26 (Hervorhebung im Original).

⁴⁷ Ebd., S. 27.

⁴⁸ Ders., *Politische Theologie*, 2. Aufl., München/Leipzig 1934, S. 71.

⁴⁹ Vgl. u. a. Reinhard Mehring (Hrsg.), *Carl Schmitt – der Begriff des Politischen*. Ein kooperativer Kommentar, Berlin 2003.

⁵⁰ Vgl. Reinhard Schiffers, *Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz*. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1951, Düsseldorf 1989; Diether Posser, *Politische Strafjustiz aus der Sicht des Verteidigers*, Karlsruhe 1961.

Tätigkeit vor dem Verbot zur Rechenschaft gezogen.⁵¹ Heute wird rechtsextremistischen Gruppierungen mitunter voller Übereifer entgegengetreten. Nicht nur salopp-polemische Wendungen wie „Neonazis“ belegen dies. So ist es XXX Zeichen der Liberalität (und keines von Zivilcourage!), wenn Demokraten ordnungsgemäß angemeldete Demonstrationen der NPD oder ihnen nahestehender Kräfte verhindern und auf diese Weise das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellen. Zu wenig wird dieser für den demokratischen Verfassungsstaat zentrale Aspekt betont.

So sinnvoll und unerlässlich eine entschiedene Bekämpfung des Extremismus auch ist, so darf dieser Kampf nicht in ein von Feindbildern beherrschtes Ritual ausarten. Es bedarf der viel beschworenen geistig-politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen. Manichäische Weltbilder sind fehl am Platz. Ein demokratischer Verfassungsstaat sollte ohne Feindbilder auskommen. Die Praxis sieht freilich mitunter anders aus. Vor allem: Im Gegensatz zum Extremismus, der auf „den“ Feind oder „die“ Feinde fixiert ist und daraus einen großen Teil seiner Anziehungskraft bezieht, legitimiert sich die demokratische Ordnung nicht in erster Linie durch die Abgrenzung von anderen Positionen. Ihr Leitbild – die offene Gesellschaft – ist von ihnen innerlich unabhängig. Demokratische Maximen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Legitimation der eigenen Werte in den Vordergrund rücken, nicht die der von Extremisten. Es wäre ein Armutszeugnis für den demokratischen Verfassungsstaat, würde sich dieser in erster Linie durch die Absage an extremistische Positionen auszeichnen. Die streitbare Demokratie Deutschlands basiert auf einer „Positivliste“ an Werten, wie sie mit dem Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verbunden sind.

Teilweise werfen Extremisten dem demokratischen Verfassungsstaat vor, seinerseits mit „Feindbildern“ zu operieren. Der Begriff des „Feindbildes“ ist also auch für sie negativ besetzt. So spricht Ludwig Elm von einem „verordneten Feindbild“ in der Bundesrepublik, womit der antitotalitäre Konsens gemeint ist.⁵² Und bei Jürgen Schwab, einem dezidiert rechtsextremistischen Intellektuellen, heißt es: Wer seine Gegner als „Feinde“ und als „Schurken“

⁵¹ Vgl. Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt a. M. 1968; Diether Posser, Anwalt im Kalten Krieg, 3. Aufl., Baden-Baden 1999.

⁵² Vgl. Ludwig Elm, Das verordnete Feindbild. Neue deutsche Geschichtsideologie und „antitotalitärer Konsens“, Köln 2001. Tatsächlich war in der DDR, deren politisches System Elm so in Schutz nimmt, ein staatliches Feindbild gegenüber der Bundesrepublik verordnet. Siehe u. a. die Schrift: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Leit- und Feindbilder in DDR-Medien, Bonn 1997; Matthias Steinle, Vom Feindbild zum Fremdbild. Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm, Konstanz 2003.

apostrophiert, provoziert mit seinem „Kreuzzugsdenken“ furchterregende Reaktionen. „Bin Ladens Al-Qaida ist offenbar die adäquate Antwort auf die Strategien der *One World*, die dafür gesorgt haben, dass es neben den USA keine wirklich souveränen, sprich: kriegsfähigen, Staaten auf der Welt mehr gibt.“⁵³ Das – behauptete – Feindbild der einen Seite dient damit als eine Art Rechtfertigung für die grausame Feindschaft der anderen Seite.

4. Feindbilder im Rechtsextremismus

4.1 Die Vielfalt der Feindbilder

Rechtsextremisten eint die Negierung demokratischer Grundpositionen, die sich u. a. in der Ablehnung der menschlichen Fundamentalgleichheit zeigen. Die starke Fremdenfeindlichkeit basiert oft auf rassistischen Elementen. Manche Rechtsextremisten verbreiten Verschwörungstheorien, manche leugnen die Verbrechen des Dritten Reiches, manche propagieren Antisemitismus. Die Unterschiedlichkeit rechtsextremistischer Positionen zeigt sich in der Unterschiedlichkeit ihrer Feindbilder. Auch deren Intensität differiert deutlich. So sind die Feindbilder der „Autonomen Nationalisten“ aggressiver als die der NPD-Repräsentanten – bei allen ideologischen Schnittmengen.⁵⁴

Wer das Programm der NPD sichtet, erkennt eine Vielzahl an positiven Maximen („nationale Identität“, „nationale Souveränität“, „nationale Solidarität“, „sozialer Nationalstaat“). Als Feindbild Nr. 1 firmiert die „Globalisierung mit ihren verheerenden Folgen“.⁵⁵ Das „Nein zur Globalisierung“ wird wie folgt begründet: „Der globalisierte Kapitalismus kennt keine politischen, sozialen und kulturellen Bindungen und führt auf den internationalen Kapitalmärkten ein asoziales Eigenleben. Dies führt dazu“ dass Arbeitsplätze in Billiglohnländer exportiert und ausländische Lohndrucker importiert werden. [...] Die Globalisierung ist die Kampfansage an die nationalstaatliche Ordnung

⁵³ Jürgen Schwab, Vom europäischen Staatenkrieg zum globalen Partisanenkampf, in: Alain de Benoist (Hrsg.), *Die Welt nach dem 11. September. Der globale Terrorismus als Herausforderung des Westens*, Tübingen 2002, S. 134 (Hervorhebung im Original).

⁵⁴ Vgl. beispielsweise (mit unterschiedlicher Akzentsetzung): Christian Menhorn, „Autonome Nationalisten“ – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 19, Baden-Baden 2008, S. 213-225; Thomas Sager, Freund oder Feind? Das widersprüchliche Verhältnis von ‚Autonomen Nationalisten‘, NPD und neonazistischer Kameradschaftsszene, in: Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*, Wiesbaden 2011, S. 105-120.

⁵⁵ Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Bamberg 2010, S. 5.

und damit an die Freiheit aller Völker. Die Globalisierung steht für die Weltdiktatur des Großkapitals, das die Völker kulturell gleichschaltet, politisch entmündigt, wirtschaftlich ausbeutet und ethnisch zerstört. Dieser Entwicklung gilt es kompromisslos entgegenzutreten.“⁵⁶ Als weitere Feindbilder firmieren der Multikulturalismus, die Integrationspolitik, der Kapitalismus, das „EU-Europa“ und die „Genderpolitik“. Schließlich will die NPD der „einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ ein Ende machen: „Wir Nationaldemokraten erteilen dem staatlich verordneten Schuldult, der nicht zuletzt im Dienst fremder Finanzinteressen steht und deutschen Selbsthass, vor allem bei der Jugend, fördert, eine Absage.“⁵⁷

4.2 „Kommunismus“

Die meisten Formen des Rechtsextremismus waren in der Vergangenheit auf den Kommunismus als den Antipoden fixiert – sei es aus Überzeugung, sei es aus Berechnung. Davon kann zumal nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus nicht mehr die Rede sein. Bereits vorher hatte die NPD ihre antikommunistische Position abgeschwächt und ihre antiwestliche verstärkt. Im Programm aus dem Jahr 2010 fehlt jede Spur von „Antikommunismus“. Auch ansonsten finden sich dafür keine Ansatzpunkte. Die Partei ist trotz ihres starken Antikapitalismus nicht pro-kommunistisch geworden, aber das Thema „Antikommunismus“ spielt so gut wie keine Rolle. Es interessiert schlicht nicht. Zum einen weiß die Partei, dass das Thema keine Wähler mobilisiert, zum anderen passt „Antikommunismus“ nicht mehr so recht in das eigene ideologische Konzept des nationalen Sozialismus.

Gelegentlich kommen antikommunistische Topoi bei der NPD zum Tragen – etwa im Zusammenhang mit der Kritik an den umstrittenen Kommunismus-Äußerungen von Gesine Lötzsch zu Beginn des Jahres 2011. „Selten spricht ein Repräsentant der SED-PDS-Linkspartei so offen aus, welche tatsächlichen Ziele verfolgt werden.“⁵⁸ Allerdings werden die anderen Parteien gewissermaßen in Mithaftung genommen – wegen der behaupteten Hofierung von kommunistischen Positionen. Eher als Kuriosum ist der Versuch der NPD zu werten, auf einer englischsprachigen Website bei konservativen Amerikanern um Spenden für den Wahlkampf in

⁵⁶ Ebd., S. 5.

⁵⁷ Ebd., S. 14.

⁵⁸ Kommunismus als Endziel der LINKEN offenbart, unter: <http://www.npd-hessen.de/index.php> (17. August 2011).

Nordrhein-Westfalen (2010) zu bitten und sich dabei stark antikommunistisch zu gerieren⁵⁹ – wohl gemäß dem Motto: *Pecunia non olet*.

Der subkulturelle Rechtsextremismus etwa in Form der „Autonomen Nationalisten“ orientiert sich in den Aktionsformen („Schwarzer Block“) und im Auftreten sogar an Linksextremisten, zum Teil selbst in der antikapitalistischen Ideologie.⁶⁰ Allerdings ist die rechtsextremistische subkulturelle Szene durch Elemente von „Anti-Antifa“ gekennzeichnet. Das Wort „Antikommunismus“ spielt keine Rolle. Die Konfrontationsgewalt zwischen der linken und der rechten militanten Szene hat in den letzten Jahren zugenommen. Während die Gewalt der „Anti-Antifa“ eher durch expressive Merkmale gekennzeichnet ist, zeichnet sich die von „Antifa“ stärker durch eine instrumentelle Orientierung aus.⁶¹

4.3 „Amerikanismus“

Die NPD hat – parallel zur Abschwächung ihres Antikommunismus – den eigenen Antiamerikanismus massiv gesteigert. In ihrem Programm von 2010 heißt es an herausgehobener Stelle: „Nein zum Söldnerkrieg für die USA“.⁶² Unverblümt wird die folgende Forderung erhoben: „Deutschland darf sich nicht an den Kriegen der USA oder anderer Imperialmächte beteiligen.“⁶³ Die NPD geht mit ihren Äußerungen weit über eine Kritik an der Politik der USA hinaus, auch wenn die Partei in ihrem neuen Programm für ihre Verhältnisse eher zurückhaltend formuliert. Die Kritik an den Reeducation-Maßnahmen der USA und der von ihr unterstützten Westbindung war bei der „alten“ NPD verbreitet, doch nahm sie nicht annähernd die scharfe Form der Ära von Udo Voigt an. Das Wort von der „westlichen Wertegemeinschaft“ wird nur voller Zynismus zitiert. Insgesamt hat der Antiamerikanismus von rechtsaußen („Kein Blut für Öl“) seit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus an Schärfe gewonnen.⁶⁴

⁵⁹ Vgl. Tilman Tzschoppe, NPD goes USA, unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de> (17. August 2011).

⁶⁰ Vgl. Marc Brandstetter, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 185-203.

⁶¹ Vgl. das Kapitel „Wechselseitige Rezeptionen militanter Szenen: Antifa und Anti-Antifa“, in: Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010, S. 160-183.

⁶² Arbeit. Familie. Vaterland (FN 55), S. 14.

⁶³ Ebd., S. 14.

⁶⁴ Vgl. Berndt Ostendorf, Rechter Antiamerikanismus: Kulturalistische Ausdeutungen der Globalisierungsangst, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 2 (2000), S. 163-184, hier S. 172f.

Zwei Beispiele: Vor dem Besuch des US-Präsidenten George W. Bush im Juli 2006 in Deutschland fuhr die NPD schweres Geschütz auf. Die Interessen der USA seien nicht die Interessen seiner Bevölkerung, sondern die „einer kleinen superreichen Oberschicht, der es in erster Linie um eine Vermehrung ihres eigenen Kapitals geht. Zur Durchsetzung dieser Interessen bedienen sich die USA der Strategie eines dreifachen Imperialismus: des militärischen Imperialismus, des wirtschaftlichen Imperialismus und des kulturellen Imperialismus.“⁶⁵ Der Antiamerikanismus ist umfassend, nicht nur politisch bedingt. Der „militärische Imperialismus“ sei der wichtigste Pfeiler der US-Herrschaft, die Angriffsziele nach Interessenlage auswähle. Der „Wirtschaftsimperialismus“ zeige sich in der Globalisierung, die den heimischen Regierungen die Kontrolle über die Märkte entreiße. Der „Kulturimperialismus“ vernichte einheimische Kulturen und entziehe ihnen so die Grundlage zur Identifikation. Weder die deutsche Regierung noch die parlamentarische Opposition biete den „US-Imperialisten“ Paroli. Es werde „immer deutlicher, dass die Rolle der PDS in erster Linie darin besteht, US-kritisches Wählerpotential zu binden, damit dieses sich nicht einer wirklich antiimperialistischen Partei anschließt.“ Die Forderung der NPD: „Auflösung der NATO! Der Träger des US-Imperialismus muss verschwinden, damit ein Europa der freien Völker entstehen kann.“⁶⁶

Nach der Tötung Osama bin Ladens im Mai 2011 heißt es, dieser könne „noch mehr zur Ikone und nun gar zum Märtyrer vieler um Freiheit kämpfender Völker werden.“ Die Zerstörungen am 11. September 2001 gelten als „sogenannte islamistische Anschläge“ und als „Inszenierungen“. Die Partei nimmt eine Gleichsetzung vor: „Osama wollte seinen Glauben weltweit verbreiten, war also ein religiöser Imperialist. Obama strebt dagegen wie alle seine Amtsvorgänger auch die weltweite Hegemonie des globalen Kapitalismus an – ist daher ein Wirtschafts-Imperialist. Die NPD lehnt Imperialismus jeglicher Couleur ab. Aber der Mord an Osama bin Laden war nicht, wie die Systemmedien heute landauf landab verkünden, ein Schlag gegen den internationalen Terrorismus, sondern lediglich ein Propaganda-Coup eines immer unbeliebter werdenden Krisen-Präsidenten.“⁶⁷

Auch viele subkulturelle Rechtsextremisten höhnen etwa in Musiktexten über den „Weltfeind“: „Jagt den Weltfeind aus jedem Land | Gegen Ausbeutung und Zinssklaverei.“⁶⁸ Hingegen meiden rechtsextremistische Positionen, die im Islam(ismus) ihr zentrales Feindbild sehen – wie die

⁶⁵ Freiheit für Deutschland – Ami go home! Erklärung des NPD-Parteivorstandes zum Bush-Besuch in Stralsund, unter: www.npd-mv.de (7. August 2011).

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ronny Zasowk, USA feiern Mord an Osama bin Laden, unter: <http://www.npd-in-rlp.de> (3. Mai 2011).

⁶⁸ Zitiert nach Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 82.

eingangs erwähnte „Bürgerbewegung pro NRW“ – antiamerikanische Klischees. Sie sehen in den USA geradezu einen Beschützer vor der Islamisierung. Dies ist nicht in erster Linie strategisch bedingt.

5. Feindbilder im Linksextremismus

5.1 Die Vielfalt der Feindbilder

Linksextremisten negieren die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates und verabsolutieren das Gleichheitsprinzip. Der Kapitalismus wird für die meisten Übel der Welt verantwortlich gemacht. Allerdings gibt es ein breites Spektrum, das höchst unterschiedliche und höchst unterschiedlich intensive Feindbilder aufweist. So sind die der Partei Die Linke weniger aggressiv als die der Autonomen. In Deutschland gibt es – sage und schreibe – etwa 20 trotzkistische Dachverbände.

Wer etwa die Verlautbarungen und Aktivitäten von Autonomen beobachtet, sieht das Urteil des Extremismusforschers Udo Baron bestätigt: „Das politische Selbstverständnis von Autonomen ist in erster Linie von Anti-Einstellungen geprägt. Sie verstehen sich vor allem als antifaschistisch, antikapitalistisch, antirassistisch, antimilitaristisch und antirepressiv. Damit greifen sie Themen auf, die auf breite Akzeptanz bis weit in die demokratische Mitte hinein stoßen und bei denen sie sich im Einklang mit der Mehrheitsgesellschaft wähen können.“⁶⁹ Zu ergänzen wäre: „antideutsch“. Die Antideutschen, wie sie sich selbst nennen, sind eine Erscheinung seit der sich abzeichnenden Wiedervereinigung im Jahre 1990.⁷⁰ Obwohl selbst Deutsche, verstehen sie sich, und das ist paradox genug, als antideutsch. Ein Teil der Autonomen ist eher „antiimperialistisch“, ein anderer Teil eher „antideutsch“. Konflikte sind programmiert. So behaupten linksextremistische Antikapitalisten von den Antideutschen: „Logischerweise wird die nicht-antideutsche Linke [für sie] zum primären Feindbild.“⁷¹

Wer das Programm der Partei Die Linke sichtet, findet u. a. Plädoyers für eine demokratische Wirtschaftsordnung, für ein Recht auf Arbeit, für ein Leben in sozialer Sicherheit, für Frieden und

⁶⁹ Udo Baron, Die Militanz der Autonomen, in: MUT, Heft 9/2009, S. 49.

⁷⁰ Vgl. zum frühen Selbstverständnis: Kongress der Radikalen Linken. Reden und Diskussionsbeiträge zum Kongress an Pfingsten 1990 und auf der Demo „Nie wieder Deutschland“ am 12.5.1990 in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1990.

⁷¹ Wo endet der Antifaschismus? Zur Auseinandersetzung mit der antideutschen Strömung, in: Antifaschistisches Infoblatt, Heft 62/2004, S. 5.

Abrüstung. Erstrangiges Feindbild ist offenkundig der Kapitalismus, der nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Gesellschaftsordnung firmiert. „Der Kapitalismus von heute ist räumlich und zeitlich entgrenzt; er hat sich die ganze Welt Untertan gemacht. [...] Unter diesen entfesselten kapitalistischen Bedingungen schlagen immer rascher und weitreichender Produktivkräfte in Destruktivkräfte um. Zugleich werden Arbeitsplätze vernichtet, Wohlstand wird zerstört und an der Natur Raubbau betrieben. Auch Kriege werden in Kauf genommen, wenn auf diese Weise Profite gesteigert und gesichert werden können. Kriege werden auch unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe geführt.“⁷²

5.2 „Faschismus“

Ein zentrales Feindbild ist für Die Linke weiterhin der „Faschismus“.⁷³ Der Begriff findet kanonische Geltung, um den Terminus des „Nationalsozialismus“ zu vermeiden, der daran erinnert, dass sich dieser als eine Form des „Sozialismus“ verstanden hat. Der Terminus „Kampf gegen rechts“, der oft auftaucht, erfüllt wohl zwei Funktionen: Zum einen kommt so der Terminus „Rechtsextremismus“, der indirekt an eine andere Variante des Extremismus erinnert⁷⁴, nicht zur Geltung; zum anderen erlaubt die unscharfe Formulierung „rechts“ den Kunstgriff, auch konservative Positionen darunter zu fassen. Im Programm heißt es: „Wir fordern [...] die politische und strafrechtliche Bekämpfung von Faschismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus und setzen uns für ein Verbot aller faschistischen Organisationen ein.“⁷⁵ Die Partei propagiert die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel ins Grundgesetz und in die Landesverfassungen. Auf diese Weise könnte das Demonstrationsrecht für (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten (weiter) erschwert werden. Die Linke macht sich das folgende Diktum zu Eigen: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Damit versucht sie die Verhinderung rechtsextremistischer Demonstrationen zu rechtfertigen.

„Antifaschismus“, der oft auf eine Absage an den demokratischen Verfassungsstaat hinausläuft, ist ein einigendes Band im Linksextremismus.⁷⁶ Die Linke arbeitet eng mit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA)

⁷² DIE LINKE. Grundsatzprogramm, Berlin 2011, S. 10.

⁷³ Vgl. umfassend Tim Peters, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006.

⁷⁴ Allerdings wird dies nicht systematisch durchgehalten. Zuweilen sprechen die Repräsentanten der Partei auch von Rechtsextremismus.

⁷⁵ DIE LINKE (FN 72), S. 34.

⁷⁶ Vgl. Bettina Blank, „Deutschland, einig Antifa“? „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2013.

zusammen – einer „glasklar linksextreme(n) Organisation“⁷⁷, die freilich längst nicht mehr alle Verfassungsschutzberichte auflisten. Auch Parteien wie die DKP und die MLPD haben sich „Antifaschismus“ auf die Fahnen geschrieben. Und für Autonome ist beim „Kampf gegen den Faschismus“ Gewaltanwendung legitim – sei es in der Form der Massenmilitanz, sei es in der Form klandestiner Aktionen. Die Zahl der Beispiele ist Legion.

5.3 „Amerikanismus“

Der Antiamerikanismus hat nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine lange, wiewohl keineswegs ehrwürdige Tradition, sondern auch auf der linken Seite.⁷⁸ Gerade in der DDR war dieser verbreitet. Auch wenn die Linke von der Ideologie des SED-Staates in beträchtlichem Maße Abstand genommen hat, so wirkt das Feindbild des „Amerikanismus“ in abgeschwächter Form weiter fort.

Im Programm der Linken überlagert Antifaschismus deutlich Antiamerikanismus. Bei der Kapitalismusschelte ist wohl auch der „Amerikanismus“ gemeint, gilt doch die USA als der Prototyp des Kapitalismus. Die folgende Formulierung fällt vergleichsweise zurückhaltend aus: „Das amerikanische Modell, sinkende Löhne durch steigende Schulden auszugleichen, war zugleich die Voraussetzung für die riesigen Exportüberschüsse anderer Länder, so der Bundesrepublik Deutschland. Auch die steigende Verschuldung des US-Staates zur Finanzierung von Rüstung und Kriegen hat zum Aufblähen der Finanzblase beigetragen.“⁷⁹ An anderer Stelle ist vom „illegalen Krieg der USA“⁸⁰ die Rede. Wenn die USA Erwähnung finden, so geschieht das ausschließlich in pejorativer Konnotation. Die Partei fordert die Auflösung der NATO.

Michael Brie, führender Kopf der Partei, hat 2003 zehn Thesen über Antiamerikanismus und Amerikanismus präsentiert. In diesem Grundsatzbeitrag versucht Brie zu zeigen, dass Kritiker des „Amerikanismus“ von vornherein in der Defensive sind. „Amerikanismus [...] ist vor allem eine Ideologie, die die unilaterale Weltmachttrolle der USA als universales Menschheitsinteresse zu legitimieren sucht.“⁸¹ Die Ideologie von der „welthistorischen Mission der USA“ sei ebenso problematisch wie die von der historischen Mission der Arbeiterklasse. Brie kritisiert den

⁷⁷ So Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?*, Paderborn u. a. 2011, S. 75.

⁷⁸ Vgl. u. a. Schwan (FN 4), S. 41-61.

⁷⁹ DIE LINKE (FN 72), S. 15.

⁸⁰ Ebd., S. 17.

⁸¹ Michael Brie, *Über Antiamerikanismus und Amerikanismus – zehn Thesen*, in: *Disput*, Heft 3/2003, unter: <http://archiv2007.sozialisten.de> (27. Juli 2011).

„imperialen Amerikanismus“. Er zählt dazu vier Hauptelemente: USA als einziger Staat mit uneingeschränkter Souveränität; Reklamation eines globalen Gewaltenmonopols für die USA; alleiniges Recht der USA, Präventionskriege zu führen; offensive, unter Umständen auch gewaltsame Veränderungen anderer wirtschaftlicher und politischer Systeme. Die Folgen dieses imperialen Amerikanismus sieht er auf den unterschiedlichsten Feldern deutlich negativ. Mit Blick auf Aristoteles heißt es schief: „Imperialer Amerikanismus ist global nichts anderes als eine Tyrannis, die den Anspruch darauf erhebt, eine legitime Monarchie zu sein, die dem Wohl aller verpflichtet ist.“⁸² Brie konstruiert einen krassen Widerspruch zwischen Theorie und Wirklichkeit. Zu diesem Ergebnis kann er nur kommen, weil die von ihm perhorreszierte Wirklichkeit seine „Theorie“ ist.

Noch schärfer argumentiert die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz, die als Trotzkin in den Reihen der Linken wirkt. Sie sagt dem „US-Imperialismus“ den Kampf an und setzt auf Widerstandsbewegungen überall in der Welt. „Für die Schwächung des Imperialismus ist der politische Charakter des Widerstandes aber unerheblich.“⁸³ Die Gegenposition zu Buchholz nimmt innerhalb der Partei die nicht sonderlich einflussreiche „Shalom“-Gruppe ein, die eigens Anti-Amerikanismus verwirft und „Errungenschaften des Westens“ hervorhebt. Die Position von Buchholz und anderen Repräsentanten der Linken ist zwar „antiimperialistisch“ ausgerichtet, aber nicht antisemitisch.⁸⁴ Insofern gehen einschlägige Vorwürfe fehl.⁸⁵

Der Antiamerikanismus bei DKP und MLPD ist deutlich stärker entwickelt als bei der Linken. Was die autonome Szene betrifft, so muss zwischen der antiimperialistischen und der antideutschen Position unterschieden werden. Während die erste Position in den USA einen Hauptfeind sieht, so gilt das für die zweite ganz und gar nicht. Die Antideutschen machen sich bisweilen gerade die Positionen jener Amerikaner zu Eigen, die besonders „national“ auftreten. Sie wittern nahezu überall Antisemitismus.⁸⁶

⁸² Ebd.

⁸³ Christine Buchholz, Imperialismus und Widerstand im 21. Jahrhundert, in: Linksruck, Heft 227/2007, unter: <http://www.linksruck.de> (27. Juli 2011).

⁸⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Israelfeindschaft zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 163-181.

⁸⁵ Vgl. aber Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik 58 (2011), S. 280-309.

⁸⁶ Vgl. Carsten Koschmieder, Die Entstehung der „Antideutschen“ und die Spaltung der linksradikalen Szene, in: Dovermann (FN 84), S. 183-200, insbes. S. 192-195.

6. Konsequenz von unterschiedlichen und gleichen Feindbildern

Wie die beiden herausgegriffenen Beispiele zeigen, handelt es sich auf der einen Seite um unterschiedliche Feindbilder („Kommunismus“ und „Faschismus“), auf der anderen Seite um gleiche („Amerikanismus“). Ein doppelter Vergleich der Feindbilder bietet sich an: zum einen zwischen den linksextremistischen und den rechtsextremistischen Positionen, zum anderen innerhalb des jeweiligen Lagers.

Was den ersten Punkt betrifft, so hat der Antifaschismus eine weitaus größere Durchschlagskraft als der Antikommunismus. Während die Vitalität des Antifaschismus nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus linksaußen zugenommen hat, ist der Antikommunismus bei den meisten Richtungen rechtsaußen entkräftet, ja nahezu aufgegeben worden. Der Kommunismus eignet sich in dieser Perspektive nicht mehr als Feindbild. Gleichwohl: Rechts- und Linksextremisten brauchen vielfach einander. Letztlich sind die meisten von ihnen wohl gar nicht daran interessiert, dass die andere Variante des Extremismus, die sie bekämpfen, gänzlich von der Bildfläche verschwindet. Sie wollen vielmehr u. a. das hervorrufen, was sie so heftig attackieren. Denn je stärker der extremistische Antipode ist, umso mehr Resonanz versprechen sie sich für die eigene Richtung. In der Tat mag – beispielsweise – eine antifaschistische Aktion gegen eine Veranstaltung einer rechtsextremistischen Organisation diese zusammenschweißen und ihr unter Umständen neue Mitglieder zuführen, wie umgekehrt ein provokatives Auftreten von Rechtsextremisten die Zahl von „Antifaschisten“ vergrößern könnte. Insofern besteht eine merkwürdige Dialektik im Auftreten von Rechts- und Linksextremisten, die in gewisser Weise „Bundesgenossen“ und – wenn auch unfreiwillig – „Bündnispartner“ sind. Eine Spiegelbildlichkeit liegt für Parteien nicht vor. Die extreme Rechte sieht als Feind zunehmend die „liberale Gesellschaft“ an, weniger – wie gezeigt – den Kommunismus. Um auf die Eingangsthese Tilman Mayers zurückzukommen: Während rechtsextremistische Ideologien durch das Ende des Sowjetkommunismus, das freilich nicht von ihnen verursacht worden ist, ohne das Feindbild „Kommunismus“ auskommen (müssen), ist der Antifaschismus von Linksextremisten neben dem Antikapitalismus deren zentrale „Abwehr-Ideologie“. Sie erfährt bisweilen bei Demokraten eine gewisse Reputation. Mit Blick auf den „Amerikanismus“ gibt es ein analoges Feindbild, wobei dieses bei der Partei Die Linke schwächer entwickelt ist als bei der NPD. Wie es vor 1990 eine gewisse pro-amerikanische Haltung bei der NPD gab, so existiert heute eine solche bei kleinen Gruppen innerhalb der Partei der Linken. Die Annahme, ein gemeinsames Feindbild könne in gewisser Weise die unterschiedlichen Ideologien dekonstruieren, bestätigt sich nicht. Gewiss gab es von Rechtsextremisten mehrfach den Versuch

zu gemeinsamen Aktionen („Querfrontstrategie“), doch wurden derartige Initiativen von linksaußen im Keim erstickt. Für Linksaußenpositionen ist der Links-Rechts-Gegensatz stärker als die Affinität zum gemeinsamen Feind. Am rechten Rand gilt das nicht.

Was den zweiten Punkt betrifft, so gibt es innerhalb der verschiedenen Strömungen jeweils zwei Feindbilder, die in einem Spannungsverhältnis, wenn nicht gar in einem Gegensatz zueinander stehen („Kommunismus“ versus „Amerikanismus“ bzw. „Faschismus“ versus „Amerikanismus“). Beim Rechtsextremismus kann ein Loyalitätskonflikt schon deshalb nicht auftreten, weil der Kommunismus als Feindbild vorerst ausgedient hat und insofern den „Antiamerikanismus“ nicht ernsthaft beeinträchtigt. Allerdings sähe dies bei den Feindbildern „Islamismus“ und „Amerikanismus“ anders aus. Die NPD nimmt hier ein Problem wahr, das sie durch die Unterscheidung zwischen einem innen- und einem außenpolitischen Feind zu umgehen sucht. Tatsächlich ist die „Feindesintensität“ gegenüber den USA deutlich größer als gegenüber dem Islamismus. Freilich gilt das nicht für alle rechtsextremistischen Richtungen, wie Warnungen vor einer „Islamisierung“ Deutschlands bzw. Europas belegen. Für die andere Seite des politischen Spektrums stellt sich das Dilemma ebenso: Die Feindbilder „Faschismus“ und „Amerikanismus“ lassen sich auf den ersten Blick schwerlich problemlos verbinden – es sei denn, der amerikanische Kapitalismus werde ebenso als „imperialistisch“, als eine Form der „bürgerlichen Herrschaft“ und damit des Faschismus angesehen.⁸⁷ Tatsächlich ist fast jede Form des Linksextremismus stärker „antifaschistisch“ als „antiamerikanisch“ ausgerichtet. Das bedingt indirekt eine gewisse Abschwächung der extremistischen Intensität.

Wer die Feindbilder im Rechts- und im Linksextremismus (Kapitel 4. und 5) mit den zuvor genannten Freund-Feind-Stereotypen sowie den Funktionen von Feindbildern vergleicht, erkennt durchaus gewisse Parallelen: Das „Anti“ ist stärker als das „Pro“. Dem als Feind betrachteten Antipoden wird eine Wandlung nicht zugebilligt und Böses unterstellt. Zugleich zeigt sich eine gewisse Zurückhaltung in den Parteiprogrammen, weniger in den militanten „Szenen“. Dieser Umstand hängt mit der Auswahl der Feindbilder zusammen. Es war nicht die Absicht des Beitrages, sämtliche Feindbilder von Rechts- und Linksextremisten zu analysieren. Erschwert wird der Vergleich zudem dadurch, dass angesichts unterschiedlicher Strömungen weder „der“ Rechts- noch „der“ Linksextremismus existiert (wie etwa beim Amerikanismus“ verdeutlicht).

⁸⁷ Vgl. Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek bei Hamburg 1976.

7. Resümee

Nun darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Extremismen sind nicht nur auf Feindbilder fixiert; sie, die einen mehr, die anderen weniger, operieren vielmehr auch mit Heilsversprechen und entwickeln utopische Vorstellungen von einer zukünftigen Gesellschaft, in der fundamentale Konflikte ihren Platz verlieren. Gleichwohl ist die Erkenntnis wichtig, dass Extremismen ohne Feindbilder schwerlich auskommen. Bei Rechts- und Linksextremisten sind diese auffallend asymmetrisch. Neben einem ähnlichen Feindbild (dem Westen und der Globalisierung) gibt es bei Rechts- und Linksextremisten unterschiedliche Feindbilder: Der Affekt gegen Kommunismus hat rechtsaußen zunehmend an Bedeutung verloren, der gegen „Faschismus“ linksaußen an Geltungskraft gewonnen. Die folgenden Punkte geben Antworten und werfen jeweils eine Frage auf.

Erstens: Politische Extremismen haben teils gemeinsame, teils unterschiedliche Feindbilder. Diese gehen deutlich über mit Stereotypen angereicherte Vorurteile hinaus. Sie sind unterschiedlich stark entwickelt – je nachdem, um welche Varianten des Extremismus es sich handelt: *Cum grano salis* gilt: Je aggressiver der jeweilige Extremismus ist, umso aggressiver sind seine Feindbilder. Kommen Extremismen ebenso nicht ohne ideologisierte – zum Teil spiegelbildlich vertauschte – *Freundbilder* aus?

Zweitens: Der demokratische Verfassungsstaat steht vor einer Gratwanderung, einem Dilemma. Einerseits muss er sich der Existenz von Feinden bewusst sein; andererseits darf er bei der Abwehr dieser Feinde seinerseits keinem ideologisch aufgeladenen Feindbild aufsitzen. Damit würde er nicht nur gegen die eigenen Prinzipien verstoßen, und Extremisten sähen sich in ihrem Feindbild bestätigt. Die Demokratie hat auf ein Feindbild zu verzichten und ist verpflichtet, das Feindbild von Extremisten nicht feindbildartig wahrzunehmen. Aber wieso sind demokratische Verfassungsstaaten nicht gefeit vor der Verwendung von Feindbildern?

Drittens: Was Deutschland betrifft, so gibt es zwar ideologische Überlappungen (zum Beispiel beim Kampf gegen Amerika und die Globalisierung), aber es besteht keine Kooperation von rechts- und linksaußen bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates. Rechtsextremisten mutieren in der Regel nicht zu Linksextremisten – vice versa gilt das ebenso. Wieso erblicken Linksextremisten stärker in Rechtsextremisten einen Feind, während Rechtsextremisten diesen nicht in erster Linie im Linksextremismus sehen?

Viertens: Die Funktionen von Feindbildern sind mannigfaltig. Sie dienen u. a. dazu, die Identität von Extremisten zu festigen, die eigene Richtung zu mobilisieren und „zusammenzuschweißen“, den Feind zu dämonisieren. Sie erhöhen das Selbstwertgefühl. Extremisten benötigen Feindbilder nicht zuletzt, damit sie für das eigene Anliegen Gehör finden. Dieses kommt eher wenig zur Geltung. Wieso ist bei ihnen das „Anti“ vielfach stärker entwickelt als das „Pro“?

Fünftens: Die Struktur von Feindbildern nimmt die Realität nur grob verzerrt wahr, knüpft allerdings an Elemente der Wirklichkeit an. Feindbildern wohnt ein Schwarz-Weiß-Muster inne. Der Feind wird als geschlossene Kraft perzipiert. Wer solche Bilder verwendet, immunisiert die eigene Position. Denn der als Feind angesehene Antipode rennt mit seinen Auffassungen, die oft das Gegenteil des Unterstellten besagen, ins Leere. Sie gelten als bloße Taktik des „Systems“. Wieso gehen Feindbilder oft mit Verschwörungstheorien einher?

Sechstens: Um manche Feindbilder bei Extremisten abzubauen, besteht *eine* Möglichkeit darin, die Auseinandersetzungen mit ihnen zu suchen. Die Gefahr, dass Demokraten ihnen damit ein Forum geben und sie aufwerten, ist in der Regel geringer als die Gefahr, dass sich extremistische Bestrebungen weiter abschotten und ideologisieren. Angesichts der Festigkeit von Feindbildern bei politischen Extremisten sind Appelle zu ihrem Abbau freilich häufig nur gut gemeint, jedoch nicht sonderlich wirksam. Von großen Umbrüchen – etwa in anderen Staaten von Diktaturen zu Demokratien – zeigen sie sich zuweilen beeindruckt. Bilden Systemwechsel vielfach die Voraussetzung für den Abbau von Feindbildern?

Siebtens: Die Prüfung der Frage, ob eine Partei, eine Vereinigung oder eine Person im demokratischen Verfassungsstaat systematisch Feindbilder produziert oder sich zu eigen macht, ist neben anderen Faktoren ein Lackmustest für die Frage, inwiefern von ihr eine extremistische Orientierung ausgeht. Die Intensität von Feindbildern lässt Rückschlüsse darauf zu, ob es sich bei der betreffenden Gruppierung eher um eine harte oder eine milde Form des Extremismus handelt. Gleiches gilt spiegelbildlich für „Freundbilder“ von tatsächlichen oder vermeintlichen Extremisten. Wer die Ideologie autoritärer oder totalitärer Staaten unterstützt und deren Herrschern zum Geburtstag gratuliert, muss sich nicht wundern, wenn seine Haltung zum demokratischen Verfassungsstaat in Zweifel gezogen wird. Leitet der Zusammenbruch von Diktaturen der eigenen Richtung zuweilen einen Läuterungsprozess ein?

Achtens: Extremisten haben innere und äußere Feindbilder. So sind sich alle drei Varianten des Extremismus – mit unterschiedlicher Akzentsetzung im Einzelnen – in der Ablehnung der westlichen Wertegemeinschaft einig. Amerika gilt neben dem damit in enger Verbindung

stehenden Kapitalismus und der Globalisierung als „das“ Abzulehnende schlechthin, firmiert als Wurzel allen Übels. Das, so die Behauptung, nur dein „Mammon“ und dem Egoismus verpflichtete „One world“-Denken betrachten zumal Extremisten als dekadent, seelenlos, aggressiv-imperialistisch („Kapitalistenstaat“). Freilich gibt es zwischen Rechts-, Linksextremisten und Islamisten unterschiedliche Akzentsetzungen. Unter welchen Voraussetzungen können sich die Feindbilder gegenseitig dekonstruieren?

Trifft die eingangs erwähnte Kernthese von Tilman Mayer zu, wonach eine „erfolgreiche Abwehr“ den „Zusammenbruch“ der eigenen Konzeption fördern kann? Die Antwort fällt unterschiedlich aus. Für den demokratischen Verfassungsstaat gilt dies nicht, weil er seine Legitimität nicht in erster Linie aus der Abwehr antidemokratischer Ideologien bezieht. Wenn er heute im Islamismus einen Feind sieht, so ist das eine Reaktion auf eine neue Herausforderung, in der Regel keine Islamophobie. Hingegen ist durch den Zusammenbruch des Kommunismus das Weltbild von Rechtsextremisten nachhaltig erschüttert. Eine ideologische Neuausrichtung in puncto Feindbilder ist weithin eingetreten. Bei Linksextremisten gibt es beides: Bestätigung und Verschärfung des Feindbildes mit Blick auf „Faschismus“, Abschwächung und Modifizierung des Feindbildes mit Blick auf „Amerikanismus“.

Feindbilder und Gewaltmotive im Islamismus

Dr. Olaf Farschid, Verfassungsschutz Berlin

„ES GENÜGT NICHT
SIE NUR MIT DEM
HERZEN ZU HASSEN,
WEIL WEILN MUSS DIE FEINDSCHAFT
UND DER HASS HINEN GEGENÜBER
OFFEN GEEZIGT WERDEN.“



DER ZWECK DER
FEINDSCHAFT
IST NICHT ERREICHT BIS
IHEN (DEN TAWAGHIT) OFFEN
VERKÜNDET WIRD, DASS MAN
VON DER GRUPPE IST, WELCHE
SIE BEKÄMPFEN

Feindbilder und Gewaltmotive im Islamismus



Dr. Olaf Farschid



Inhalt

1. Islamismus
2. Feindbilder im Salafismus
 - 2.1 Salafismus vs. Demokratie
 - 2.2 Salafismus vs. Rechtsstaat
 - 2.3 Salafismus vs. „Ungläubige“
 - 2.4 Antisemitismus
 - 2.5 Legitimation terroristischer Gewalt
3. Jihad-Gewaltmotive

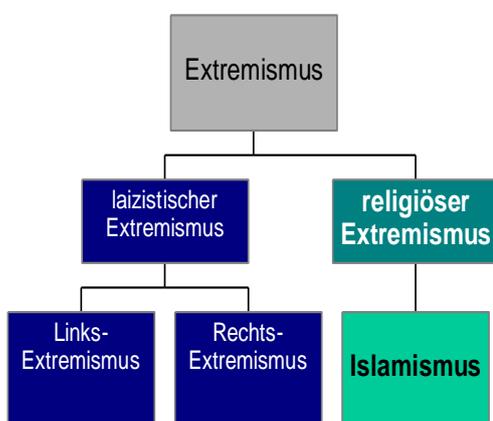
1. Islamismus



alte u. neue Begriffe für Islamismus

- Fundamentalismus (→ Christentum USA)
- Integrismus (→ katholische Bewegung)
- Salafiya–Islam (Bezug „fromme Altvordere“)
- Politischer Islam
- Islamismus

Einordnung Islamismus



- Extremismustheoretisch gehört der Islamismus zum **religiösen Extremismus**

präziser:

- **religionsbezogener Extremismus**
- Bezug auf Religion / dadurch nicht zwangsläufig auch religiös
- auf Rechts-Links-Skala eher **Rechtspopulismus** zuzuordnen



Islamismus



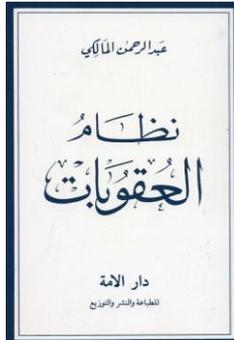
- Versuch politischer Bewegungen der Gegenwart, den Islam zu ideologisieren und
 - eine **islamistische Herrschaftsordnung** zu errichten oder
 - die **Gesellschaft zu islamisieren**
- Für Islamisten: Islam nicht allein eine Religion, sondern
 - eine **Herrschaftsideologie** und ein **Gesellschaftssystem**
- Islamisten suchen ihre Vorstellungen auf **gesellschaftspolitischem** Wege oder **gewaltsam** durchzusetzen

Islamisten: Islam = **Religion** und **Politik**



- vermeintliche Einheit von
„**Religion**“ = **Koran**
„**Politik**“ = **Schwert**
- **Metin Kaplan,**
- Führer Org. „**Kalifatsstaat**“
- 2001 verboten

Plädoyer für islamische Strafen



Publikation HuT

- volle Anwendung des koranischen Strafrechts

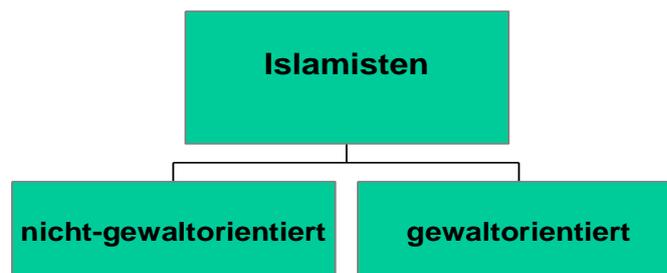
- Unzucht
- Alkoholgenuss
- Diebstahl



- Todesstrafe für Apostaten



Zwei Hauptgruppen



Nicht-gewaltorientierte islamistische Gruppen

- „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG) (türkisch)
- Muslimbruderschaft (MB)
(pan-arabisch)



Gewaltorientierte Islamisten

Drei Untergruppen:

- **gewaltbefürwortende Gruppen**
HuT, ICCB
- **Gewaltausübende Gruppen**
HAMAS, „Hizb Allah“
- **Transnationale Terrornetzwerke**
– z. B. „al-Qa’ida“



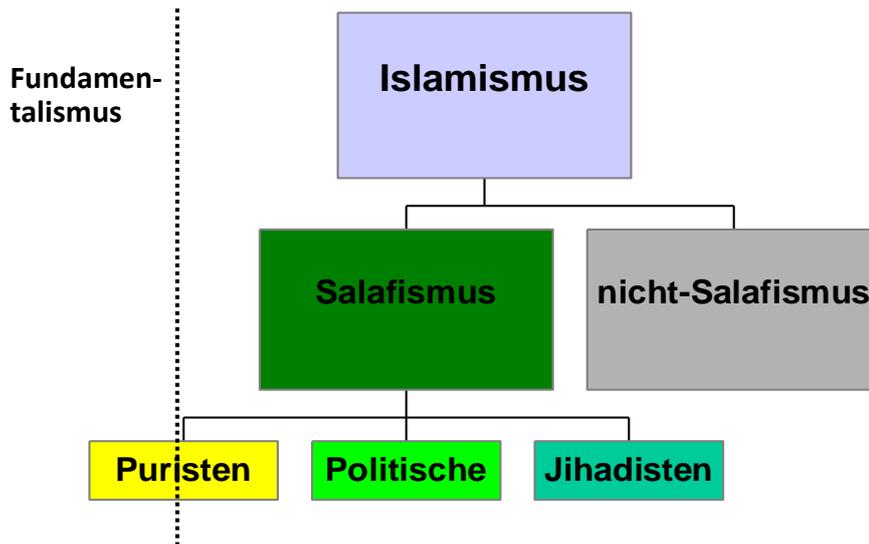
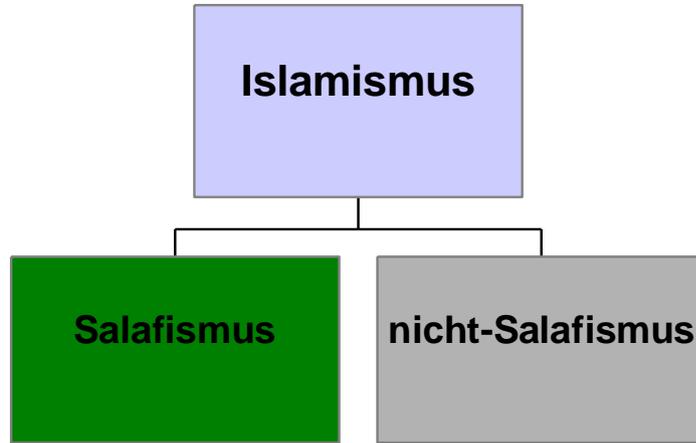
2. Feindbilder im Salafismus



Definition Salafismus

- Begriff von „**as-Salaf as-salih**“
– die „frommen Altvorderen“
- Rückbezug auf eine **idealisierte Frühzeit des Islam** vor 1400 Jahren
- jüngere, vom saudi-arabischen **Wahhabismus** geprägte weltweite Bewegung
- Form des **traditionellen Islamismus**

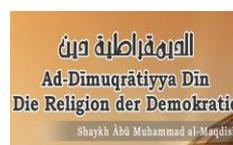




2.1 Salafismus vs. Demokratie

Behauptung Illegitimität des politischen Systems in Dtl.

- Demokratie = ‚Gegenreligion‘ zum Islam
- Demokratie = „Vielgötterei“/ „Unglaube“
- Der Islam verbiete politische Parteien
- Muslime dürften nicht an Wahlen teilnehmen



Behauptung Unvereinbarkeit Islam und Demokratie





Islam und Demokratie = unvereinbar

„Der Islam lehnt die Demokratie ab (...).“

„Die Verfassung der Muslime ist der Koran (...).“

„Die islamische Religion kennt keine Parteien (...).“

„Niemand kann sowohl ein Muslim als auch ein Demokrat sein.“



2.2 Salafismus vs. Rechtsstaat

Behauptung Illegitimität der deutschen Rechtsordnung

- Parlamente dürften keine Gesetze erlassen
- nicht-religiöse Gesetze seien illegitim
- weltliche Gerichte illegitim

Nicht-religiöse Gesetze = illegitim



„Gesetze, die **Demokratie**
(...) **vertreten**,
sind **Gesetze der Götzen.**“



„Die erste Bedingung des
Glaubens ist es, diese
Gesetze nicht
anzuerkennen und **nicht**
zu befolgen.“



Taghut (Götzendienst)

- Taghut (Götze) = Antonym zu Gott
- Götze = das, was parallel zu Gott „**angebetet**“ wird
- z.B. das **Befolgen weltlicher Gesetze**
- „Götzenanbetung“ = **Verfassung, Demokratie, Mehrparteiensystem**



Illegitimitätserklärung deutscher Gerichte

- 19.10.2012 Verurteilung Murat K.
- Messerangriff auf 2 Polizisten
 - 6 Jahre Haft
- erklärt Gericht für illegitim
- allein Gott gegenüber verantwortlich



2.3 Salafismus vs. „Ungläubige“

- strenge **Unterscheidung** zw.
 - „**wahrhaften Gläubigen**“ (mu’minun) und
 - vermeintlichen „**Ungläubigen**“ (kuffār)
- „Ungläubige“ (kuffār) =
 1. **Nicht-Muslime**
 2. **Muslime**, die im Sinne salafistischer Ideologie als ‚**nicht-linientreu**‘ gelten

Schlagwort „Ungläubige“ (Kuffār)

- arabischsprachige Variante ‚Kuffār‘
 - hochgradig stigmatisierendes Schlagwort
- Ableitung v. **Kufr** (Unglaube)
 - **Kāfir** (Sing. Ungläubiger)
 - **Kuffār** (Plural Ungläubige)
- **Takfir**
(für ungläubig erklären; exkommunizieren)

1. Juden und Christen

- ‚Ungläubige‘ u. Hauptfeinde Gottes u. Gläubigen
 - „Polytheisten“ bzw. „Götzenanbeter“
 - Ablehnung Allgem. Erklärung d. Menschenrechte
 - z.B. Art. 18 Recht auf Religionsfreiheit und -wechsel
- = Versuch von Juden und Christen
- den Islam mit internationalem Recht zu vernichten

1. Juden und Christen

im Mehrheitsislam

- **„Besitzer einer Heiligen Schrift‘** (*ahl al-kitab*)
 - als Gläubige anerkannt / keine Ungläubigen
- Muslime, die darauf verweisen, dass Juden und Christen eine Heilige Schrift besitzen
 - und aus islamischer Sicht keine ‚Ungläubigen‘ sind,
- werden von Salafisten selbst zu Ungläubigen (Kuffār) erklärt

2. nicht-salafistische Muslime

- Begriff ‚Kuffār‘ für alle Muslime, die
 - keine salafistische ‚Linientreue‘ aufweisen
 - nicht ihrer rigiden Islam-Interpretation folgen
- **Schiiten** („Verweigerer“ u. „Abtrünnige“) [al-rawafid]
 - „schlimmer als die Juden“
 - Khomeinis „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ = *kufr*
- **Mystiker** (Sufis)
- Sondergruppen **Ahbash** u. **Ahmadiyya**



3. muslimische Staatsoberhäupter

'O IHR, DIE IHR GLAUBT! NEHMT NICHT DIE JUDEN UND DIE CHRISTEN ZU BESCHÜTZERN. SIE SIND EINANDER BESCHÜTZER, UND WER SIE VON EUCH ZU BESCHÜTZERN NIMMT, DER GEHÖRT WAHRLICH ZU IHNEN...' (SURA AL-MATIDA, AYAT 51)

VASALLEN.org
Zu verurteilen wegen Verbrechen am Islam und an der islamischen Umma

M. al-GADDAFI | N. ABBAS | B. al-ASSAD | H. MUBARAK | ABDULLAH II | ABDULLAH | T. ERDOGAN | P. MUSHARRAF | H. KARZAI

ANGEKLAGT WEGEN FOLGENDEN VERBRECHEN:
DAS REGIEREN NACH DEM KUFR, MORD, ENTFÜHRUNG, FOLTER, VERRAT, UNTERSTÜTZUNG
VON UNGLÄUBIGEN GEGEN MUSLIME, UNTERDRÜCKUNG VON MUSLIMEN, BEREICHERUNG
AN DEN BODENSCHÄTZEN DER UMMA, SPALTUNG DER MUSLIME, SPIONAGE, KOLLABORATION...

SUCHEN

Sturz der Herrscherhäuser

- **autokratische Herrschaftsformen** in den **nah-** und **mittelöstlichen Staaten**

Diese gelten als

- **undemokratisch,**
- **korrupt** und als
- **vermeintlich unislamisch**

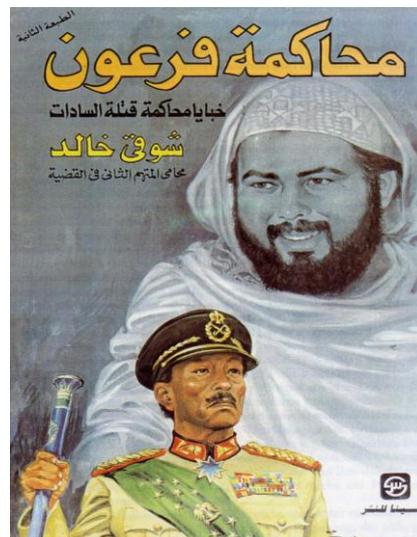
Takfir

- „**Exkommunizierung**“ *abl.* von Kufr (Unglaube)
- betr. jene **Muslime**, die im Sinne islamistischer Ideologie ‚**nicht-linientreu**‘ sind
- **Takfiri** = gängige Bezeichnung für die militantesten Anhänger eines weltweiten Jihad gegen den Westen
- dt. **Takfiristen** („Exkommunizierer“)

Anwar as-Sadat *Takfir* u. Tötung



1981 Terrorgruppe
„al-Jihad al-islami“



Kontaktverbot

- politisiertes Konzept *al-Wala' wa'l-Bara'*
 - (Loyalität [zu Gott] und Lossagung [vom Polytheismus])
- ‚Lossagung‘ (arab. *al-Bara'*)
 - von Nichtmuslimen u. nicht-salafistisch orientierten Muslimen
- Abbruch Beziehungen zu s.g. ‚Ungläubigen‘
- Kontakt nur zu Salafisten
 - keine Freundschaften zu Ungläubigen‘, keine gemeinsame Interessen, nicht zu grüßen

Propagierung Feindschaft



DER ZWECK DER
FEINDSCHAFT
IST NICHT ERREICHT, BIS
IHNEN (DEN TAWÄGHIT) OFFEN
VERKÜNDET WIRD, DASS MAN
VON DER GRUPPE IST, WELCHE
SIE BEKÄMPFEN



al-Wala' wa'l-Bara'

(Loyalität und Lossagung)

„**Walah** bedeutet Liebe,
Zuneigung und Nähe,

Barah dagegen heißt Hassen,
Ablehnung, Distanz,

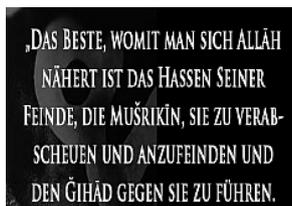
Barah (...) entspringt dem
**Hassen um der Religion
willen**

Salafistische Internetseite 2010

Hierzu gehört, dass (...) man
Dschihad macht
– mit dem **Geld**, der
Zunge und mit **Waffen**

Und dass man die **Länder
der Kuffar** [Ungläubigen]
verlässt und

in Länder der Muslimin
[Muslime] geht.“

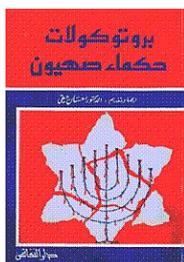


2.4 Antisemitismus

- Kombinationen aus
 - klass. antisemitischen Stereotypen
 - Delegitimierung des Existenzrechts Israels
 - pseudoreligiöse Rechtfertigung Gewalt geg. Juden



klassische AS-Stereotype



- politischer u. sozialer AS
- Vorwurf der **jüdischen Weltverschwörung**
 - geheimer Weltstaat der Juden
 - Streben nach Weltherrschaft
 - Verantwortung für Revolutionen und Weltkriege oder Zerschlagung von Staaten



Konstruktion historischer Feindschaft



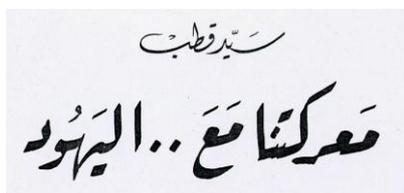
„Hizb al-Tahrir“ (HuT) (2003 verboten):

„Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen u. Verträge bricht.

Sie ersinnen **Unwahrheiten** und verdrehen den Wortsinn

Sie töten Propheten und Unschuldige und
sind die **größten Feinde der Gläubigen“**

Sayyid Qutb



• Buch

**„Unser Kampf
mit den Juden“**



Sayyid Qutb
(1906-1966)

Aufrufe zur Zerstörung Israels



- Interpretation:
- = pseudoreligiös legitimierter Aufruf zur Gewalt:
- „Ihr sollt das hässliche Judengebilde vernichten“
- Bezug auf Sure 8, 72
- diese betont die Pflicht, einander zu helfen

Ziel Vernichtung Israels



HAMAS

- vs. Existenzrecht Israels
- für „Befreiung ganz Palästinas“
- „Islamischer Staat Palästina“



- Anschläge / Selbstmordanschläge



Hizb Allah



- vs. Existenzrecht Israels
- propagiert bewaffneten Kampf gegen Israel
- „legitimer Widerstand“



Transnationale Jihadisten: Zerstörung Israels



- „Hauptverbrecher USA, Russland und Israel in den Kampf (...) zwingen
- den Jihad „auf den Boden des Feindes“ tragen
- aber Zerstörung Israels erst nach der „Befreiung des Irak“
- Juden weltweit bekämpfen !

Internat. Angriffe auf Juden n. 2001

- Mombasa 2002
- Casablanca 2003
- Istanbul 2003 (Synagogen)
- 2002 Berlin / Düsseldorf
 - vereitelte Anschläge
 - „Tawhid-Gruppe“



2.5 Legitimation terroristischer Gewalt

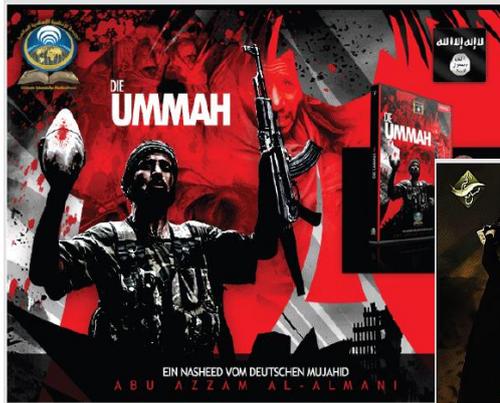
- Muslime zum militanten Jihad verpflichtet
- Terroranschläge = legitim
- Todesstrafe bei „Austritt aus dem Islam“
- „Islam-Beleidiger“ seien zu töten

Aufruf Bin Ladin 1998

بيان الجبهة الاسلامية العالمية
لجهد اليهود والصليبيين



- militanter Jihad = vermeintlich **individuelle Pflicht** (fard ain) **jedes Muslims**
- Tötung **Alliierter v. Amerikanern und Juden** vermeintlich **legitim**



Jihad-Propaganda



Jihad-Drohungen gegen Deutschland



„Kampf-Naschids“ Denis CUSPERT:



3. Jihad-Gewaltmotive



Jihad-Grundmotive

1. Vorwurf **Krieg gegen Islam u. Muslime** (London 2005)
2. Vorwurf **Verunglimpfung des Islam** (Kofferbomber 2006)
3. Motiv **Rache / Vergeltung** (Sauerland-Zelle 2007)
4. Motiv gewaltsame **Verbreitung d. Islam**
5. Existenz **apostatischer Regime** in muslim. Ländern (z.B. Syrien)
6. Behauptung Legitimität **Angriffe auf Fernen Feind** (Dtl.)
7. Behauptung Legitimität **Angriffe auf Zivilisten** (London; Chouka 2012)

1. Vorwurf Krieg geg. Islam u. Muslime



- Jihadist. Propaganda
- Bezug Irak-Krieg u. Afghanistankrieg



= Krieg gegen
„den Islam“ und
„die Muslime“



Anschlagsserie London

7. Juli 2005

- Begründung Anschläge mit **Vorgehen westlicher Regierungen gegen Muslime**
 - “against **my people** all over the World
 - „torture of **my people**“
- Bezug auf **Irak-Krieg**
= **Krieg gegen Muslime**
 - = al-Qa’ida“-Propaganda
- **Rache wg. wegen Beteiligung GB**



2. Vorwurf

Verunglimpfung des Islam



DAS GEZOGENE SCHWERT
DEM SCHMÄHER
DES HERRN,
DES GLAUBENS ODER
DES PROPHETEN



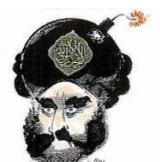
- Kofferbomber 2006
- Muhammad-Karikaturen
- Schrift Maqdisi
- Legitimation Tötung Gotteslästerer



4.11.2004 Ermordung van Gogh



- Mörder Bouyeri
- Selbstradikalisierung mit *fatwas*:
- Beleidigung des Propheten rechtfertigt Tötung



19.10.2012 Salafist Murat K.



**„Wer den Propheten
beleidigt, verdient
die Todesstrafe“**

- Weil Polizei „Pro-NRW“-Kundgebung erlaubte,
- hätten „die Muslime“ die Pflicht, sie anzugreifen



Orientierung an jihad-salafistischem Ideologen

- keine Einsicht od. Reue
- Ankündigung, sich wieder so zu verhalten
- Berufung auf vermeintlich religiöse Gründe
- Orientierung an Schrift von Maqdisi



Maqdisi: Rechtfertigung Tötung Gotteslästerer

- Gewaltlegitimation für Kofferbomber 2006
- Rache für Muhammad-Karikaturen



- „Wisse, dass derjenige, der Allah (...), den Propheten (...) oder die Religion beleidigt,
- **Ungläubiger** [Kafir] und **Abtrünniger** [Murtadd] ist,
 - gleich, ob er dies aus Spaß oder voller Überzeugung gesagt hat,
 - es für erlaubt hielt oder nicht
 - oder es im Zustand der Wut oder Gefasstheit äußerte
- Sein **Blut** und sein **Vermögen** sind damit [für die **Tötung** bzw. **Aneignung**] **halal** [zulässig] geworden,
 - egal ob er dem Islam angehört (...), egal ob Mann oder Frau“



Mai 2012

Jihadistischer Mordaufruf



- Audio **Yassin Chouka**
(alias Abu Ibraheem al-Almani)
- Aufruf an deutsche Salafisten
- „Ihr sollt die **Mitglieder von Pro NRW alle töten!**“
 - auch Journalisten (Der Spiegel)
 - in verdeckten Operationen

3. Motiv Rache / Vergeltung



- Sauerland-Gruppe 2007
- Rache an USA
- wegen Kriegen im **Irak** und in **Afghanistan**

Woolwich 22.5.2013



- „Der einzige Grund, warum wir diesen Mann umgebracht haben, ist,
- dass jeden Tag **Muslime durch britische Soldaten sterben“**
- „Auge um Auge, Zahn um Zahn“



4. Motiv gewaltsame Verbreitung des Islam auf Erden



Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten

Berlin, 15. Mai 2014

Abd Allah AZZAM (1941-1989)

- Jihad = „individuelle Pflicht“
von Muslimen
- **Befreiung früherer muslimischer Territorien**
 - „Palästina“, Libanon,
 - Tschad, Eritrea, Somalia, die Philippinen, Birma,
 - die Gebiete um uzbek. Buchara
 - Andalusien



Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten

Berlin, 15. Mai 2014

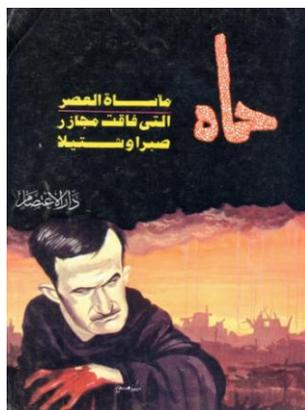
5. Existenz ‚apostatischer‘ Regime in muslim. Ländern



Vorwürfe:

- Tyrannei in muslim. Welt u. westl. Ländern
- unislamisches Regieren und Anwendung säkularer Gesetze
- alle muslim. Länder heute *dar al-kufr* (Sphäre Unglauben)
- unzulässige Loyalität gegenüber westl. u. östl. Staaten

Repression Islamisten durch herrschende Regime



Beispiel Syrien 1982:

- Niederschlagung Aufstand syrische Muslimbruderschaft
- Bombardierung Hamah
- 20-30.000 Tote

Feindbild tyrannisches, säkulares Regime

System Syrien s. 1963:



- Säkularismus
- pan-arabischer Nationalismus
- früher Sozialismus
- Einheitspartei
 - Baath-Partei
- Militärregime



Jihadisten in Syrien Raqqa 2014



6. Behauptung der Legitimität von Angriffen auf den Fernen Feind



Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten

Berlin, 15. Mai 2014

Madrid, 11. März 2004



- Ziel: 4 Pendlerzüge
- 191 Tote, 1500 Verletzte

Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten

Berlin, 15. Mai 2014

7. Behauptung der **Legitimität** **Angriffe auf Zivilisten**



London 2005

- **Zivilisten** durch **Wahlen ihrer Regierungen verantwortlich** für deren **Politik**
 - z.B. „Krieg gegen den Islam und die Muslime“
- „Eure **demokratisch gewählten Regierungen** begehen **überall auf der Welt permanent Gräueltaten** gegen mein [muslimisches] **Volk.**“
- „**Indem Ihr diese [durch Wahlen] unterstützt**, tragt Ihr die **direkte Verantwortung** dafür“
- „**So lange wir keine Sicherheit haben, so lange werdet Ihr unser Ziel sein.**“

Mounir Chouka 9.2.2012



- **Zivilisten** in Deutschland
 - wg. schweigender **Billigung** des Afghanistaneinsatzes
 - **verantwortlich**
- = legitimes **Ziel von Anschlägen**

Fazit

- Feindbilder existentiell für Islamismus
 - insbes. für Salafismus
 - stärkste Ausprägung im jihadistischen Salafismus
- Gewaltmotive: Vermeintliche Authentizität u. Attraktivität durch pseudoreligiöse Legitimation
- Faktor jihadistische Ideologie:
 - hohe Radikalisierungsgefahr
 - Stärkung Terrorismusaffinitäten

Islamfeindliche Propaganda im rechten Spektrum

Carsten Koschmieder, Freie Universität Berlin

Einleitung

Beobachtet man den deutschen Wahlkampf, so fällt auf: Islamfeindlichkeit ist ein Mobilisierungsthema von Gruppierungen geworden, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden können.¹ So plakatiert beispielsweise die NPD eine Frau mit blonden langen Haaren und dem Slogan „Maria statt Scharia“. Ähnlich lyrisch nimmt sich der von der rechtsextremen Partei plakatierte Spruch „Sag Nein zur Moschee – wähl' NPD“ aus. Die Partei AfD fordert in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen 2014 eine „Volksabstimmung über Moscheebauten mit Minaretten“. Und die Partei Pro NRW behauptet in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2012 unter der Überschrift „Freiheit statt Islam“: „Der Islam stellt eine eminente Bedrohung für unsere Demokratie dar“. Ein Blick über die Grenzen Deutschlands macht überdies deutlich, dass Islamfeindlichkeit auch in anderen europäischen Ländern ein wichtiges Thema für rechte Gruppierungen ist. Während sich bei der schweizerischen SVP ebenfalls der Spruch „Maria statt Scharia“ findet, plakatiert die österreichische FPÖ mit Erfolg „Daham statt Islam“.

In diesem kurzen Artikel wird nun zunächst die Frage beantwortet, warum ausgerechnet „der Islam“ aktuell als Feindbild benutzt wird. Anschließend wird gezeigt, wie das Feindbild konstruiert wird und welche Art von Gruppen oder Organisationen dafür verantwortlich sind. Schließlich wird die aktuelle Diskussion über die Frage, ob „Islamophobie“ der neue Antisemitismus sei, kurz beleuchtet.

¹ Da in diesem kurzen Beitrag die Definitionen der einzelnen Kategorien oder die Zuordnung einzelner Gruppen in die jeweilige Kategorie nicht geleistet werden können, sollen die Bezeichnung „rechtes Spektrum“ oder „rechts“ hier stellvertretend für alle rechtsradikalen, rechtspopulistischen, rechtsextremen, neonazistischen oder nationalistischen Gruppen, Parteien und Organisationen stehen, die deutlich rechts des demokratischen Konservatismus eingeordnet werden können. Der Autor ist sich bewusst, dass zwischen den einzelnen Gruppen teilweise erhebliche ideologische Unterschiede bestehen und eine Differenzierung geboten wäre.

Warum der Islam?

Mit dem Ende des Kalten Krieges konnte der Fokus der medialen Öffentlichkeit auf andere Konflikte rücken. Ein populäres Beispiel ist hier Samuel Huntington, der in seinem Artikel „The Clash of Civilizations?“ die These aufstellt, die neuen Konfliktlinien würden zwischen verschiedenen „Kulturkreisen“ verlaufen, unter ihnen „der Westen“ und „die islamische Welt“. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde islamistischer Terrorismus schnell zu einem wichtigen Thema für Medien und Sicherheitspolitiker, aber auch beispielsweise in Filmen oder bei der Integrationsdebatte spielte er eine große Rolle. Dabei wird nicht selten pauschal „der Islam“ für die Gewalt verantwortlich gemacht oder werden „die Muslime“ unter Terrorismusverdacht gestellt. Die islamfeindliche Propaganda der Rechten kann also an Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft anknüpfen. Außerdem gibt es in der Bevölkerung – auch ausgelöst durch eben jene Diskurse nach den Anschlägen vom 11. September – eine verbreitete islamfeindliche Einstellung. So stimmten bei einer repräsentativen Erhebung der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als die Hälfte der Befragten in Deutschland den Sätzen „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen“ sowie „Der Islam ist eine Religion der Intoleranz“ zu. Fast die Hälfte konnte dem Satz „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“ zustimmen.² „Der Islam“ lässt sich also aufgrund bereits existierender öffentlicher Diskurse und vorhandener Einstellungen in der Bevölkerung leicht als Feindbild konstruieren.

Ein weiterer wichtiger Grund ist aber auch, dass die Rechten mit ihrem Fokus auf das Feindbild Islam versuchen, ihr Image zu verbessern: Während offener, klassischer Rassismus in der Gesellschaft immer weniger akzeptiert ist, erscheint der Kampf gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ dem unbedarften Beobachter nicht (gleich) als rassistisch, sondern möglicherweise sogar als ein ehrenwertes Anliegen. Dabei hilft auch, dass für die Ablehnung „der Muslime“ „westliche Werte“ wie die Rechte von Frauen oder von Homosexuellen in Stellung gebracht werden, die verteidigt werden müssen gegen „den Islam“, der mit diesen Werten inkompatibel sei. Die rechten Islamfeinde versuchen so, sich als progressive Verteidiger von Gleichberechtigung benachteiligter Gruppen zu inszenieren – eine Gleichberechtigung übrigens, die von den Rechten eigentlich abgelehnt wird.

² Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, hier S. 70.

Schließlich hilft die Gegenüberstellung von Europa als vermeintlich christliches, manchmal sogar jüdisch-christliches Abendland gegen „den Islam“ als gemeinsamen Feind aller Europäer den Rechten, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten. Der konstruierte äußere Feind dient dann zur Befriedung der zahllosen Konflikte, die die entsprechenden Gruppen untereinander haben.

Wie wird das Feindbild konstruiert?

Um „die Muslime“ als Feindbild funktionieren zu lassen, werden ihnen eine Reihe von Eigenschaften zugeschrieben. Am wichtigsten ist dabei die Konstruktion der Muslime als „die anderen“, als Fremde, die nicht zu „uns“ gehören. Muslime werden prinzipiell als „südländisch“ oder „arabisch“ aussehend dargestellt, meist mit Burka, Tschador oder Niqab, manchmal auch mit Kopftuch, aber nie in „normaler“ Alltagskleidung oder als „ethnische Deutsche“. Dies verdeutlicht, dass sich hinter der vermeintlichen Islamfeindlichkeit häufig eben doch ein antimuslimischer Rassismus verbirgt. Die Betrachterin soll so Muslime sofort als „fremd“ und „anders“ wahrnehmen – eine Grundvoraussetzung für jegliche weitere Abwertung und Diskriminierung. Weiterhin werden Muslime als rückständig dargestellt. Es wird suggeriert, sie passten nicht in „unsere“ moderne Zivilisation. Das kann ganz plastisch mit Bildern von Menschen mit einem Eselkarren erreicht werden, aber auch mit der vermeintlich sachlichen Beschreibung archaischer Sitten und Gebräuche, welche „die Muslime“ angeblich praktizierten. Eine dritte Eigenschaft, die „den Muslimen“ – in diesem Fall fast ausschließlich den männlichen – zugeschrieben wird, ist Gewalttätigkeit. Aufgrund ihres Glaubens, ihrer kulturellen Herkunft oder ihres „südländischen Temperamentes“³ neigten sie massiv zu Gewalt: in der Familie schlugen sie ihre Frau und ihre Kinder, im Alltag begingen sie Gewaltstraftaten und in bewaffneten Konflikten überall auf der Welt seien sie besonders brutal. Als häufigstes Mittel, dieses Bild zu transportieren, dient der Hinweis auf Gewalttaten, die von muslimischen Menschen verübt wurden (oder in denen zumindest die Presse entsprechend berichtet). Dabei wird beispielsweise auf einschlägigen Webseiten lediglich ohne weiteren Kommentar zu einem entsprechenden Artikel verlinkt oder zumindest eine sachliche, neutrale Schilderung gewählt, um sich den Anschein von Objektivität zu geben. Allein die klare Konzentration auf muslimische Tatverdächtige macht deutlich, dass es um die Konstruktion eines Feindbildes geht. Dass es den Rechten bei jährlich rund 200.000 Gewaltstraftaten (im Jahre 2012) nicht schwer fällt, täglich Beispiele zu liefern, und dass das keinesfalls als Beleg für eine erhöhte Gewaltbereitschaft muslimischer Menschen dienen kann, ist

3 Auch dies ist ein deutlicher Hinweis auf den hinter der Islamfeindlichkeit stehenden Rassismus.

offensichtlich. Wichtig für die Konstruktion „der Muslime“ als Feindbild ist schließlich, dass sie stets als homogene Gruppe dargestellt werden, als „die Muslime“ eben. Unterschiede zwischen einzelnen religiösen Strömungen, aber auch zwischen Muslimen unterschiedlicher Nationalitäten, zwischen politisch konservativen oder progressiven und so weiter, werden tunlichst vermieden, um das einheitliche Bild nicht zu gefährden. Nur so nämlich können „die Muslime“ als „unsere“ Feinde dargestellt werden: Wir gegen die.

Zur Feindbildkonstruktion gehört außerdem, dass die Feinde einen Plan haben, dass sie „uns“ bedrohen oder gar angreifen. Dazu benutzen Rechte das Schlagwort „Islamisierung“, mit dem sie suggerieren, „die Muslime“ versuchten, aus Deutschland ein „islamisches“ Land zu machen. Dazu würden die Muslime gezielt in Massen einwandern und anschließend extra viele Kinder bekommen, um irgendwann die Mehrheit im Land zu stellen. Dazu kursieren die wildesten „Berechnungen“, wann in Deutschland angeblich „die Muslime“ eine Mehrheit stellen würden, wenn die Einwanderungsregeln nicht geändert oder muslimische Menschen aus Deutschland deportiert würden. Einen weiteren Schritt hin zur „Islamisierung“ sehen die Rechten in der Errichtung islamischer Gebetshäuser. Gerade für den Protest hiergegen lassen sich oft Anwohner oder Lokalpolitikerinnen gewinnen. Schließlich wird „den Muslimen“ vorgeworfen, sie würden ihnen nicht zustehende Rechte einfordern und schließlich die Scharia in Deutschland einführen wollen.

Wer konstruiert das Feindbild?

An der Konstruktion des Feindbildes sind innerhalb des rechten Spektrums verschiedene Akteure beteiligt, die sich hinsichtlich ihrer Radikalität, ihres Organisationsgrades und der Offenheit, mit der sie ihre Islamfeindlichkeit artikulieren, unterscheiden.

Zu nennen sind zunächst Webseiten, bei denen oft nicht klar ist, wer für sie verantwortlich ist oder welche Verbindungen zu anderen rechten Organisationen die Verantwortlichen haben. Aus der Sicht der Rechten bietet eine Webseite vor allem drei Vorteile: Erstens ist der Betrieb kostengünstiger als das Drucken und Verteilen von Zeitungen oder Flugblättern, zweitens können solche Seiten schnell sehr viele Menschen erreichen, und drittens müssen die Betreiber – wenn die Server im Ausland stehen – meist keine juristischen Konsequenzen für die Verbreitung ihrer nach deutschem Recht oft strafbaren Propaganda fürchten. Das wichtigste Beispiel hierfür ist die Webseite „Politically Incorrect“. Mit zehntausenden Besuchern täglich ist ihre Reichweite enorm. Wichtig für das Konzept der Seite ist die Kommentarfunktion, die es den Nutzern ermöglicht, unter

den meist um den Anschein von Sachlichkeit bemühten Artikeln ihrem Hass freien Lauf zu lassen oder auf andere, weit offener rassistische Webseiten zu verweisen.

Einige eingetragene Vereine gehören ebenfalls zu den Akteuren. Zu nennen ist hier vor allem der Verein „Bürgerbewegung Pax Europa“, dessen Vorgängerorganisation „Pax Europa“ von Udo Ulfkotte – einem der prominentesten Propagandisten antimuslimischer Ressentiments – gegründet worden war. Heute wird der Verein geleitet von René Stadtkewitz, der aus Protest gegen einen Moscheeneubau aus der CDU ausgetreten war und eine islamfeindliche Partei namens „Die Freiheit“ gegründet hatte. Diese personellen Überschneidungen gibt es auch bei den Verlagen, welche mit Büchern und Zeitschriften über die vermeintliche „Islamisierung“ Geld verdienen. Prominent ist hier der Kopp-Verlag, der außerdem noch antisemitische und verschwörungsideologische Literatur vertreibt. Zu seinen Autoren gehört beispielsweise Udo Ulfkotte.

Schließlich gehören zu denen, die das Feindbild „Islam“ verbreiten, auch die politischen Parteien des rechten Spektrums, unabhängig von ihrer Radikalität oder ihrer Einstellung zur Demokratie. Das wichtigste Beispiel hierfür ist aktuell die „Alternative für Deutschland“, da sie im Gegensatz zu anderen rechten Parteien die Möglichkeit erhält, ihre Positionen im öffentlichen Diskurs zu äußern. Sichtbar sind aber auch die NPD, die Republikaner sowie die verschiedenen „Pro“-Parteien.

Aber nicht alle Organisationen im rechten Spektrum beteiligen sich an der Konstruktion des Feindbildes „Islam“. Die zwei gegensätzlichen Positionen lassen sich gut anhand von zwei exemplarischen Aussagen darstellen. Während ein Artikel auf der oben erwähnten Seite „Politically Incorrect“ die Überschrift „Nicht ‚Ausländer‘ – Moslems sind das Problem“ trägt, schrieb der damalige NPD-Vorsitzende Udo Voigt in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“: „Wir haben kein Islam-Problem, sondern ein Ausländer-Problem“. Während also die eine Seite „den Islam“ als negativen Bezugspunkt nimmt, sieht die andere Seite ihn positiv – solange „die Muslime“ in „ihrer Heimat“ bleiben und nur als Gäste nach Deutschland kommen natürlich. Dann aber sind sie ein Verbündeter im Kampf gegen Israel, die USA, die westliche Demokratie und die amerikanische Kultur. Diese vor allem in der extremen Rechten verbreitete Position setzt auf Antisemitismus, also auf Juden statt auf Muslime als Feindbild. In den letzten Jahren aber ist diese Position immer schwächer geworden und befindet sich aktuell klar in der Minderheit; selbst in der NPD gibt es heute, wie eingangs gezeigt, „den Islam“ als Feindbild. Häufiger aber findet sich diese zweite Position bei den gemäßigeren Rechten, vor allem den so genannten Rechtspopulisten, die

teilweise offensiv ihre Solidarität mit Israel (und manchmal sogar den USA) kundtun und deren angeblich stattfindenden Kampf gegen „die islamische Welt“ unterstützen. Auch die europäischen Juden sollen angeblich vor Angriffen muslimischer Immigranten⁴ geschützt werden – Islamfeindlichkeit scheint hier also den Antisemitismus ersetzt zu haben. Auch wenn diese These so überspitzt nicht haltbar ist und vor allem ignoriert, dass auch das vermeintlich israelfreundliche Lager zu (weniger offenem) Antisemitismus neigt, ist ausgehend von dieser Beobachtung in den letzten Jahren in Deutschland die Debatte darüber aufgekommen, ob Islamfeindlichkeit nunmehr als der neue Antisemitismus anzusehen sei. Diese wird im folgenden Kapitel kurz skizziert.

„Islamophobie“ als Ersatz für Antisemitismus?

Als behauptetes Pendant zum Antisemitismus wird seit einiger Zeit der Begriff „Islamophobie“ in die Debatte eingebracht. Kurz gesagt postulieren die Befürworter dieser These, dass die Ablehnung „des Islam“ und „der Muslime“ heute nicht mehr nur eine (versteckte) Form des antimuslimischen Rassismus darstelle, sondern als ein ideologisches Konzept näher am (oder gleich dem) Antisemitismus und damit nicht mehr nur als Spielart des Rassismus erklärbar sei.

Tatsächlich gibt es einige Ähnlichkeiten zwischen der aktuellen Islamfeindlichkeit und dem sogenannten modernen Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts in Deutschland. Waren es damals angebliche Talmudstellen, die – falsch zitiert oder aus dem Kontext gerissen – als Beweis für alle möglichen Behauptungen herhalten mussten, sind es heute Koranverse, die – wiederum falsch oder ohne jegliche Kenntnis des Entstehungshintergrundes – zitiert werden, um „den Muslimen“ Verlogenheit, Gewalttätigkeit oder sonstige negativen Eigenschaften „nachzuweisen“. Die erwähnten Proteste gegen die Errichtung neuer Moscheen finden ihr Pendant in den Protesten gegen neue Synagogen um die Jahrhundertwende. Kinderreiche Fremde, die sich nicht anpassen wollen, in Parallelgesellschaften leben und bald schon die Mehrheit im Land zu stellen drohen, finden sich ebenfalls damals (gegen jüdische Einwanderer vor allem aus Osteuropa) und heute (vor allem gegen muslimische Einwanderer aus arabischen Ländern). Allgemein wurde die Angst vor Veränderung, vor einem Identitätsverlust, auf die jeweils als „fremd“ empfundene Gruppe projiziert. Und schließlich gibt es heute auch die Behauptung, „die Muslime“ verfolgten einen geheimen Plan zur Erringung der Weltherrschaft: vor allem mittels Immigration und Unterwanderung der westlichen Werte wollten sie sich alle Länder untertan machen – nach

4 Den Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft oder gar in ihren eigenen Reihen thematisieren diese Gruppen selbstverständlich nicht.

Ansicht einiger eine Parallele zur vermeintlichen weltweiten Verschwörung der Juden, wie sie beispielsweise in den Protokollen der Weisen von Zion imaginiert wurde.

In diesem wichtigen Punkt aber erscheinen dem Autor die Unterschiede doch bedeutender als die Gemeinsamkeiten: die Vorstellung, eine geheime Gruppe habe auf der ganzen Welt die Schaltstellen von Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien besetzt, habe den Kapitalismus und den Kommunismus erfunden, stecke hinter allen Kriegen und Naturkatastrophen, und das alles, um bald die Weltherrschaft an sich zu reißen – diese Wahnvorstellung existiert in Bezug auf Muslime nicht. Anders als der antimuslimische Rassismus aber fungiert der Antisemitismus nach Werner Bergmann immer noch „als *Theorie* zur Erklärung (fast) aller das nationale Kollektiv schädigenden Phänomene in Gegenwart und Vergangenheit“.⁵

Fazit

Unabhängig davon, inwieweit sich zwischen Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus nun Parallelen ziehen lassen, bleibt es wichtig festzuhalten, dass „der Islam“ als Feindbild inzwischen eine wichtige Rolle im rechten Spektrum eingenommen hat. Einmal, weil sich Rechte aus ganz Europa leicht auf ihn verständigen können, und außerdem, weil islamfeindliche Positionen leicht an öffentliche Diskurse und Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft anknüpfen können. Hier sind alle gesellschaftlichen Akteure – von den Parteien über die Medien bis hin zu Bürgerinitiativen und jeder Einzelner – gefordert, sich aktiv für einen Abbau von Ressentiments und eine Veränderung des öffentlichen Diskurses einzusetzen. Denn islamfeindliche Propaganda bleibt gefährlich: ganz konkret für die betroffenen Muslime, aber auch ganz allgemein für eine demokratische Gesellschaft.

⁵ Werner Bergmann: Antisemitismus im Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2005, S. 23-30, hier S. 24, Hervorhebung im Original.

Die Gewaltbereitschaft der autonomen Szene am Beispiel Leipzigs - Kriterien, Anlässe und Strategie

Dr. Volker Scholz, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

1. Vorbemerkungen

Die linksextremistischen Straf- und Gewalttaten haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Dieser Trend setzt sich gegenwärtig fort und unterstreicht, dass die Gewalt ein zentraler Bestandteil linksextremistischer Politik ist. Das Thema des Beitrages ist daher aktueller denn je.

Gewaltbereitschaft gehört zum Selbstverständnis der autonomen Szene und ist ein fester Bestandteil ihrer politischen Positionen. Das zeigt sich nicht nur in Strategiepapieren oder Diskussionen, sondern auch in der Symbolik oder auf Plakaten.



Allerdings stellt Gewaltbereitschaft zwar ein hinreichendes aber noch kein ausreichendes Kriterium für die Ausübung von Gewalt dar. Wie die Formulierung „Leipzig wurde militant erkämpft“, die von „(A)utonomen (A)narchistInnen“ am 5. März 2013 auf dem Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA verfasst wurde, jedoch zeigt, ist Gewalt nicht nur eine Option, sondern eine Tatsache.

Die Kernfrage besteht darin, unter welchen Bedingungen die Bereitschaft zur Gewalt in die Ausübung von Gewalt umschlägt. Das Ziel und das Anliegen des Beitrages sollen deshalb sein,

welche Kriterien sich dafür ausmachen lassen und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, die diesen Umschlag ermöglichen. Wer übt Gewalt aus und gegen wen oder was ist sie gerichtet, wie stellt sich das Verhältnis von relativ spontaner und ungeplanter und relativ geplanter systematischer Gewaltanwendung dar und welche Gewaltintensität sich dabei zeigt, sollen zentrale Fragen des Beitrages sein. Der zeitliche Rahmen umfasst das Jahr 2013 sowie Januar bis Juni 2014.

2. Der Träger der Gewalt

Die autonome Szene als Träger der Gewalt dominiert mit 340 Personen den Linksextremismus in Sachsen und ist vorrangig in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz konzentriert.

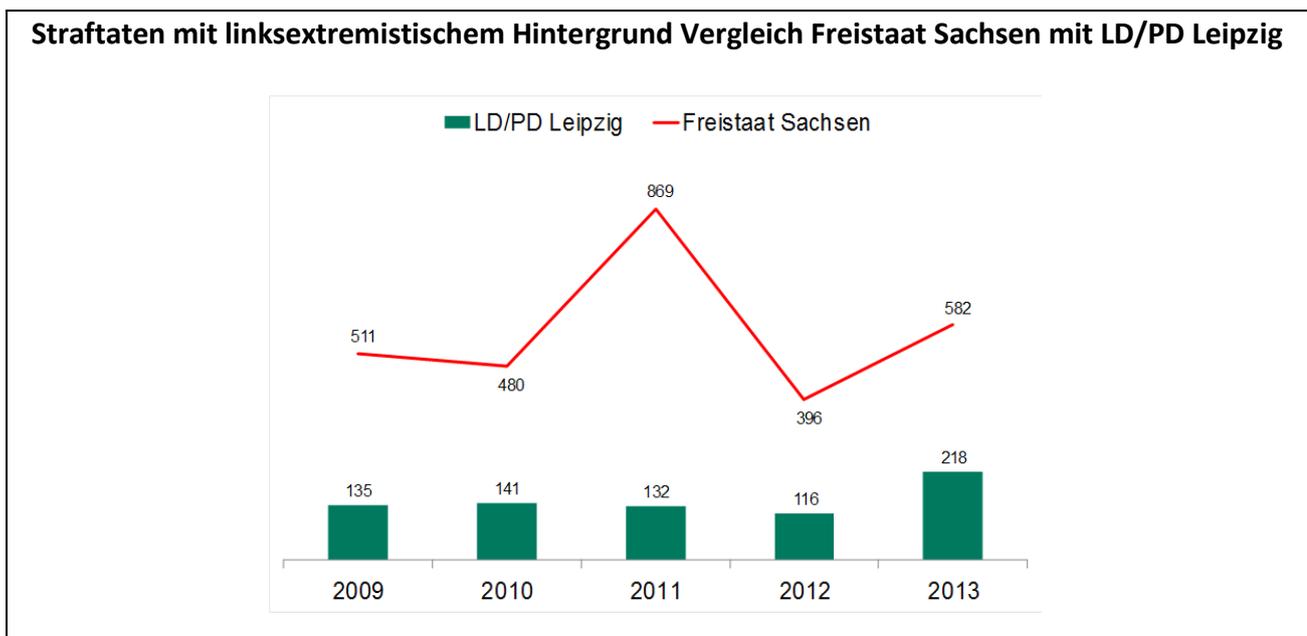
Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



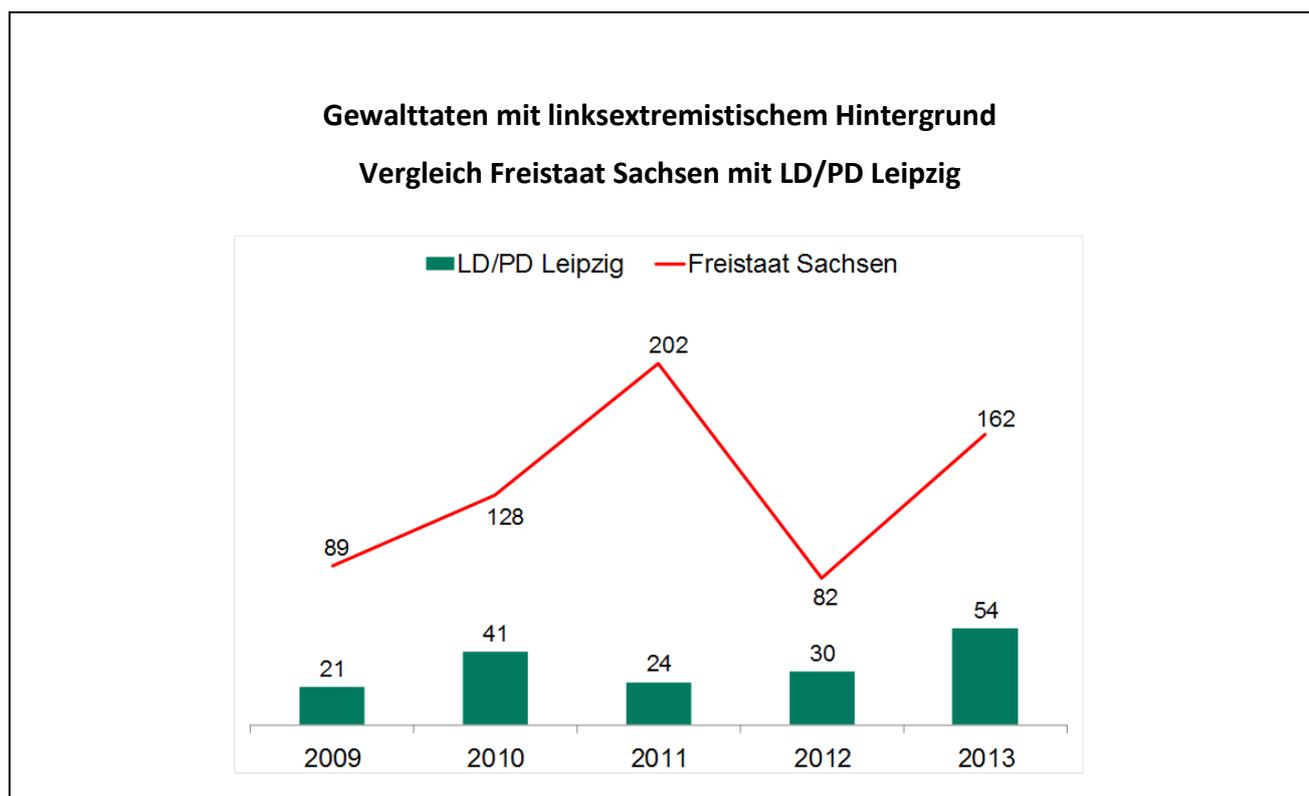
Begann sich in den letzten Jahren deren Schwerpunkt zunehmend von Dresden nach Leipzig zu verschieben, so ist dieser Ort aktuell deren Brennpunkt. Fast die Hälfte der sächsischen Autonomen gehört der Leipziger Szene an. Insofern konzentriert sich in Leipzig ein starkes gewaltbreites Potenzial.

3. Entwicklung der Straf- und Gewalttaten

Diese Verlagerung nach Leipzig, verbunden mit einer stabilen personellen Stärke der gewaltbereiten örtlichen Szene wirkt sich auf die Entwicklung der Straf- und Gewalttaten aus.



Der starke Anstieg um 87% von 2012 zu 2013 weist deutlich auf diesen Zusammenhang hin. Das drückt sich besonders in den linksextremistischen Straftaten in dieser Region im Verhältnis zur Gesamtzahl aus. Besaßen diese in den Vorjahren relativ konstant einen Anteil zwischen 26 und 29%, so beträgt er gegenwärtig 37%, so dass sich mit dieser Verschiebung auch eine Verlagerung linksextremistischer Straftaten ausmachen lässt.



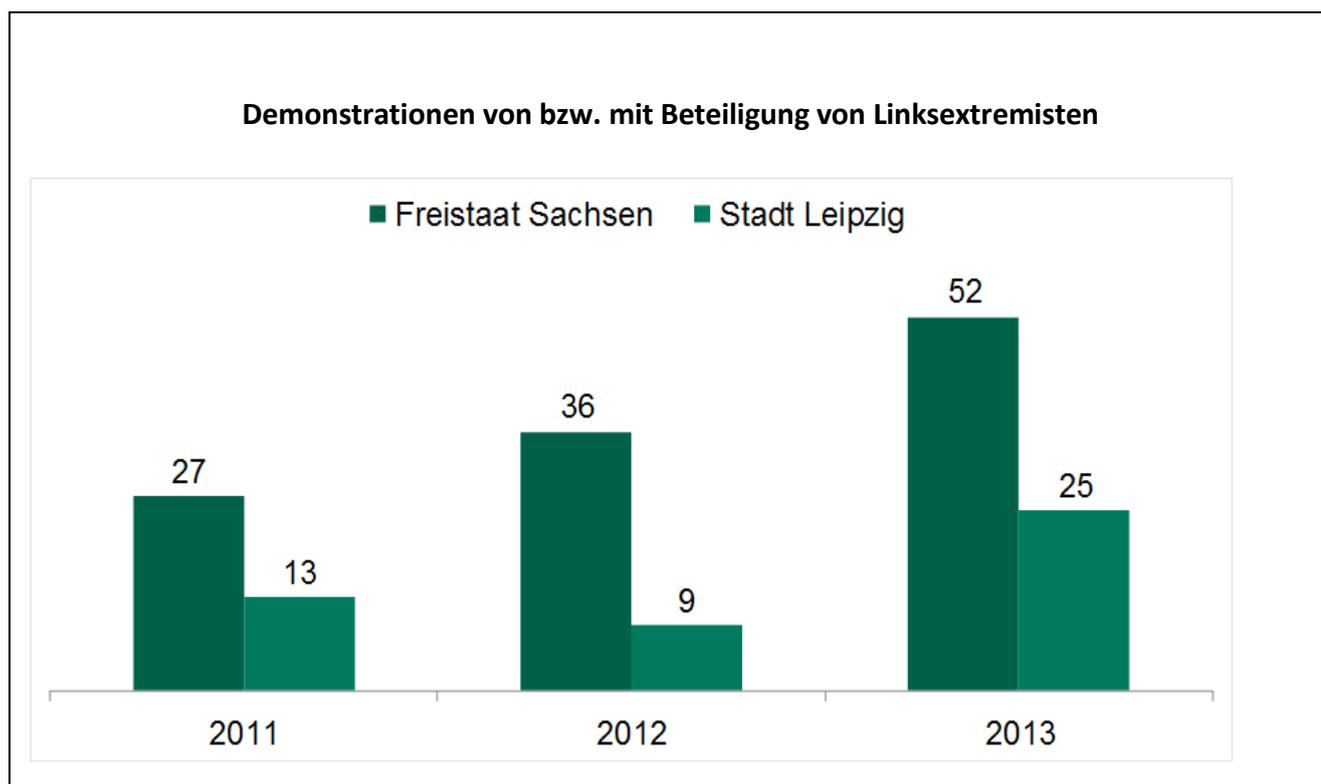
Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch bei der Entwicklung der Gewalttaten, die um 80% angestiegen sind und einen Anteil von 33% besitzen.

4. Aktionen und Aktionsformen

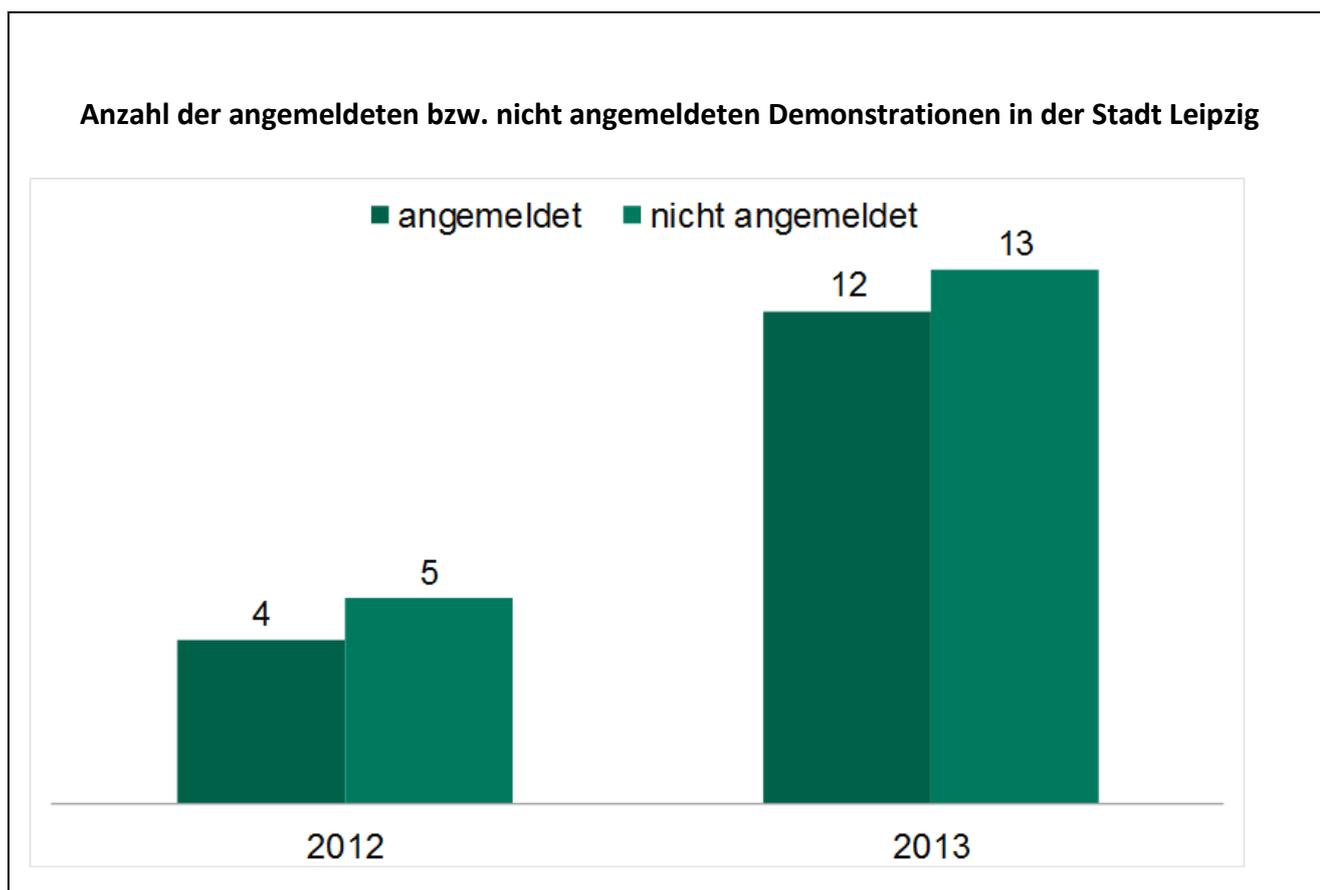
Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Welche weiteren Sachzusammenhänge lassen sich ausmachen, die eine Ausübung der Gewalt begünstigen?
- In welchem Rahmen werden Straftaten begangen?
- Inwiefern beeinflussen die Rahmenbedingungen Verlauf, Form und Intensität der Straf- und Gewalttaten und
- welche Strategien der handelnden Akteure zeigen sich in diesem Zusammenhang?

Die Leipziger Szene ist nicht nur numerisch die stärkste, sondern auch die aktivste. Vor allem ihre personelle Stärke dürfte eine grundlegende Voraussetzung für das hohe Niveau öffentlicher Aktionen sein.



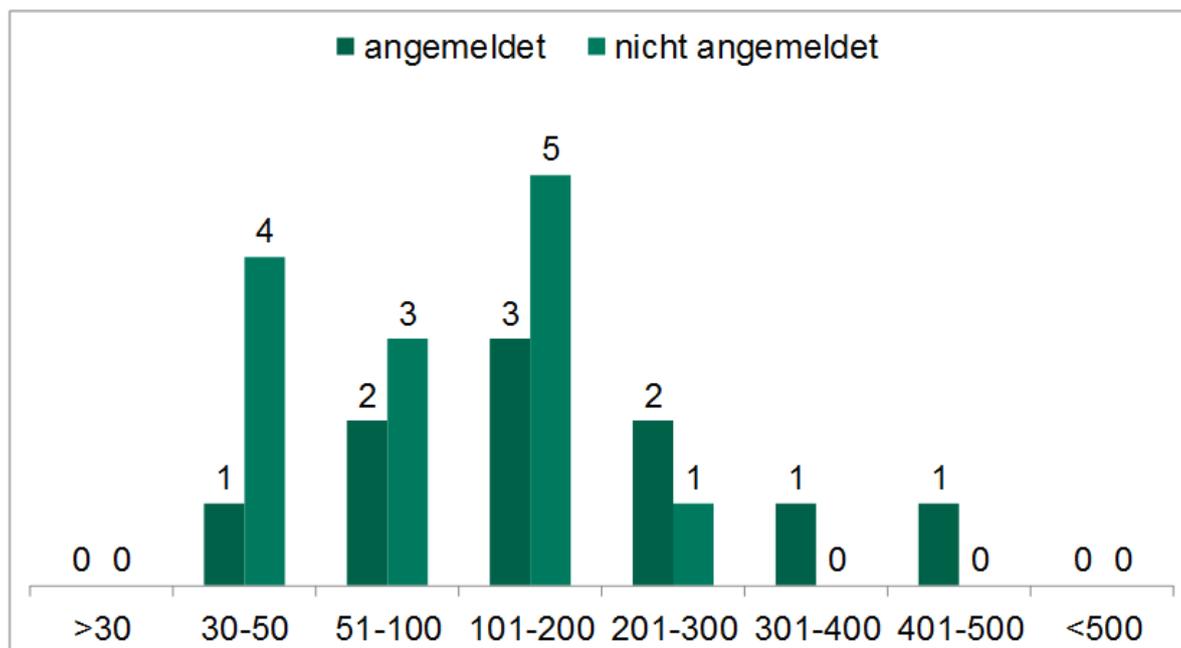
Der erhebliche Anstieg um 177% von neun Aktionen im Jahr 2012 auf 25 zeigt die immense Dynamik, mit der sich die Leipziger Szene entwickelt hat. Die personelle Stärke allein ist allerdings noch kein ausreichendes Kriterium für eine starke öffentliche Präsenz. Dafür bedarf es Personen, die die Fähigkeit besitzen, eine entsprechende Aktion zu initiieren und die auch in der Lage sind, deren Form und Qualität zu prägen.



Wie sich zeigt, setzen die Akteure zunehmend auf unangemeldete Aktionen, die einen Anteil von 52% besitzen.

Das weist auf eine besondere Qualität hin, denn die Organisatoren müssen nicht nur fähig sein, eine Veranstaltung kurzfristig vorzubereiten, sondern auch genügend Autorität innerhalb ihrer Klientel besitzen, um diese auch zu mobilisieren. Wie ausgeprägt diese Fähigkeit ist, zeigt sich anhand der Menge der Teilnehmer unangemeldeter Demonstrationen.

Anzahl der Veranstaltungen nach Art und Teilnehmerpotential in der Stadt Leipzig



Für die meisten unangemeldeten/ spontanen Aktionen konnte ein Teilnehmerkreis aktiviert werden, der zwischen 100-200 Personen umfasst. Das Teilnehmerpotenzial angemeldeter Aktionen ist zwar etwas höher, aber nicht signifikant. Sie weisen aber in ihren Merkmalen, Verlauf und Intensität von Straftaten einen anderen Charakter auf als unangemeldete Demonstrationen, so dass sich deutliche Unterschiede zwischen angemeldeten und unangemeldeten Aktionen zeigen. Von situativen Störungen, die aus der Distanz heraus erfolgen abgesehen, ist für angemeldete Demonstrationen in der Regel ein friedlicher Verlauf charakteristisch.

Als Ursachen für einen weitgehend friedlichen Verlauf sind anzusehen:

- Bei dieser Aktionsform muss der Anmelder die zu erwartende Teilnehmerzahl angeben, so dass sich die Einsatzkräfte der Polizei darauf einstellen können. Ebenso lassen sich durch entsprechende Taktik die jeweiligen politischen Lager trennen.
- Große Demonstrationen werden in Bündnissen unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte geplant und durchgeführt. Dadurch dürfte der Aktionsradius für Linksextremisten in Rahmen solcher Veranstaltungen eingegrenzt sein. Wie groß dieser Spielraum für Linksextremisten bei solchen Demonstrationen ist, hängt einerseits vom Kräfteverhältnis, aber auch von der Toleranz des bürgerlichen Spektrums ab.

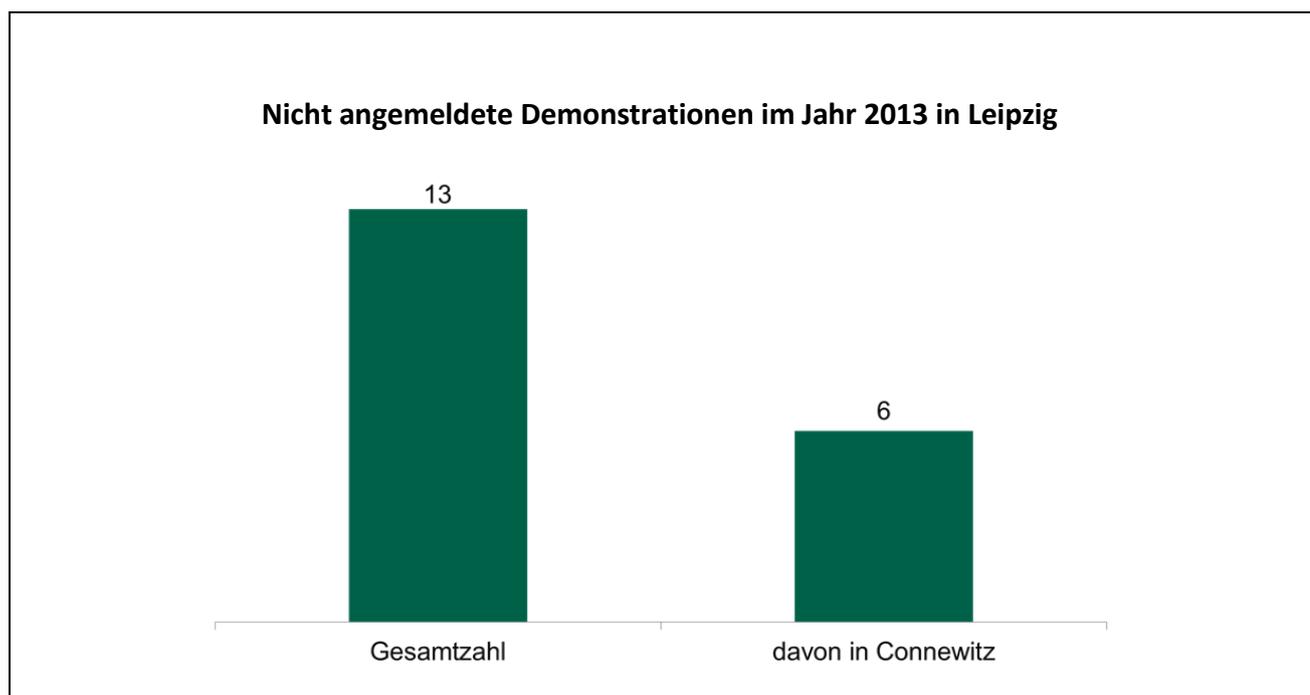
Dass vor allem das Kräfteverhältnis einen entscheidenden Einfluss auf den Verlauf einer angemeldeten Aktion besitzt, zeigte sich am 18. Mai 2014. Da Linksextremisten bei dieser Veranstaltung dominierten, konnten sie auch im Rahmen einer Bündnisdemonstration ihre Interessen durchsetzen und ihrem Selbstverständnis entsprechend agieren. Es ging ihnen nicht um eine inhaltliche Positionierung gegen Rechtsextremismus, sondern um Konfrontation mit dem politischen Gegner, die zu schweren Straftaten wie Landfriedensbruch, schwerer Brandstiftung sowie gefährlicher Körperverletzung führte.

Im Gegensatz dazu entwickeln unangemeldete Aktionen/ Demonstrationen generell eine hohe Eigendynamik, die häufig zu gewalttätigen Ausschreitungen führt. Insofern steht vor allem diese Aktionsform in einem deutlichen Zusammenhang mit Straf- und Gewalttaten.

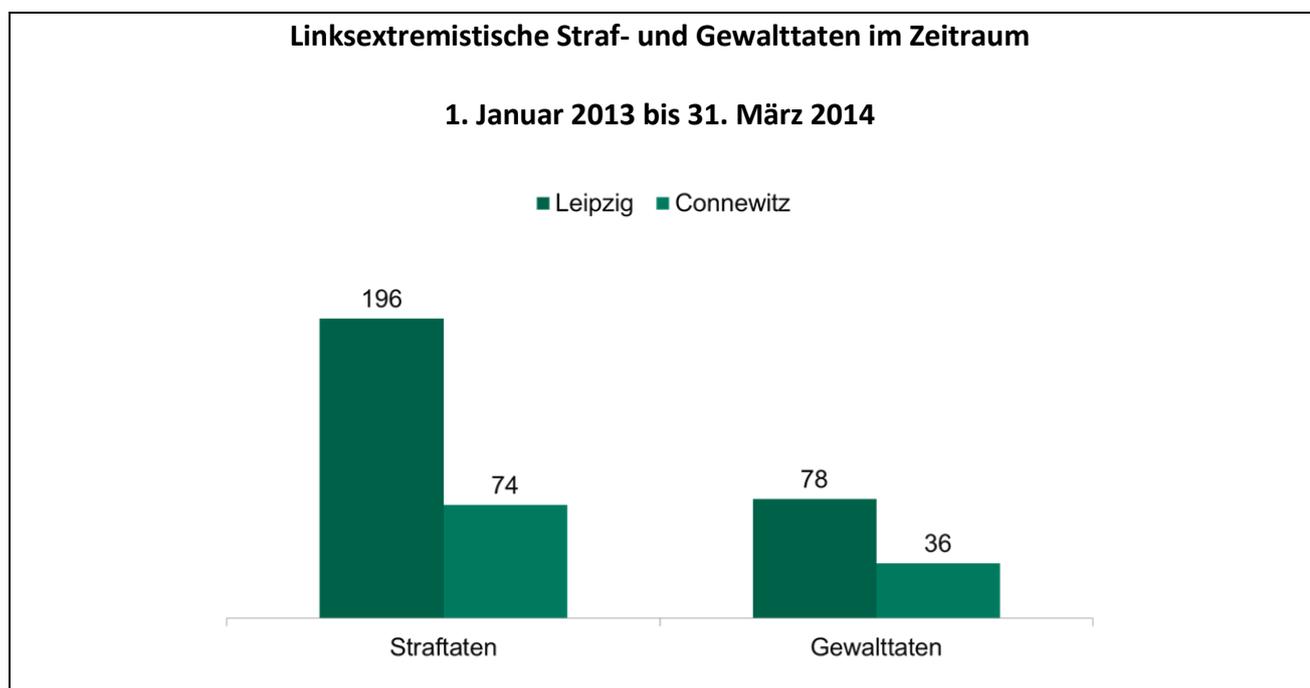
Exemplarisch dafür steht eine Aktion am 19. Juni 2014. Etwa 30 mit Masken und Helmen verummte und schwarz gekleidete gewaltbereite Linksextremisten zogen durch den Leipziger Stadtteil Plagwitz/Lindenau. Auf einem mitgeführten Plakat forderten sie „Unsere Solidarität gegen eure Repression – Josef raus aus dem Knast“. Die Demonstranten rissen das Gehwegpflaster auf und warfen die Pflastersteine gegen Gebäude und Fahrzeuge. An einer Bushaltestelle und an einem vorbeifahrenden Linienbus schlugen sie die Scheiben ein. Außerdem stellten sie Mülltonnen auf die Straße, die sie entzündeten.

5. Szeneviertel und Gewalt

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Aktionsformen und Straftaten, muss noch eine weitere Einflussgröße berücksichtigt werden. Während die großen angemeldeten Demonstrationen fast das gesamte Stadtgebiet sowie das Leipziger Umland umfassen, konzentrieren sich die unangemeldeten Aktionen zum Großteil auf das Szeneviertel Connewitz.



Fast die Hälfte solcher Aktivitäten fand dort statt. Darauf weisen auch die Gewalttaten hin, die einen Anteil von 46% ausmachen.



Dabei zeigen sich einige Besonderheiten:

- Die Straf- und Gewalttaten im Szeneviertel sind mit den Themenfeldern Antirepression und Kampf um Freiräume verbunden.
- Darüber hinaus sind sie durch erheblichen Sachschaden, aber auch durch Angriffe auf Polizisten geprägt.

Die Themenfelder müssen nicht verwundern, bedeuten „Selbstbestimmte Freiräume“ für Autonome einen ersten Schritt zur Etablierung einer angestrebten „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Beispielhaft für diesen Zusammenhang sind die gewalttätigen Ausschreitungen vom 2. zum 3. März 2013, an denen 350-400 Personen beteiligt waren. In einem Aufruf wurden selbstverwaltete und anarchistische Freiräume zum Ausgangspunkt einer anderen Gesellschaft erklärt und die soziale Revolution gefordert. Die Täter entzündeten Fahrzeuge und begingen Sachbeschädigungen. Dabei entstand ein Sachschaden von über 100.000 €.

Die unangemeldeten Demonstrationen, insbesondere im Szeneviertel Connewitz sind dabei durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

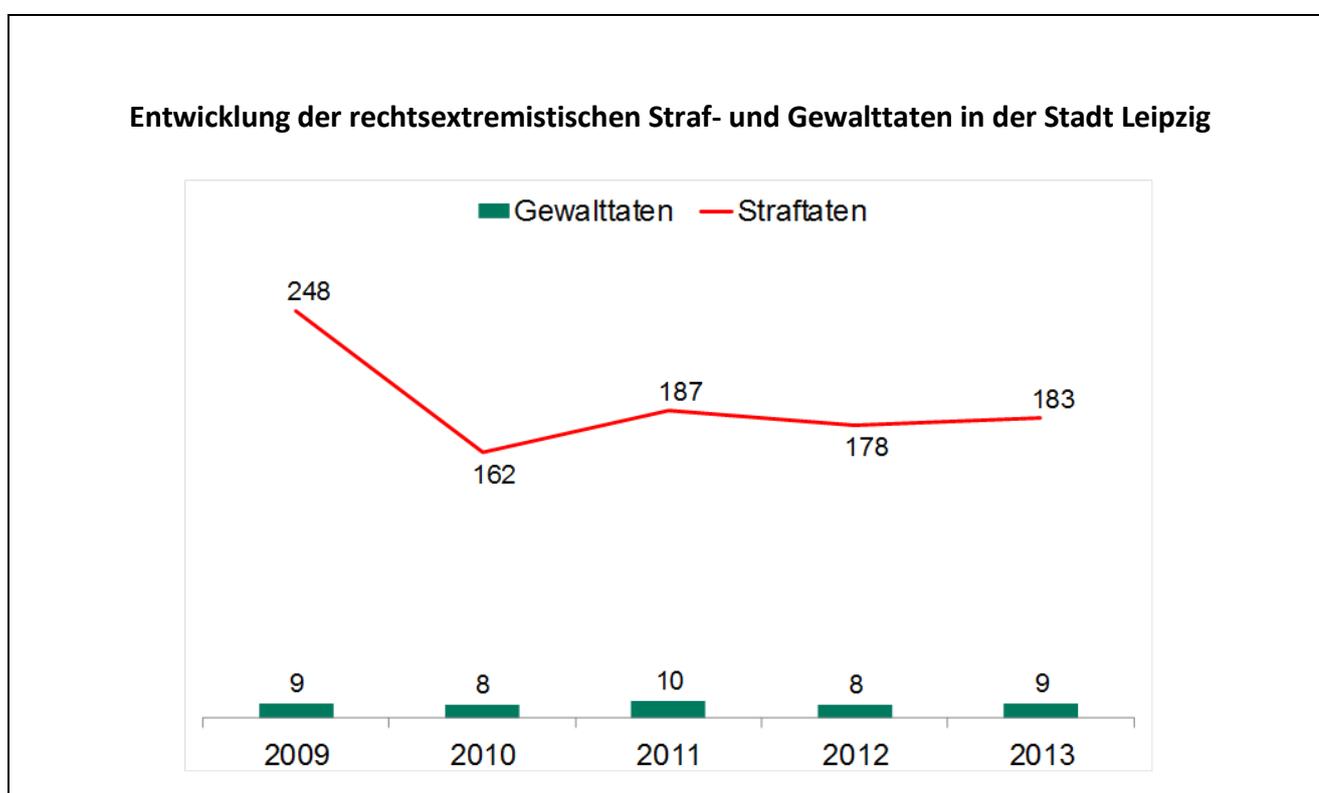
- Bei dieser Aktionsform ist die gewaltbereite Szene unter sich.
- Sie werden dort eher ihren eigenen Ansprüchen gerecht als im Rahmen großer Demonstrationen unter Beteiligung des bürgerlichen Spektrums. Insofern lassen sich diese Aktivitäten als „reine Aktionen“ der gewaltbereiten Szene klassifizieren.
- Die Aktionen zeigen, dass in deren Verlauf nicht unbedingt eine Situation entsteht, die zu einer Eskalation führt. Die Gewalt ist nicht situativ bedingt, sondern die Ausübung von Gewalt, die eine hohe Intensität aufweist und sich primär gegen Sachen und sekundär gegen Personen richtet, ist von vornherein Option und deren zentraler Bestandteil.

6. Politischer Gegner und Gewalt

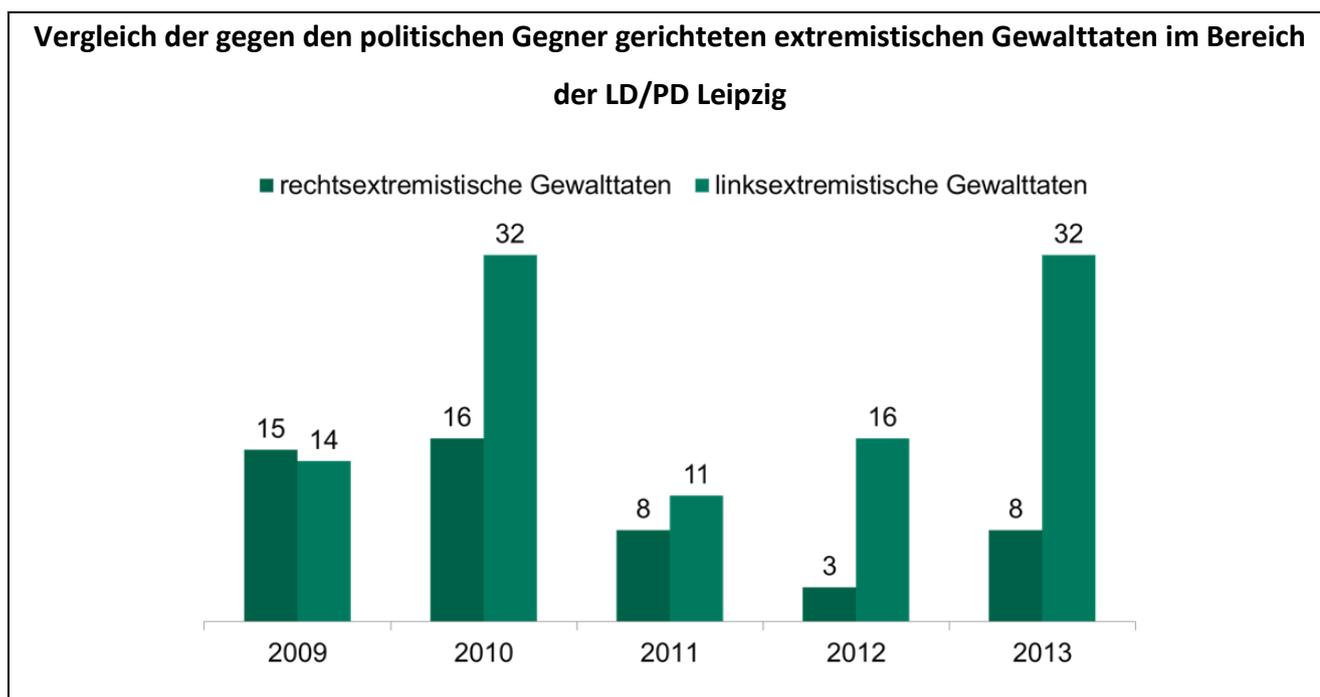
Ein entscheidender Faktor, der sich auf die Straf- und Gewalttaten auswirkt, ist der politische Gegner. Mit einem Potenzial von 250-300 Personen ist die rechtsextremistische Szene in Leipzig zumindest numerisch stärker als die linksextremistische. Mit der NPD-Kreisgeschäftsstelle in der Odermannstraße besitzt sie einen festen und zentralen Treffpunkt.

Die Fragen, die sich daraus ergeben, sind, welche Formen der Rechts-Links-Auseinandersetzungen daraus resultieren und in welchem Verhältnis Links-Rechts-Konfrontationsdelikte zueinander stehen. Dafür bietet sich an:

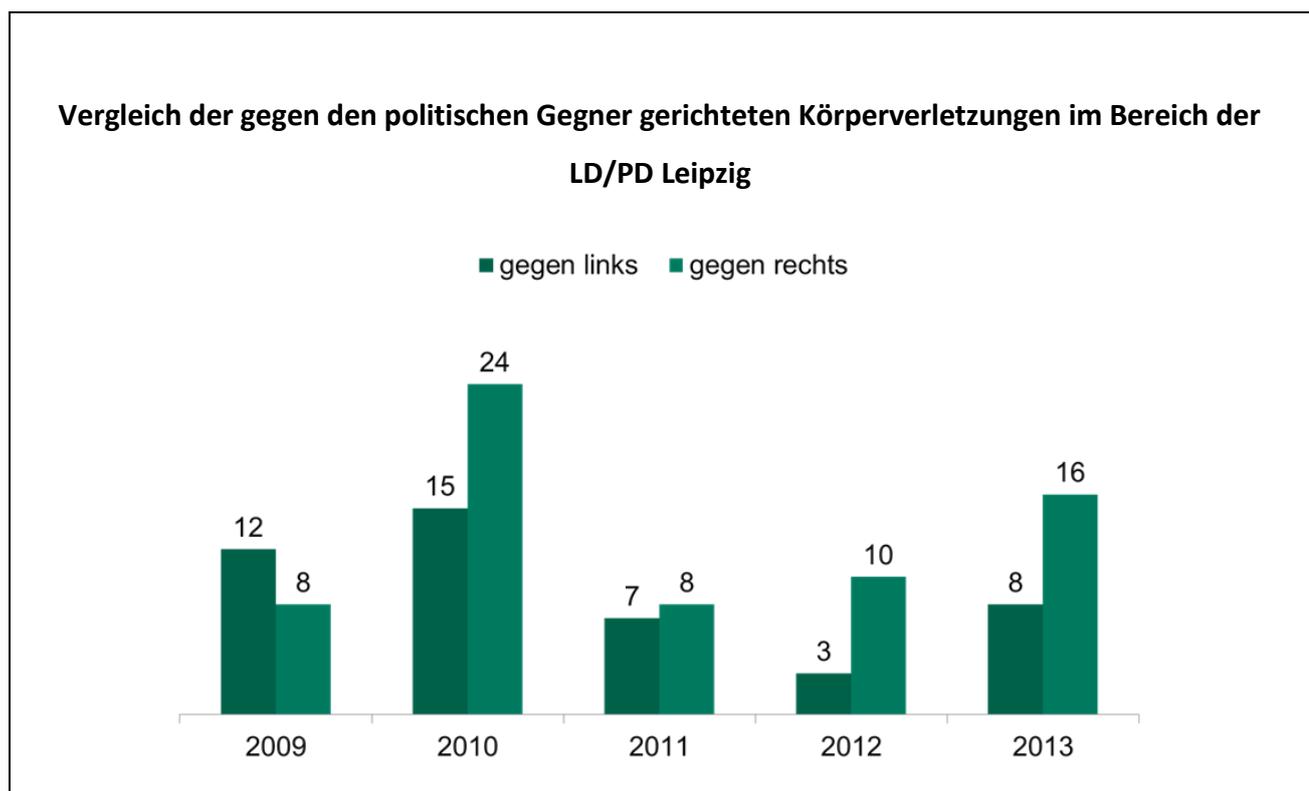
- ein Vergleich der links- und rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten,
- ein Vergleich der gegen den politischen Gegner gerichteten Gewalttaten,
- ein Vergleich der gegen den politischen Gegner gerichteten Körperverletzungen.



Wie sich zeigt, führt die personelle Stärke der rechtsextremistischen Szene in Leipzig nicht zwingend zu einem höheren Niveau der Straftaten im Vergleich zum Linksextremismus. Ebenso weisen die Gewalttaten der Rechtsextremisten in Leipzig über die Jahre hinweg ein niedriges Niveau auf.



Vergleicht man die Konfrontation gegen den politischen Gegner, ist ein deutliches Übergewicht linksextremer Gewalt erkennbar. Darüber hinaus weist die Entwicklung der Körperverletzungen darauf hin, dass gewaltbereite Linksextremisten bewusst auf eine körperliche Schädigung von Personen abzielen. Außerdem lässt der Vergleich der Deliktart Körperverletzung erkennen, dass diese Option im Rahmen einer Links-Rechts-Auseinandersetzung bei linksextremistischen Akteuren weitaus ausgeprägter ist als bei Rechtsextremisten.



Eine Konfrontationsgewalt in Form einer Links-Rechts-Auseinandersetzung ist in Leipzig zwar vorhanden. Jedoch ist die rechtsextremistische Szene dabei weitaus weniger auf den linken Antipoden konzentriert als umgekehrt. Insofern liegt auch keine Form von Gewalt und Gegengewalt vor. Vielmehr ist die Zielrichtung eindeutig von „Links“ gegen „Rechts“ gerichtet.

Der Anteil der Links-Rechts-Konfrontationsdelikte am Gesamtaufkommen politisch motivierter Gewalt besitzt nicht nur ein hohes Niveau, sondern unterscheidet sich auch in Qualität, Strategie und Verlauf deutlich von Gewalttaten, die im Rahmen von Demonstrationen begangen werden. Sie weisen folgende Merkmale auf:

- Sie setzen Recherchetätigkeit voraus. Das Ziel besteht darin, den politischen Gegner in Form von Outing, Sachbeschädigung, Brandstiftung, Körperverletzung zu bekämpfen. Sie entstehen nicht situativ, sondern werden vorsätzlich begangen.
- Agiert wird in Kleingruppen von etwa 10-15 Personen, die sich nach der personellen Stärke des Gegners richtet.
- Die Straftaten weisen eine niedrige Hemmschwelle auf.

Exemplarisch für diese Vorgehensweise steht eine Gewalttat vom 21. Juni 2014. Sechs verummte Personen beschimpften eine andere Gruppe als „Nazis“ und bewarfen diese mit Pflastersteinen, sodass diese verletzt wurden.

Es zeigt sich zunehmend der Trend, dass bei der Tatbegehung klandestin agierende Kleingruppen gegenüber großer Menschengruppen – wie bei Demonstrationen – an Relevanz gewinnen, wobei Körperverletzungen und Brandstiftungen dominieren. Insofern wird bewusst auf körperliche Schäden oder Zerstörung des Eigentums von Personen der rechtsextremistischen Szene abgezielt.

Aktuell setzen sich die Angriffe gegen den politischen Gegner mit einer ganzen Serie von Brandanschlägen und Sachbeschädigungen auf Stadtratskandidaten der NPD in Leipzig fort. Im Vorfeld der Stadtratswahlen am 25. Mai in Leipzig verstärkten Akteure der autonomen Szene ihre „antifaschistischen“ Aktivitäten, die sich hauptsächlich gegen Kandidaten der NPD richteten. Im letzten Vierteljahr wurden ca. ein Dutzend Angriffe auf Stadtratskandidaten verübt. Das zeigt deutlich die Brisanz der gegenwärtigen Lage in Leipzig.

Die Skala der Aktionen reicht dabei von Formen des Outings bis zu Gewalttaten, die zwar vorrangig gegen Sachen gerichtet sind, bei denen aber auch Sachbeschädigungen oder sogar körperliche Schäden Unbeteiligter billigend in Kauf genommen werden. So warfen am 2. Juni 2014 unbekannte Täter Pflastersteine durch die Fenster des Wohnhauses eines gewählten NPD Stadtratskandidaten. Bei diesem Angriff wurde dessen Partnerin von einem Stein am Kopf getroffen.

Da sich die gewalttätigen Angriffe gezielt gegen Personen richten, die an einem demokratischen Willensbildungsprozess beteiligt sind, und deren Ziel darin besteht, in ein politisches Amt gewählt zu werden, sind die Aktivitäten der Linksextremisten nicht nur als bloße „Gewalttaten“, sondern als deutliche politische Aktionen zu werten. Die Anwendung von Gewalt muss dabei nicht verwundern, denn diese entspricht dem Selbstverständnis der autonomen Szene. Die Gewaltbereitschaft Autonomer basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen neben dem Staat auch tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten zählen. Gerade bei den Leipziger Aktionen zeigt sich eine konsequente Umsetzung dieser politischen Position. Das macht auch die Qualität der Leipziger Linksextremisten aus. Denn es wird deutlich, dass für sie Gewalt nicht nur ein zentraler Begriff ihres Politikverständnisses ist. Sie ist nicht nur für Gewalt bereit, sondern übt diese auch aus, um ihre politische Position deutlich zu machen und umzusetzen.

7. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich folgendes feststellen:

- Eine personell starke und aktionsorientierte autonome Szene, ein hohes Niveau öffentlicher Aktionen verbunden mit einem hohen Mobilisierungspotenzial sowie ein ausgeprägtes Szeneviertel lassen sich als wichtige Einflussgrößen für die Entwicklung linksextremer Straf- und Gewalttaten ausmachen.
- Jedoch wirken diese Einflussgrößen nicht im Einzelnen und für sich allein, sondern bilden ein ganzes Ensemble zusammenwirkender Faktoren, die zu linksextremistischen Gewalttaten führen und diese begünstigen.
- Unangemeldete Demonstrationen erwiesen sich dabei als eine Aktionsform, in deren Rahmen es vor allem zu Sachbeschädigungen mit zum Teil erheblichen Sachschaden kommt. Diese konzentrieren sich zum Großteil auf das Szeneviertel Leipzig-Connewitz und stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Themenfeld Antirepression/ Kampf um Freiräume. Die Gewalt entsteht dabei nicht situativ, sondern ist fester Bestandteil der Aktion.
- Der politische Gegner erweist sich als zentraler und wichtiger Faktor, der schließlich zu einer Konfrontationsgewalt in Form einer Links-Rechts-Auseinandersetzung führt. Diese Auseinandersetzung äußert sich nicht in Form von Gewalt und Gegengewalt, sondern ist deutlich einseitig von Links gegen Rechts ausgerichtet. Die Straftaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten setzen eine umfangreiche Recherche voraus, die als Grundlage für die Umsetzung von Gewalt angesehen werden kann. Geprägt sind diese Straftaten von geplanter und systematischer Gewaltanwendung mit hoher Intensität. Die Täter sind sich in ihrem Vorgehen sicher und von der Richtigkeit der Gewaltanwendung überzeugt. Charakteristisch ist eine niedrige Hemmschwelle, die mit einer Vernachlässigung bisheriger Abwägung gegenüber einer Schädigung Unbeteiligter korrespondiert.

Die Polizei als Hassobjekt

Ulrike Madest, Verfassungsschutz Brandenburg

1. Einleitung

„Beamtenarschloch“, „Fascho-Bulle“, „böser Mann in grün“, „Handlanger der Besatzer“, „Kuffar-Bulle“ – die Liste hassschürender Verunglimpfungen seitens politischer Extremisten ließe sich noch weiter fortsetzen. Die Polizei nehmen sowohl rechte und linke als auch religiöse Extremisten als Gegner wahr.

Heilbronn, 25. April 2007, gegen 14 Uhr: Zwei Polizisten parken ihren Dienstwagen auf der Theresienwiese, um eine Pause einzulegen. Plötzlich sind Schüsse zu hören. Mit offenbar gezielten Kopfschüssen streckt der NSU die 22-jährige Michèle Kiesewetter nieder. Der neben ihr sitzende Kollege Martin A. überlebt die Schüsse schwer verletzt. Die Bundesanwaltschaft hält Kiesewetter und ihren Kollegen für „Zufallsopfer“. Die Täter hätten sie als Vertreter des ihnen verhassten Staates angegriffen.¹ Dieser Fall zeigt auf grausame Weise, wie eine rechtsextremistische Weltanschauung in kaltblütigen Mord umschlagen kann.

Szenenwechsel: Hamburg, 3. Dezember 2009, kurz nach 23 Uhr: Etwa 20 Vermummte werfen mit Steinen die Fensterscheiben der Polizeiwache im Schanzenviertel ein und setzen einen geparkten Streifenwagen in Brand. Die Polizeibeamten eilen aus der Wache, auf die ein Steinhagel niederprasselt. Zudem versuchen die Vermummten, eine brennende Mülltonne ins Revier zu rollen, dessen Eingangstür sie vorher verschließen wollten. In einem Schreiben bekennt sich später eine linksautonome Gruppe zu dem Angriff. Sie sahen sich in einer Revolte gegen die „Repressionsorgane“ und drohten mit weiteren Anschlägen.²

Erneuter Szenenwechsel: Bonn, 5. Mai 2012, gegen 15:30 Uhr: Salafisten demonstrieren gegen eine Veranstaltung der Partei „Pro NRW“. Als Angehörige von „Pro NRW“ eine „Mohammed-Karikatur“ hochhielten, werfen Salafisten mit Steinen und Flaschen auf die eingesetzten Polizeibeamten und

¹ Vgl. Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, Bezüge der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) nach Baden-Württemberg, Bericht vom 31. Januar 2014, unter: http://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/BERICHT_zu_Bez%C3%BCgen_des_NSU_nach_BW.pdf (gelesen am 22. April 2014), S. 13.

² Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Hamburg 2010, S. 4, 105.

schlagen mit Fahnenstangen auf sie ein. Mit einem ca. 22 cm langen Messer läuft ein Salafist auf einen Polizeibeamten zu und versucht, ihn gezielt an einer durch seine Sicherheitsausrüstung nicht geschützten Stelle zu verletzen, was ihm jedoch nicht gelingt. Dann fügt er aber einem zweiten Polizisten eine lange und zum Teil tiefe Schnittwunde zu. Eine Beamtin, die ihrem Kollegen zur Hilfe eilt, verletzt er ebenso mit einem tiefen Messerstich.³ Insgesamt wurden in Bonn 29 Polizisten verletzt, zwei davon durch Messerstiche schwer. Polizeibeamte bleiben daher auch nicht bei der neuen Konfrontationslinie, zwischen rechtsextremistischen Muslimfeinden und Islamisten, vor gewalttätigen Übergriffen verschont.

Dass die verschiedenen Extremismen die Polizei als gleichen Feind ausmachen, verwundert nicht: Schließlich verkörpert sie das Gewaltmonopol des demokratischen Verfassungsstaates, den sie allesamt – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – ablehnen und bekämpfen.

Der Vortrag nimmt Fragen nach dem Feindbild Polizei im Rechts- und Linksextremismus vergleichend in den Blick. Den Bereich des Islamismus spare ich aus, da das Feindbild Polizei bislang keine vergleichbare Rolle wie in den anderen beiden Phänomenbereichen einnimmt. Neben allgemeinen Betrachtungen wird die Polizei als Hassobjekt auch anhand rechts- und linksextremistischer Musik dargestellt. Hass-Musik hat für die politischen Extremismen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Sie mobilisiert und ideologisiert insbesondere junge Menschen, da sie Musik eine große Bedeutung zumessen. Auch das Feindbild Polizei schlägt sich in den Texten rechts- und linksextremistischer Musik nieder. Häufig wird besungen, was sich in Gewalt- und Straftaten Bahn bricht. Leitfrage für die nachfolgenden Betrachtungen soll sein: Inwiefern unterscheidet sich das rechtsextremistische von dem linksextremistischen Feindbild Polizei? Abschließend werden hierzu Thesen mit vergleichendem Charakter formuliert.

2. Feindbild Polizei im Rechtsextremismus

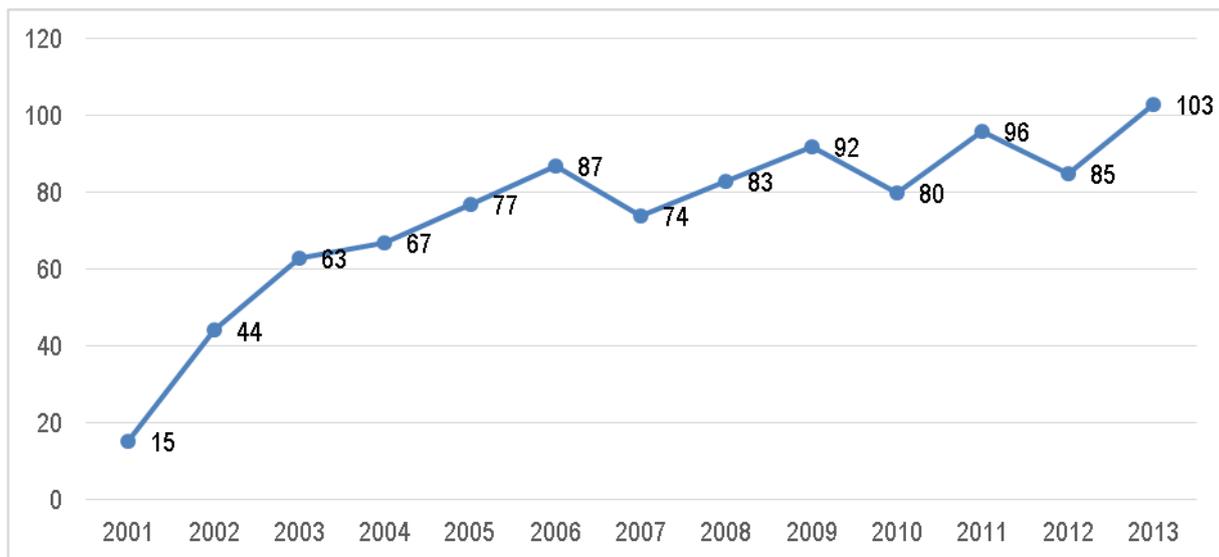
Die politisch rechts motivierte Gewalt gegen Polizei und Sicherheitsbehörden ist seit den letzten zwölf Jahren signifikant gestiegen. Ließen sich im Jahre 2001 lediglich 15 Gewaltdelikte gegen Polizisten und Vertreter der Sicherheitsbehörden ausmachen, stieg die Zahl im vergangenen Jahr auf 103 Delikte.⁴ Auch der prozentuale Anteil der Gewalttaten gegen Polizei und

³ Vgl. Landgericht Bonn, Hauptverhandlung gegen einen Salafisten wegen Verletzung von Polizeibeamten am 5. Mai 2012, Pressemitteilung vom 26. September 2012.

⁴ Straftaten gegen Polizeibeamte werden erst seit 2011 der Kategorie „Polizei“ zugeordnet. Zuvor wurden diese Straftaten in der Kategorie „Sicherheitsbehörden“

Sicherheitsbehörden hat sich in den letzten zwölf Jahren erhöht. Lag er 2001 lediglich bei 1,5 Prozent, erreichte er 2013 einen Wert von zwölf Prozent.⁵

Abb. 1: Politisch rechts motivierte Gewalttaten gegen Polizei/Sicherheitsbehörden, 2001-2013



Quelle: Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen politisch-motivierter Kriminalität

Was sind die Gründe für den kontinuierlichen Anstieg politisch rechts motivierter Straftaten im vergangenen Jahrzehnt? Die Verfasser der Studie „Feindbild Polizei“⁶, die im letzten Jahr vom Brandenburger Innenministerium herausgegeben wurde, meinen: Die Ursachen seien auf eine veränderte Haltung der rechtsextremistischen Szene gegenüber der Polizei zurückzuführen. Während die Polizei von der Mehrheit der Rechtsextremisten bislang als Repräsentant des selbst angestrebten Obrigkeitsstaates betrachtet wurde, habe sich neben dieser Position ein spezifisch rechtsextremistisches Feindbild entwickelt. Die These versuchen die Autoren anhand der Auswertung einschlägiger Musiktexte sowie Internetseiten und der NPD-Medien „Deutsche

erfasst, wobei hierunter auch andere Sicherheitsbehörden, wie etwa Nachrichtendienste, fallen. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 9. April 2014, Drucksache 18/1104, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/011/1801104.pdf> (gelesen am 5. Mai 2014).

⁵ Vgl. Pressemitteilungen des Bundesministerium des Innern, 2001-2013.

⁶ Vgl. Christoph Kopke/Ulli Jentsch/Gebhard Schultz, Feindbild Polizei. Wie reden Rechtsextreme über die Polizei?, hrsg. v. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam 2013.

Stimme“ und „Zündstoff“ zu belegen. Dies gelingt ihnen jedoch nur bedingt. Die für die behauptete ideologische Radikalisierung angeführten Aussagen weisen – bis auf einige Ausnahmen, insbesondere im Bereich Musik – weder eine erhöhte Aggression noch Gewaltaufrufe gegen Polizisten auf.

Die gestiegenen Übergriffe auf Polizeibeamte müssen multidimensional erklärt werden. Zwei mögliche Erklärungsansätze möchte ich im Folgenden nennen: Zum einen scheint rechtsextremistisch motivierte Gewalt zunehmend zum Selbstzweck zu geraten. Sie ist nicht nur Mittel zur Selbstdarstellung und Abreaktion von Aggressionen⁷, sondern verstärkend auch Lustgewinn mit „Fun-Charakter“⁸. Damit geht zugleich eine Entpolitisierung rechtsextremistischer Gewalt einher. Zum anderen führen repressive Maßnahmen des Staates, wie etwa Partei-, Organisations- und Demonstrationsverbote sowie Abbrechen von Konzerten und Feiern, zu Frustrationen in rechtsextremistischen Kreisen, die sich wiederum in Form von Gewalt gegen Polizeibeamte entlädt.

Das rechtsextremistische Feindbild Polizei richtet sich nicht nur gegen ein Kollektiv, sondern zum Teil auch gegen einzelne Personen. So werden bestimmte Polizeibeamte im Internet namentlich genannt und von Rechtsextremisten ins Visier genommen. Die Aktivitäten erstrecken sich von der Veröffentlichung biographischer Informationen und beruflichen Aktivitäten bis hin zur Benennung des Wohnortes, wie etwa bei einem Berliner Polizeidirektor.⁹ Der Polizeidirektor ist aufgrund der von ihm geleiteten Einsätze gegen Rechtsextremisten in ihr Blickfeld geraten. Um Druck auf ihn auszuüben, wurden im Jahr 2004 in seinem Wohngebiet Steckbriefe mit seinem Foto verteilt. Zudem hatte er mit nächtlichem Telefonterror unbekannter Anrufer zutun. Eine rechtsextremistische Band hatte sogar ein Lied gegen den Polizeibeamten intoniert. Als „Nazijäger Nummer 1, Alptraum der rechten Szene“¹⁰ und „Sherlock Holmes von Groß-Berlin“¹¹ versuchte die rechtsextremistische Band den Beamten zu verspotten.

⁷ Vgl. Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Köln 2010, S. 193.

⁸ Vgl. Saskia Lützing. Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010, S. 57-58.

⁹ Vgl. C. Kopke/U. Jentsch/G. Schultz (Anm. 6), S. 18-19, 25-29.

¹⁰ Berlin Allstars, Loblied auf Polizeidirektor Knape, 2004, zit. n. C. Kopke/U. Jentsch/G. Schultz (Anm. 6), S. 18.

¹¹ Ebd.

3. Feindbild Polizei in rechtsextremistischer Musik

Mit Botschaften, wie etwa „Bulle, wir wissen, wo du wohnst“, versucht auch die rechtsextremistische Band „Weisse Wölfe“ (Nordrhein-Westfalen) Ängste bei Polizeibeamten herbeizuführen. In ihrem Song „Kein Vergeben, Kein Vergessen“ aus dem Jahr 2002 wird der Tag besungen, an dem die nationalistische Bewegung wieder erstarbt und sich an Polizisten rächt.

Hörbeispiel 1: Weisse Wölfe, Kein Vergeben, Kein Vergessen, 2002

„Du wirst bluten, Bulle! Wo bist Du Bullenschwein?

Ich will Deine Augen seh'n, Bulle!

Deine Augen! Und dann schick ich Dich zur Hölle!

Hö, Bullenschwein! Jetzt hast Du zum ersten Mal Angst,

aber das ist nicht wichtig.

Wir sind die Jäger, wir töten die Schwachen,

damit die Starken überleben!

Du kannst die neue Welt nicht aufhalten!

Eure stinkende Gesellschaft wird Typen wie uns nie los werden.

Wir müssen euch töten! Wir sind die Zukunft!

Ihr gottverdammten Bullenschweine,

ihr kotzt uns so an.

Doch eines schönen Tages,

ja da seid ihr dran.

Ihr stürmt unsere Konzerte

und prügelt auf uns ein,

doch eines das ist sicher,

wir werden nie verzeih'n.

Refrain: Bullen haben Namen und Adressen,

kein vergeben und kein vergessen.

Bullen haben Namen und Adressen,

kein Vergeben und kein Vergessen.

Ihr kleinen miesen Pisser,

ihr dient diesem Staat.

Ihr seid der letzte Dreck,

ja des Teufels Saat.

Wir hassen euch schon ewig

und das wird auch nie vergeh'n

und am Tag der Rache

wollen wir euch bluten seh'n.“¹²

Das Feindbild Polizei findet sich entsprechend auch in rechtsextremistischer Musik wieder. In den Texten werden die Beamten als „Bullenschweine“ beschimpft, oftmals wird die Parole „A.C.A.B.“, was für „All cops are bastards“ steht, skandiert. Doch welche Rolle spielt das Feindbild Polizei im Vergleich zu anderen Feindbildern der rechten Extremisten? Hierzu gibt der Befund von der bereits erwähnten Studie „Feindbild Polizei“ Aufschluss: Von den 15.000 gesichteten rechtsextremistischen Liedern zwischen 1984 und 2011 ging es in etwa 500 (auch) um Polizei.¹³ Dies entspricht einem Anteil von lediglich 3,3 Prozent. Obgleich also das Feindbild Polizei in derartiger Musik besteht, gehört es nicht zu den Hauptfeindbildern.

¹² Weisse Wölfe, Kein Vergeben, Kein Vergessen, 2002, zit. n. C. Kopke/U. Jentsch/G. Schultz (Anm.6), S. 16.

¹³ Vgl. C. Kopke/U. Jentsch/G. Schultz (Anm. 6), S. 13.

In rechtsextremistischer Musik sind im Wesentlichen drei Narrative über Polizeibeamte präsent: erstens, die Polizei agiere willkürlich und überzogen gegen die nationalistische Bewegung; zweitens, die Polizei sei unfähig, die Bürger vor Gewalt und Verbrechen (insbesondere vor sogenannter „Ausländerkriminalität“) zu schützen; und schließlich drittens, sie stecke mit den „Linken“ bzw. der Antifa „unter einer Decke“. ¹⁴ Mit Blick auf Letztgenanntes heißt es etwa bei der Band „Sturmwehr“ (Nordrhein-Westfalen): „Steineschmeißer – Antifa und der Staatsschutz ist auch schon da. Alle sind sie mit dabei, eh alles nur Einheitsbrei.“ ¹⁵

Dass die Polizei nur etwas gegen Rechtsextremisten unternehme und Kriminalität anderer Gruppen und Personen vermeintlich völlig außer Acht lasse, geht zumeist Hand in Hand, wie etwa der Liedtext „Zensiert“ von der Gruppe „Braune Brüder“ (Bayern) zeigt:

„Du wirst von den Bullen wieder mal verhört,
hast wieder mal ein falsches Lied gehört.
Viele Schwerverbrecher sind heutzutage frei
doch was macht die deutsche Polizei?
... Mit deinen Kumpels trinkst du ein paar Bier
doch plötzlich stehen die Grünen vor der Tür.
Ohne Grund wirst du inhaftiert
während im Park ein Kind ermordet wird.“ ¹⁶

In dem Text werden Rechtsextremisten als Hauptfeind der Polizei sowie als Opfer einer systematischen polizeilichen Gewalt ausgemacht. Bei der Eindämmung von Schwerverbrechen würden die Beamten hingegen versagen. Auch aufgrund der behaupteten ausschließlichen Verfolgung von Rechtsextremisten gelten sie als Feind der nationalistischen Bewegung. Oftmals wird zur Gewalt bis hin zur Tötung aufgerufen: „Wir stürmen los und haun den Bullen kräftig eine

¹⁴ Vgl. C. Kopke/U. Jentsch/G. Schultz (Anm. 6), S. 14-15.

¹⁵ Sturmwehr, Bettnässer & Hosenscheißer, 2009, zit. n. C. Kopke/U. Jentsch/G. Schultz (Anm.6), S. 15.

¹⁶ Braune Brüder, Zensiert, 2006, zit. n. ebd., S. 15.

rein ...Tritt rein, tritt rein in das Bullenschwein.“¹⁷

4. Feindbild Polizei im Linksextremismus

Die Polizei gehört seit Jahrzehnten zum „klassischen Feindbild“ im linksextremistischen Bereich. Dies bekommen die Beamten insbesondere bei Demonstrationen zu spüren, wo sich linksextremistische Gewalt mehrheitlich gegen sie richtet. Als direkt angreifbarer Vertreter des verhassten Systems der Ausbeutung und Unterdrückung geraten die Polizisten ins Visier von Linksextremisten.

Sowohl die Quantität als auch die Qualität der Angriffe liegen auf einem hohen Niveau. Zwischen 2011 und 2012 machten die Gewalttaten gegen Polizeibeamte und Vertreter der Sicherheitsbehörden einen Anteil von 54 bis 61 Prozent der linksextremistischen Gewaltdelikte aus.¹⁸ Damit richtete sich mehr als jede zweite von Linksextremisten verübte Gewalttat gegen die Beamten. Im vergangenen Jahr wurden zudem vier versuchte linksmotivierte Tötungsdelikte verübt, von denen sich drei gegen Polizisten richteten. Bei den schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Polizeikräften im Umfeld der „Roten Flora“ im Dezember 2013 wurden rund 170 Polizeibeamte verletzt.¹⁹

Die Ausschreitungen in Hamburg veranlassten eine Autorengruppe namens „Das unverbesserliche Kollektiv“ auf der Internetseite „Indymedia“ zu folgendem Nachruf: „Am 21. Dezember 2013 in Hamburg haben wir die Sau rausgelassen ... Wir haben Barris gebaut, die Bullen Steine fressen lassen, Schaufenster entglast, Mülltonnen angezündet ... Irgendwann werden wir schießen müssen. Das ist unvermeidlich. Nicht weil wir das Blutbad wollen. Sondern weil die Bullen uns jeden Raum genommen haben, den wir uns dann mit aller Gewalt zurückerobern müssen.“²⁰

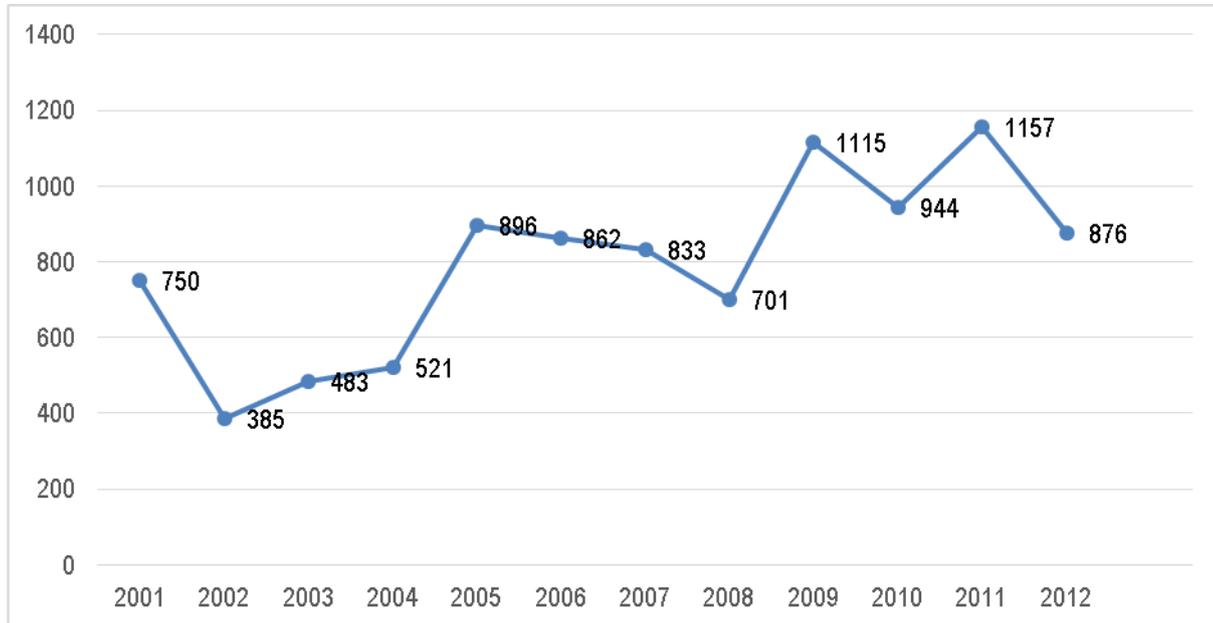
¹⁷ Victor, Tritt rein, o.J., zit. n. ebd., S. 16.

¹⁸ Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin 2013, S. 45.

¹⁹ Vgl. Bundesministerium des Innern, Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2013, Pressemitteilung vom 29. April 2014, unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/04/politisch-motivierte-kriminalitaet-2013.html> (gelesen am 7. Mai 2014).

²⁰ Das unverbesserliche Kollektiv, Irgendwann werden wir schießen müssen, unter: <https://linksunten.indymedia.org/node/102039> vom 23. Dezember 2013 (gelesen am 2. Mai 2014).

Abb. 2: Linksextremistische Gewalttaten, 2001-2012



Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes, 2001-2012

Die Verfasser inszenieren sich als Opfer einer vermeintlich omnipräsenten „Bullenübermacht“ und rechtfertigen Gewalt gegen Polizeibeamte als Gegengewalt. Sie ist ein abwehrend-reaktives und damit legitimes Mittel.²¹ Gewalt aus Lust reicht für die Autoren folglich nicht aus. Daneben weist die Begründung von Gewalt einen äußerst „dünnen“ politisch-ideologischen Gehalt auf: Welches politische Ziel soll mit der propagierten Gegengewalt erreicht werden? Ist Gewalt für die Autoren überhaupt noch Mittel zum politischen Zweck? Oder ist sie bereits entpolitisiert?

Noch eins drauf setzte ein Strategiepapier, das Anfang dieses Jahres auf „Indymedia“ veröffentlicht wurde. Die Verfasser beschreiben, wie Steinwürfe auf Polizeibeamte „effektiver“ eingesetzt werden können. Zudem regen sie dazu an, bei zukünftigen Demonstrationen verstärkt Polizeiwagen anzugreifen, da sie weniger geschützt seien, und Polizisten vermehrt zu identifizieren, damit man sie nach dem Feierabend ins Visier nehmen könne. Den Nahkampf mit den Polizisten zu suchen, formulieren sie als ein weiteres Anliegen. Damit ist zugleich die Aufforderung, Kampfsport zu

²¹ Vgl. zum Gewaltbegriff: Udo Baron, Linksautonome auf dem Weg zum Linksterrorismus? Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 137-160, hier: S. 143.

treiben, verbunden. Nicht zuletzt zählen die Verfasser auch von der Sicherheitsausrüstung nicht geschützte Körperstellen auf, die man versuchen sollte zu treffen.²²

Angesichts der schweren gewalttätigen Ausschreitungen in Hamburg und der Mord- und Totschlagphantasien gegen Polizeibeamte stellt sich folgende Frage: Gibt es eine neue Qualität linksextremistischer Gewalt? Fakt ist: In der von Linksextremisten geführten „Militanzdebatte“ geht es seit längerer Zeit nicht mehr um das Befürworten oder Ablehnen von Gewalt an sich. Allein über die Notwendigkeit und Rechtfertigung von Gewalt gegen Menschen, insbesondere gegen Polizeibeamte und Rechtsextremisten, und gegen Sachen herrschen noch kontroverse Diskussionen.²³ Für das Für und Wider spielen vor allem moralisch-humanitäre und politisch-taktische Gründe eine Rolle. Dennoch scheinen die Befürworter von direkten Angriffen auf Leib und Leben bisher nur einzelne Personen zu sein. So betonten Angehörige des autonomen Spektrums nach den Ausschreitungen in Hamburg, dass gezielte Verletzungen von Menschen über keinen Konsens in der militanten Szene verfügen und damit nicht anschlussfähig seien.²⁴ Schließlich deuten auch die eingesetzten Formen von Gewalt nicht auf eine neue Qualität hin.²⁵

Ogleich die militante linksextremistische Szene über keinen neuen Gewaltbegriff verfügt, werden sie auch in Zukunft nicht davon absehen, auf Demonstrationen mit Steinen, Flaschen und Brandsätzen in Richtung der Polizeibeamten zu werfen und damit das Risiko von lebensbedrohlichen Verletzungen in Kauf zu nehmen.

5. Feindbild Polizei in linksextremistischer Musik

Wenn ich jetzt den Schwenk zum Feindbild Polizei in linksextremistischer Musik mache, gilt es folgendes vorzuschicken: Während sich in den letzten fünf Jahren ein Problembewusstsein in den Sicherheitsbehörden zu dieser Thematik entwickelt hat, mangelt es in der Wissenschaft nach wie vor an Literatur zu derartiger Musik. Die nachfolgenden Ausführungen sind daher als Ergebnisse einer ersten Analyse zu betrachten.

²² Vgl. Eine Bezugsgruppe, die in Hamburg war, Über HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße, unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/102828> vom 5. Januar 2014 (gelesen am 2. Mai 2014).

²³ Vgl. Militanzdebatte auf „Indymedia“ (<http://de.indymedia.org/>).

²⁴ Vgl. Andreas Ulrich, „Wir bleiben der Stachel“, in: Der Spiegel, Heft 3, Hamburg 2014, S. 56-58.

²⁵ Vgl. Manfred Murck, Thesen zur Entwicklung des gewaltorientierten Linksextremismus, unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/4264410/data/entwicklungen-im-gewaltorientierten-linksextremismus-thesenpapier.pdf> vom 4. Februar 2014, (gelesen am 5. Mai 2014).

In linksextremistische Musik lassen sich die negativen Vorurteile über Polizeibeamte in drei Narrative bündeln. Erstens: Die Polizei steht in den Liedtexten für Repression und „Bullengewalt“. Damit ist der Vorwurf verbunden, Polizisten seien extrem gewalttätig und machtmisbrauchend. In den Texten verschiedener Musikgruppen mit linksextremistischen Bezügen heißt es etwa: „Ohne Skrupel macht ihr Menschen kalt. Knüppel raus – Gewaltbereit ... Bullenterror Tag und Nacht“²⁶; „Argumente hat er nicht, führt den Knüppel ins Gesicht. Ja das ist der Mann in grün, der böse Polizist“²⁷ und „Bullen ficken mich, entziehen mir jede Lebensgrundlage. Was würdet ihr tun, wenn ich euch ohne Grund schlage“²⁸. In den Beispielen werden die Polizisten zu Verbrechern umgedeutet: Sie stehen nicht länger als „Freund und Helfer“ für den Schutz des Einzelnen ein, sondern verursachen „Bullenterror“.

Zweitens: In einem weiteren Narrativ glauben die Musiker, Polizeibeamte als „Faschisten“ oder „Nazis“ zu entlarven bzw. in die Tradition der SA und SS stellen zu können. Das „Nazi“-Feindbild verschmilzt mit dem Feindbild Polizei und potenziert dieses zugleich. So heißt es etwa bei den Punk-Bands „Dödelhaie“ (Nordrhein-Westfalen) und „Slime“ (Hamburg): „Früher waren es die Juden, du hast die gejagt im KZ. Damals warst du bei der SS. Heute bist du Polizist“²⁹ und „Ihr lieben Polizisten in der BRD. Ich will euch mal was sagen, hört mal alle her. Ihr seid moderne Nazis, das steht für uns fest ... Jedesmal, wenn 'ne Demo ist, gebt ihr uns was drauf. Aber den Faschisten laßt ihr freien Lauf. Baader, Meinhof hingerichtet im Stammheimer KZ. Polizei SA-SS, immer hilfsbereit und immer nett“³⁰. Ob der „NS-Vergleich“ Kritik an die bis in die 1970er Jahre bestehenden personellen Kontinuitäten in Polizeibehörden³¹ üben soll, bleibt unklar. Klar ist hingegen: Wer „Linke“ als Opfer eines vermeintlichen „polizeilichen Faschismus“ in Tradition des deutschen Nationalsozialismus besingt, setzt sie mit den Opfern des Holocausts gleich. Wer eine solche Gleichsetzung wagt, ist mit dem Vorwurf konfrontiert, den Holocaust zu relativieren.

Daneben geht das Narrativ des „Nazi-Polizisten“ mit der Perzeption eines „faschistischen Staates“ einher. Die Demokratie sei lediglich eine Maske, hinter der sich die „faschistische Fratze“ verberge.

²⁶ BTM, A.C.A.B., unter: <http://www.btmusic.de/btm%20songtexte/acab.htm>, ohne Datum (eingesehen am 25. April 2014).

²⁷ Klartext, Mann in grün, auf: Kalte Stadt, 2006.

²⁸ Boykott, Bulle, 2011, zit. n. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Hannover 2013, S. 137.

²⁹ Dödelhaie, Fascho Bulle, 2001, unter: <http://www.youtube.com/watch?v=vwrhRRFmsoY> vom 8. März 2009 (eingesehen am 1. Mai 2014).

³⁰ Slime, Polizei, SA/SS, auf: Soundtracks zum Untergang, 1980.

³¹ Vgl. Jörg Ziercke, in: Imanuel Baumann/Herbert Reinke/Andrej Stephan/Patrick Wagner, Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011, S. V.

In der Wahrnehmung von Linksextremisten wendet die Polizei daher ihre Zwangsmittel nur gegen „Linke“ ein, während Rechtsextremisten vorsätzlich verschont bleiben. Insofern bestehe kein Zweifel an der oft propagierten Losung: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten.“

Bevor ich zu dem dritten Narrativ komme, möchte ich das Lied „Mein Hass“ von „Boykott“ (Niedersachsen) in geschnittener Version abspielen, in welchem er der Polizei und dem Verfassungsschutz vorwirft, Rechtsextremisten zu schützen und zu decken.

Hörbeispiel 2: Boykott, Mein Hass, 2012

„Mein Hass schlägt euch entgegen.

Soll kommen was will, ich werd' nicht mit euch reden.

... dennoch verzweifelt und machtlos.

Steine fliegen gegen prügelnde Machos.

Der Druck im Kessel, die Schmerzen der Fessel.

Der Nazi marschiert ... Ey, was los, ich werd' hier nicht alt.

Deutschland deckt immer noch rechte Gewalt.

Ich bin nicht frei von Angst oder frei von Sorgen.

In Kleingruppen fahren sie durch's ganze Land

und morden, gedeckt vom VS und keiner will's gewusst haben.

Ihre Opfer landen in kriminellen Schubladen.

Ein Land vom Faschismus traumatisiert.

Nicht nur ich hab gewusst, dass wieder was passiert.

Vertuscht, verschleiert, Problem minimiert.

Nazis töten, wir sehen immer noch was passiert.

Und was hat sich geändert?

Sie werden immer noch von blutrünstigen

Hundertschaften durch die Städte eskortiert.

Und der Staat schöpft sein Gewaltmonopol aus,
um den Nazis ein freies Geleit zu ermöglichen.

Ganz Hamburg hasst die Polizei!

Ganz Berlin hasst die Polizei!

Die ganze Republik hasst die Polizei!

Wir haben euch, was mitgebracht:

Hass, Hass, Hass!

Mein Hass bringt mich immer weiter nach vorn.

Zu viele haben schon ihre Freiheit verloren.

Mein Hass wird unbändig, unmenschlich, unendlich.

Ich habe Hass auf die Heuchelei.

Nazis bei der Polizei,

bestialisch prügelnd machen sie die Wege frei.

Alle haben's gesehen und jeder hat's gewusst.

... Hass liegt in der Luft.

Hass, Wut, Trauer im Nachhinein.

Immer in die Fresse rein.

Verdammt nochmal das kann nicht sein!

Ich steh für den Frieden hier

und mich boxt das Bullenschwein!

Du hättest dich verweigern können,

also musst du ein Nazi sein.“

Auch in diesem Text findet sich der Faschismusvorwurf gegen staatliche Strukturen wieder. Die Aufdeckung der NSU-Serienmorde wird zudem als Beweis für die antifaschistische These angeführt, faschistische Bestrebungen würden von Staat und Sicherheitsbehörden gedeckt und toleriert. Der Verfassungsschutz hätte daher versucht, die Morde absichtlich vertuschen zu wollen.

Drittens: In einigen Texten werden Polizisten lediglich als „Marionetten“ für ein politisches System gedeutet, gegen das sich Musiker mit linksextremistischen Bezügen wenden. Dieses Narrativ spiegelt sich auch in der Aussage von dem Sänger der Punk-Band „Slime“ (Hamburg) wieder, in der er Polizisten als „schlecht bezahlte Erfüllungsgehilfen“³² bezeichnet, für ein System, welches er ablehne. In den Liedtexten werden die Beamten von Politikern instrumentalisiert, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie seien ihre „Schachfiguren“³³, ihr „Mittel zum Zweck“³⁴ und damit „Opfer der Bonzen“.

Die Nutzung von Metaphern zur Feindbildkonstruktion ist auch linksextremistischer Musik immanent. Es finden sich hauptsächlich Tiermetaphern. „Bullenschweine“ ist ein prototypisches Beispiel hierfür. Durch den Entzug zentraler menschlicher Eigenschaften und die Herabstufung auf die Tierebene wird der Feind dehumanisiert.³⁵ Die bildliche Sprache vom Schwein impliziert zudem ein gemeines, brutales und dreckiges Subjekt.³⁶

In linksextremistischer Musik findet sich häufig der Stein-, Flaschen- und „Molli“-Wurf als Form der Gewalt gegen das Feindbild Polizei. Sie gleicht den Straßenkampfsszenen zwischen Linksextremisten und Polizisten bei Demonstrationen. Seltener finden sich Texte, die in martialischer Weise die Folgen nach dem Wurf eines Molotow-Cocktails beschreiben, wie etwa bei der Punk-Band „SPN-X“: „Mollis und Dynamit nehm ich in meinem Beutel mit und mach mich damit auf zum Revier. Bullen brennen lichterloh. Alle feiern und sind froh.“³⁷ Zusätzlich existieren Liedtexte, welche die Auswirkungen der Gewaltanwendungen beschreiben, aber nicht näher auf die Art und Weise

³² Dirk Jora, zit. n. Christoph Dorner/Joachim Hentschel, Slime: Warum wurde „Bullenschwein“ erst im Mai 2011 indiziert? Eine Spurensuche, Artikel vom 5. Juli 2011, unter: <http://www.rollingstone.de/magazin/features/article105568/slime-warum-wurde-bullenschweine-erst-im-mai-2011-indiziert-eine-spurensuche.html> (eingesehen am 24. April 2014).

³³ BTM (Anm. 26).

³⁴ Die Zusamm-Rottung, Hey Bulle, auf: Im Reich der wilden Tiere, 1991.

³⁵ Vgl. Bernhard Pörksen, Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch neonazistischer Medien, Wiesbaden 2000, S. 185.

³⁶ Ebd., S. 186.

³⁷ SPN-X, B & A, auf: Nachrichten aus Arschland, 1997.

eingehen. Hierfür lässt sich das Lied „Copkiller“ von „DieVisitor“ (Brandenburg) anführen: „All cops are bastards. Scheiß Bullenpack. Dein Blut fließt über den Asphalt. Deine Kollegen mach ich auch noch kalt.“³⁸

6. Abschließende Thesen

Erstens: Die Polizei als Repräsentant des vermeintlichen „Repressionsapparates“ gerät sowohl ins Visier von Links- als auch von Rechtsextremisten – jedoch nicht im gleichen Maße. Das Themenfeld „Antirepression“ ist für Linksextremisten wesentlich zentraler als für Rechtsextremisten. Für Letztgenannte ist vor allem der Widerstand gegen Fremde von Bedeutung. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass sich rechtsextremistische Gewalt in erster Linie gegen Fremde ereignet (2012: 393 Gewalttaten) und politisch rechts motivierte Gewalt gegen Polizisten auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau liegt (2012: 85; 2013: 103 Gewalttaten), während sich Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund vorrangig gegen Polizeibeamte und Vertreter der Sicherheitsbehörden richten (2012: 471 Gewalttaten).³⁹

Zweitens: Das Feindbild Polizei geht im Rechts- und Linksextremismus häufig mit Verschwörungsphantasien einher. Während Rechtsextremisten glauben, eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und linken Kräften zu erkennen, meinen Linksextremisten, Polizisten als „Faschisten“ zu enttarnen. Insofern schwächt das auf beiden Seiten bestehende Feindbild Polizei nicht die Feindschaft zwischen Rechts- und Linksextremisten ab. Vielmehr versuchen beide Seiten, das Feindbild Polizei so zu konstruieren, dass sie den jeweiligen politischen Feind schützen wolle oder gar mit ihm „unter einer Decke stecke“.

Drittens: Gemeinsam ist beiden Seiten die Nutzung der Parole A.C.A.B. und das Verwenden von dehumanisierenden Vergleichen, wie etwa „Bullenschwein“. Tiervergleiche sind meist von Hass- und Wutgefühlen geprägt. Sie dienen ihnen zur Einschwörung gegen den zu bekämpfenden Feind, was mit der Senkung oder gar dem Verlust der Hemmschwelle für Gewaltanwendung einhergehen kann. Zudem weisen beide Musiksparten Texte auf, die Mord- und Totschlagphantasien gegen Polizeibeamte propagieren.

Viertens: Wer die von Extremisten verübten Gewalttaten gegen Polizeibeamte quantitativ

³⁸ DieVisitor, Copkiller, auf: Anti, 2008.

³⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Bundes und Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität.

betrachtet, erkennt, Linksextremisten greifen die Beamten deutlich häufiger an als Rechtsextremisten. Gegen diesen Befund könne man jedoch einwenden, dass seit der Auflösung der RAF kein Mensch durch linksextremistische Gewalt ums Leben gekommen ist. Zusätzlich ließe sich auf die Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt verweisen, worunter auch Polizeibeamte auszumachen sind. Obwohl die Todesfälle auf eine höhere Gewaltintensität in der rechtsextremistischen Szene hindeuten, zeigen die versuchten Tötungsdelikte im linksextremistischen Bereich: Auch in diesem Spektrum hat die Qualität der Gewalt ein hohes Niveau erlangt.

Fünftens: Gewaltbereite Linksextremisten verfügen über ein höheres Reflexionsniveau ihrer Taten als Rechtsextremisten. Eine Debatte über die Notwendigkeit und Legitimation von Gewalt findet im Rechtsextremismus kaum statt. Der Großteil rechtsextremistischer Gewalt ist von expressiven gegenüber instrumentellen Aspekten geprägt und weist einen „dünnen“ ideologischen Gehalt auf. Mit Blick auf die dürftig ideologisch-motivierten Begründungen von linksextremistischen Gewaltdelikten einzelner Personen, stellt sich jedoch die Frage, ob auch in diesem Bereich eine Entpolitisierung von Gewalt stattfindet.